

Jahresbericht 2007



Die Vorteile der Weltwirtschaft für alle sichern



## Der Internationale Währungsfonds

Der IWF ist die Weltorganisation, die für internationale Währungszusammenarbeit zuständig ist und in der fast alle Länder der Welt zusammenarbeiten, um das Gemeinwohl zu fördern. Der Hauptzweck des IWF besteht darin, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern – das System für Wechselkurse und internationale Zahlungen, das es den Ländern (und ihren Bürgern) ermöglicht, Güter und Dienstleistungen voneinander zu kaufen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu sichern und den allgemeinen Lebensstandard zu erhöhen.

Alle 185 Mitgliedsländer des IWF sind in seinem Exekutivdirektorium vertreten. In diesem Forum können sie die nationalen, regionalen und globalen Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik erörtern. Dieser *Jahresbericht* erfasst die Tätigkeiten des Exekutivdirektoriums, der Geschäftsführung und des Mitarbeiterstabs des Fonds im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2006 bis zum 30. April 2007.

Zu den Haupttätigkeiten des IWF gehören:

- die Beratung der Mitglieder hinsichtlich Politikmaßnahmen, die ihnen helfen können, Finanzkrisen zu vermeiden oder zu bewältigen, makroökonomische Stabilität zu sichern, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und die Armut abzubauen,
- die Bereitstellung von vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer, um sie bei der Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen – eine Situation, in der ihr Devisenbestand nicht ausreicht, weil ihre Zahlungen an andere Länder ihre Deviseneinnahmen übersteigen sowie
- die Bereitstellung von technischer Hilfe und Ausbildung für Länder auf deren Antrag, um ihnen beim Aufbau von Fachkenntnissen und Institutionen zu helfen, die sie benötigen, um eine solide Wirtschaftspolitik zu verfolgen.

Der Hauptsitz des IWF befindet sich in Washington, D.C. Aufgrund seiner weltweiten Bedeutung und seiner engen Beziehungen mit seinen Mitgliedern hat er außerdem Büros in mehr als 80 Ländern weltweit.

Die Finanzausweise des IWF für das am 30. April 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr finden sich auf der CD-ROM, die im hinteren Bucheinband dieses *Berichts* befestigt ist. Weitere Informationen über den IWF und seine Mitgliedsländer finden sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org](http://www.imf.org).



## Vorwort des Exekutivdirektoriums

Dieser *Jahresbericht* des Exekutivdirektoriums des IWF an den Gouverneursrat erfasst das Geschäftsjahr 2007, das am 1. Mai 2006 begann und am 30. April 2007 endete. Zwei Ereignisse, die kurz nach Abschluss des Geschäftsjahres 2007 eintraten, sind jedoch von so großer Bedeutung für den IWF, dass sie eine Erwähnung in diesem Vorwort verdienen.

Das erste Ereignis ist die Entscheidung des Exekutivdirektoriums vom Juni 2007, das Überwachungs-Regelwerk des Fonds zu revidieren. In den drei Jahrzehnten seit Verabschiedung des ursprünglichen Regelwerks durch das Exekutivdirektorium im Jahr 1977 haben sich die Herausforderungen, mit denen unsere Mitglieder konfrontiert sind, geändert. Als die Entscheidung von 1977 verabschiedet wurde, bestand die größte Gefahr für die internationale finanzielle und makroökonomische Stabilität in der Manipulation der Wechselkurse durch Länder, die damit ihre Zahlungsbilanzprobleme korrigieren wollten, sowie in kurzfristigen Wechselkursschwankungen. In der zunehmend globalisierten Welt von heute, in der der internationale Handel und grenzüberschreitende Kapitalströme ein noch nie da gewesenes Niveau erreicht haben, besteht die größte Gefahr in fundamentalen Wechselkurs-Fehlanpassungen und Kapitalbilanz-Schwachstellen. Die neue Entscheidung, die unter den Mitgliedern auf große Zustimmung trifft, trägt dem gegenwärtigen Umfeld Rechnung. Sie bietet unseren Mitgliedern klare Leitlinien zu den Erwartungen der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf mögliche Übertragungswirkungen der Wechselkurspolitik, und sie gibt dem Stab Anleitungen, den Schwerpunkt der IWF-Beratung auf makroökonomische Politikmaßnahmen zu legen, die Stabilität und Wachstum fördern.

Das zweite Ereignis ist die Ankündigung des Geschäftsführenden Direktors Rodrigo de Rato, sein Amt im Oktober 2007 niederzulegen. Ich danke Rodrigo de Rato im Namen des Exekutivdirektoriums für seine Führungsstärke und seinen großen Einsatz für den Fonds seit seiner Amtsübernahme im Jahr 2005. Ich verweise insbesondere auf die im Jahr 2006 eingeleitete mittelfristige Strategie. Dieses ehrgeizige Programm fordert eine

Reform der Verteilung von Kapitalanteilen und Stimmrechten im Fonds, damit alle Mitglieder fair und angemessen vertreten sind. Diese Initiative hat bereits bedeutsame Veränderungen in der Geschäftstätigkeit und -politik des Fonds eingeleitet, durch die wir unsere Arbeit besser auf die sich ändernden Bedürfnisse unserer Mitglieder einstellen können. Im Rahmen des Auswahlverfahrens für Rodrigo de Ratos Nachfolger wurden die Exekutivdirektoren aufgefordert, Kandidaten zu nominieren, die sich hohe Verdienste als wirtschaftspolitische Entscheidungsträger auf höchster Ebene erworben haben und Staatsbürger eines der 185 Mitgliedsländer des IWF sind. Das Exekutivdirektorium wird diese Kandidaten im September prüfen.

Weitere Informationen über diese und andere Entwicklungen, die nach Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, können auf der Website des IWF unter [www.imf.org](http://www.imf.org) eingesehen werden.

Das Exekutivdirektorium ist zu Recht stolz auf dieses neue Format des *IWF-Jahresberichts*. Um die Kommunikationswirkung zu erhöhen, beschloss das Exekutivdirektorium, den *Bericht* zu straffen und in sieben statt wie bisher vier Sprachen übersetzen zu lassen: Arabisch, Chinesisch, Deutsch, Französisch, Japanisch, Russisch und Spanisch. Alle Anhänge – einschließlich der Finanzausweise –, die bisher in gedruckter Form vorlagen, finden sich jetzt auf der CD-ROM, die im hinteren Bucheinband befestigt ist. Auf der CD-ROM finden sich außerdem Öffentliche Informationsmitteilungen, Presseveröffentlichungen, ausgewählte Berichte sowie Tabellen und Kästen mit ausführlichen Informationen zu den im gedruckten *Bericht* aufgeführten Tätigkeiten.

Wir hoffen, dass die Leser diese Änderungen begrüßen, und bitten Sie, uns Ihre Meinung mitzuteilen.



Jonathan T. Fried  
Vorsitzender

Ausschuss des Exekutivdirektoriums für den Jahresbericht

# Inhalt

<b>Botschaft des Geschäftsführenden Direktors</b>	<b>4</b>	<b>4. Kapazitätsaufbau: technische Hilfe und Ausbildung</b>	<b>49</b>
<b>Begleitschreiben an den Gouverneursrat</b>	<b>6</b>	Technische Hilfe	51
<b>1. Überblick</b>	<b>7</b>	Ausbildungsangebot des IWF-Instituts	56
Wichtige Wirtschafts- und Finanzentwicklungen	9	<b>5. Verwaltungsführung, Organisation und Finanzen</b>	<b>57</b>
Höhepunkte in der Arbeit des Exekutivdirektoriums	13	Quoten- und Stimmrechtsreform	58
Stärkung und Modernisierung der Überwachung	13	Kommunikation und Transparenz	60
Programmunterstützung	14	Kommunikation	60
Kapazitätsaufbau	15	Transparenzpolitik	62
Reform der Kapitalanteile und Mitspracherechte	16	Geschäftsführung und Organisation	63
Kommunikation und Transparenz	16	Wie der IWF geführt wird	63
Verbesserung der Verwaltungsführung	17	Verwaltungs- und Kapitalhaushalte	67
Überprüfung der Finanzlage des Fonds	17	Modernisierung des Risikomanagement-Regelwerks	69
<b>2. Überwachung zur Förderung von finanzieller und makroökonomischer Stabilität und Wachstum</b>	<b>19</b>	Straffung der Verfahren	70
Umsetzung der Überwachung	22	Finanzoperationen und -grundsätze	70
Globale Überwachung	22	Ertragslage, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung	70
Länderüberwachung	24	Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF	71
Regionale Überwachung und Informationsarbeit	26	Prüfungsverfahren des IWF	72
Finanzsektor-Überwachung und die Initiative im Bereich von Standards und Kodizes	27	<b>Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter, Stand vom 30. April 2007</b>	<b>74</b>
Modernisierung des Überwachungs-Regelwerks und Integration der Finanzsektoranalyse	30	<b>Leitende Mitarbeiter, Stand vom 30. April 2007</b>	<b>76</b>
Integration der Finanzsektor- und Kapitalmarktanalyse in die Überwachung	31	<b>Organigramm des IWF</b>	<b>77</b>
<b>3. Programmunterstützung</b>	<b>33</b>	<b>Akronyme und Abkürzungen</b>	<b>78</b>
Aufstrebende Volkswirtschaften	38	<b>CD-ROM</b>	
Kreditvergabe	38	<i>Die folgenden Texte befinden sich auf der CD-ROM, die im hinteren Bucheinband befestigt ist.</i>	
Ein neues Finanzierungsinstrument	39	Text des Jahresberichts 2007 (Englisch, Französisch, Spanisch)	
Einkommensschwache Länder	39	Zusatzmaterial zu den einzelnen Kapiteln (Englisch)	
Konzessionäre Kreditvergabe	41	Anhänge (Englisch)	
Schuldenerleichterung	41	Appendix I International Reserves	
Regelwerk für Schuldentragfähigkeit	43	Appendix II Financial operations and transactions	
Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik	44	Appendix III Press communiqués of the IMFC and the Development Committee	
Nothilfe	45	Appendix IV Executive Directors and voting power	
Überprüfung von Rolle und Instrumenten des IWF	46	Appendix V Changes in membership of the Executive Board	
Der IWF und Hilfe an Afrika südlich der Sahara	46	Appendix VI Financial statements	
Ex-post-Beurteilungen	47		
Vorbeugende Vereinbarungen	47		

## Kästen

1.1 Fortschritte bei der Umsetzung der mittelfristigen Strategie	10
2.1 Überwachungstätigkeit	21
2.2 Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte	22
2.3 ROSCs und Datenstandards-Initiativen	25
3.1 Sonderziehungsrechte	35
3.2 Überprüfung der Fortschritte bei den Millennium-Entwicklungszielen	40
3.3 Handelsliberalisierung und einkommensschwache Länder	42
4.1 Regionale Zentren für technische Hilfe	52
5.1 Einleitung der Dreizehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung	59
5.2 Zusammenarbeit mit zwischenstaatlichen, internationalen und regionalen Organisationen	64
5.3 Geschäftstätigkeit des IEO im Geschäftsjahr 2007	65
5.4 Leistungsindikatoren	69
5.5 Sicherungsbewertungen	70
5.6 Anlagekonto	73

## Tabellen

3.1 Finanzfazilitäten des IWF	36
3.2 Im GJ 2007 gebilligte PRGF-Kredite	41
4.1 Technische Hilfe nach Ländereinkommensgruppe, GJ 2007	53
4.2 Bereitstellung und Quellen der technischen Hilfe, GJ 2005-07	53
4.3 Geber für die Technische-Hilfe-Programme des IWF	54
5.1 Verwaltungshaushalte für die Geschäftsjahre 2005-08	68
5.2 Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF von sechs Monaten oder länger, nach Art	72

## Schaubilder

1.1 Reales BIP-Wachstum	9
1.2 Saldo der Leistungsbilanz	9
1.3 Entwicklung der Aktienmärkte	12
1.4 Aufschlag auf Staatsanleihen	12
3.1 Ausstehende reguläre Kredite, GJ 1997–GJ 2007	38
3.2 Ausstehende konzessionäre Kredite, GJ 1997–GJ 2007	41
5.1 Geschätzte Brutto-Verwaltungsausgaben nach Primärleistung, GJ 2007	67
5.2 Geschätzte Brutto-Verwaltungsausgaben nach Primärleistung, GJ 2008	69

Das Geschäftsjahr des IWF läuft vom 1. Mai bis zum 30. April.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR); die Umrechnungen von Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und werden zur leichteren Verständlichkeit angegeben. Am 30. April 2007 lag der SZR/US-Dollar-Wechselkurs bei 1 US-\$ = 0,65609 SZR und der US-Dollar/SZR-Wechselkurs bei 1 SZR = 1,52418 US-\$. Ein Jahr zuvor (am 30. April 2006) beliefen sich die Kurse auf 1 US-\$ = 0,67978 SZR und 1 SZR = 1,47106 US-\$.

In der englischen Fassung (auf der CD-ROM) bedeutet „billion“ eine Milliarde und „trillion“ eine Billion; kleinere Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der im *Jahresbericht* verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Der Begriff wird hier auch für einige Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, für die aber auf getrennter und unabhängiger Basis statistische Daten erhoben werden.

## *Botschaft des Geschäftsführenden Direktors*

Wir leben in einer Zeit des Wandels in der Weltwirtschaft und im Internationalen Währungsfonds. Die Quellen des globalen Wachstums sind breiter verteilt: Europa, Japan und die Vereinigten Staaten hatten im letzten Jahr eine solide Wirtschaftsleistung zu verzeichnen, die aufstrebenden Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen, darunter China und Indien, leisteten jedoch auch einen wichtigen Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft. Die Innovation auf den Finanzmärkten hält an und bringt viele Chancen, aber auch einige neue Risiken mit sich. Im Fonds schreitet die Arbeit an den in der mittelfristigen Strategie festgelegten Reformen voran und im Geschäftsjahr 2007 waren bereits die ersten Erfolge festzustellen.

Einige der wichtigsten Änderungen, die wir im vergangenen Jahr vorgenommen haben, betrafen die Überprüfung der Wirtschaftspolitik, die so genannte Überwachung, die die Kernaufgabe des Fonds darstellt. Die Einführung der multilateralen Konsultationen gibt dem Fonds – und der internationalen Gemeinschaft – ein wichtiges neues Instrument, das eingesetzt werden kann, um Konsens über die Vorgehensweise bei gemeinsamen Problemen zu erzielen. Die erste multilaterale Konsultation konzentrierte sich auf die Frage, wie die globalen Ungleichgewichte so reduziert werden können, dass gleichzeitig starkes globales Wachstum gesichert wird. Fünf Teilnehmer – China, der Euroraum, Japan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Staaten – legten ihre Politikpläne in einem gemeinsamen Dokument nieder, das bei unserer Frühjahrstagung an die Minister verteilt wurde, die die 185 Mitglieder des Fonds vertreten. Die teilnehmenden Länder zeigen durch die gemeinsame Vorlage und Erörterung dieser Politikmaßnahmen ihr Engagement für den Multilateralismus. Die Umsetzung dieser Politikpläne wird die globalen Ungleichgewichte abbauen und gleichzeitig einen Beitrag dazu leisten, das Wachstum zu sichern.

Der Fonds hat außerdem große Fortschritte bei der Vertiefung seiner Arbeit im Bereich der Finanzmärkte und -systeme erzielt. Wir integrieren unsere Arbeit zu Finanzsektorfragen inzwischen besser in unsere Arbeit zu makroökonomischen Fragen. Und durch den Zusammenschluss von zwei IWF-Abteilungen zur neuen Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte im Juni 2006 haben wir ein Expertisenzentrum für Finanzmarktfragen geschaffen – ein Bereich, der für die Weltwirtschaft und die IWF-Mitglieder immer wichtiger wird.

Im Geschäftsjahr 2007 haben wir außerdem die Arbeit an der Reform des rechtlichen Rahmens für die bilaterale Überwachung aufgenommen. Diese Anstrengungen gipfelten Anfang des Geschäftsjahres 2008 in einer Entscheidung des Exekutivdirektoriums für ein neues Überwachungs-Regelwerk. Die neue Entscheidung ist die erste bedeutsame Revision des Überwachungs-Regelwerks seit etwa 30 Jahren und trifft auf die breite Unterstützung unserer Mitglieder. Sie reflektiert die gegenwärtige bestmögliche Praxis bei unserer Arbeit im Bereich der Überwachung von Wechselkurs- und Wirtschaftspolitik der Mitglieder, sie bekräftigt, dass die Überwachung den Schwerpunkt auf das Kernmandat des Fonds – die Förderung der außenwirtschaftlichen Stabilität der Länder – legen sollte, sie aktualisiert die Leitgrundsätze für die Durchführung der Wechselkurspolitik durch die Mitglieder und sie stellt klar, welche Erwartungen an die Überwachung gestellt werden, u.a. in Bezug auf Offenheit und Ausgewogenheit.

Die Arbeit des Fonds mit den einkommensschwachen Ländern ist nach wie vor sehr intensiv. Im letzten Jahr wurden zehn neue Programme im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität verabschiedet und inzwischen profitieren 24 Länder von Schuldenerleichterung im Rahmen der Multilateralen Entschuldungsinitiative. Wir ergreifen außerdem Maßnahmen, um sicherzustellen, dass wir den Schwerpunkt auf die entscheidenden makroökonomischen und finanziellen Bereiche legen, in denen wir den größten Beitrag zu Stabilität, Wachstum und Armutsbekämpfung in einkommensschwachen Ländern leisten können. Wir werden unsere Partnerschaft mit der Weltbank und anderen Entwicklungsinstitutionen fortsetzen und können uns dabei jetzt auf einen wichtigen Bericht über die Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF stützen, den ein externer Sachverständigenausschuss unter dem Vorsitz von Pedro Malan erarbeitet hat. Der Bericht des Ausschusses wurde im Februar 2007 vorgelegt und wird uns helfen, die jeweiligen Rollen zu klären und die Zusammenarbeit mit unseren Kollegen in der Weltbank zu verbessern.

Technische Hilfe und Ausbildung bleiben wichtige Elemente unserer Arbeit, insbesondere in einkommensschwachen Ländern. Im Geschäftsjahr 2007 wurde ein regionales Zentrum für technische Hilfe in Libreville, Gabun, eröffnet, das dritte Zentrum dieser Art in Afrika,



*Rodrigo de Rato, Geschäftsführender  
Direktor des IWF und Vorsitzender  
des Exekutivdirektoriums*

und in Pune, Indien, wurde mit dem Gemeinsamen Ausbildungsprogramm von Indien und IWF das siebte regionale Ausbildungszentrum weltweit eröffnet. Gleichzeitig hat die Konsolidierung der Tätigkeiten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in der Rechtsabteilung des Fonds diese Abteilung zum größten multilateralen Anbieter von technischer Hilfe in diesem Bereich gemacht.

Im Januar 2007 erhielten wir den Bericht eines Ausschusses angesehener Persönlichkeiten unter dem Vorsitz von Andrew Crockett. Der Crockett-Bericht wies darauf hin, dass der Fonds ein neues Einkommensmodell benötigt und dass er die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Überwachung und technische Hilfe in Zukunft nicht mehr fast ausschließlich durch Kreditvergabe finanzieren sollte. Er empfahl dem Fonds, seine Einkommensbasis zu verbreitern. Die Schaffung einer zuverlässigen Einkommensquelle – verbunden mit einer effektiven Verwaltung der Ausgaben – gibt unseren Mitgliedern die Gewissheit, dass der Fonds auch in Zukunft sein Mandat erfüllen kann, und ermöglicht uns eine zuverlässige Planung für die Umsetzung der beschlossenen Politikmaßnahmen. Auf der Ausgabenseite haben wir bereits gehandelt: Der mittelfristige Haushalt für die Geschäftsjahre 2008–10 sieht eine reale Senkung der Verwaltungskosten des IWF in jedem der nächsten drei Jahre vor. Dies soll erreicht werden durch eine Erhöhung der Effizienz und einen Rückgang oder Abbau von Tätigkeiten mit niedrigerer Priorität. Die Einkommenseite der Gleichung wird eine Hauptpriorität für das Geschäftsjahr 2008 sein.

Die Jahrestagung im September 2006 fand in Singapur statt. Die Tagung gab all unseren Mitgliedern die Gelegenheit zu sehen, wie weit Asien seit der Krise vor zehn Jahren gekommen ist. Sie konnten außerdem direkt mitverfolgen, wie der Fonds durch den Abschluss der ersten Stufe der Reform von Kapitaleinlagen und Mitspracherechten einen wichtigen Schritt nach vorn tat. Am 18. September 2006 verabschiedete unser Gouverneursrat eine Ad-hoc-Quotenerhöhung für vier Länder, die eindeutig unterrepräsentiert waren – China, Korea, Mexiko und die Türkei –, und beschloss, innerhalb der nächsten zwei Jahre tiefer gehende Reformen durchzuführen. Dies war eine historische Vereinbarung für den Fonds. Im Januar 2007 begann das Exekutivdirektorium die Arbeit an einem Änderungsvorschlag für das IWF-Übereinkommen, der darauf

abzielt, die Grundstimmen zu erhöhen und so den Stimmenanteil der Gruppe der einkommensschwachen Länder zu sichern. Und auf seiner Tagung am 14. April 2007 gab uns der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) Anleitungen zu einer neuen Formel, die weit reichende Änderungen in den Quoten ermöglicht. Der IMFC kam überein, dass die neue Formel einfach und transparent sein sollte und dass sie die relative Position der Mitglieder in der Weltwirtschaft angemessen widerspiegeln sollte. Die Reform sollte außerdem den Anteil dynamischer Volkswirtschaften, deren Gewicht und Bedeutung in der Weltwirtschaft gestiegen ist, erhöhen, was auf viele aufstrebende Volkswirtschaften zutrifft. Wir wollen diese Reformen nach Möglichkeit bis zur Jahrestagung 2007 abschließen, spätestens jedoch bis zur Jahrestagung 2008. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Mitglieder Führungsstärke zeigen und Kompromisse eingehen. Wenn wir uns aber auch in Zukunft auf den Geist der multilateralen Kooperation stützen können, der die Tagung von Singapur geprägt hat, dann bin ich zuversichtlich, dass wir unsere Arbeiten zu einem erfolgreichen Abschluss bringen werden.

Das vergangene Jahr war ein Jahr des Wandels für den Fonds und es werden noch weitere Änderungen folgen. Es gab außerdem Veränderungen im Stab und in der Geschäftsführung des IWF. Anne Krueger, Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin von 2001 bis 2006, legte ihr Amt nieder und ihr Nachfolger ist John Lipsky. Agustín Carstens, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor von 2003 bis 2006, wurde Finanzminister von Mexiko und sein Nachfolger ist Murilo Portugal. Zu den zukünftigen Änderungen gehört mein eigener Abgang. Ich werde nach der Jahrestagung 2007 mein Amt als Geschäftsführender Direktor niederlegen.

Es gibt jedoch auch wichtige Elemente von Kontinuität: im Einsatz unserer Mitglieder für den Fonds durch ihre Vertretung in unserem ausgezeichneten Exekutivdirektorium, im engagierten Mitarbeiterstab des Fonds, in der Arbeit der Institution sowie in unserer Vision und unserem Mandat. Ich bin stolz, dass ich einen Beitrag dazu leisten durfte, den Fonds in dieser Zeit des Wandels zu führen und dass ich die Gelegenheit hatte, allen Mitgliedern dieser bedeutenden Institution zu dienen.



*Das Exekutivdirektorium und leitende Mitarbeiter des IWF*

## Begleitschreiben an den Gouverneursrat

3. August 2007

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII Abschnitt 7 Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Abschnitt 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2007 abgelaufene Geschäftsjahr vorzulegen. Im Einklang mit Abschnitt 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium für das am 30. April 2008 ablaufende Geschäftsjahr genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF in Kapitel 5 vorgelegt. Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung sowie der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2007 abgelaufene Geschäftsjahr werden zusammen mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Anhang VI präsentiert. Die externe Rechnungsprüfung und das Finanzberichtswesen wurden nach Maßgabe von Abschnitt 20 (c) der IWF-Satzung durch den Externen Rechnungsprüfungsausschuss, bestehend aus Dr. Len Konar (Vorsitzender), Satoshi Itoh und Steve Anderson, überprüft.

Rodrigo de Rato  
Geschäftsführender Direktor und Vorsitzender des Exekutivdirektoriums

# *Kapitel 1*



## Kapitel 1 Überblick

Während des Geschäftsjahres vom 1. Mai 2006 bis zum 30. April 2007 legte das Exekutivdirektorium den Schwerpunkt darauf, die Geschäftspolitik und -tätigkeit des Fonds besser an die sich ändernden Bedürfnisse der Mitgliedsländer im IWF anzupassen. Die Zahl der Mitglieder stieg im Januar 2007 auf 185 an, als Montenegro dem Fonds beitrug. Viele IWF-Mitglieder erlebten ein weiteres Jahr mit starkem Wirtschaftswachstum und günstigen Marktbedingungen, das wirtschaftliche und finanzielle Umfeld war jedoch nicht ohne Risiko. Die großen globalen Ungleichgewichte hielten an, die Konjunktur in den Vereinigten Staaten kühlte sich ab, die Preise für Öl und Nicht-Energie-Rohstoffe blieben hoch und die Investoren zeigten nach wie vor großes Interesse an riskanten Vermögenswerten.

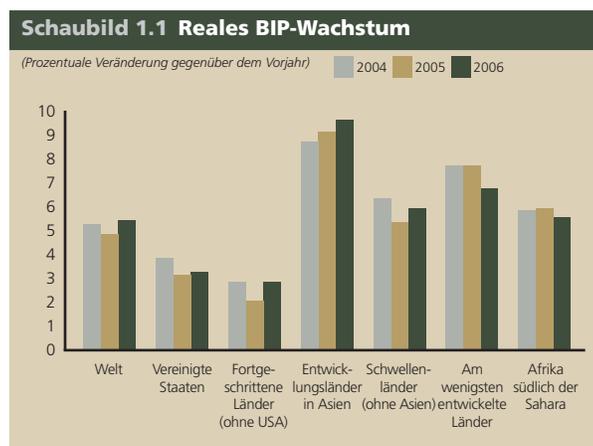
Der IWF erzielte beträchtliche Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele, die in der vom Geschäftsführenden Direktor im Geschäftsjahr 2006 eingeleiteten mittelfristigen Strategie (Kasten 1.1) festgelegt wurden. Da die Kapitalströme in die aufstrebenden Marktwirtschaften in den letzten Jahren auf Rekordniveau gestiegen sind und die Nachfrage nach IWF-Krediten dementsprechend zurückgegangen ist, konzentriert sich der IWF verstärkt auf Überwachung,<sup>1</sup> Politikberatung und technische Hilfe. Mit der multilateralen Konsultation entwickelte er im Laufe des Geschäftsjahres 2007 ein neues Überwachungsinstrument, das den Mitgliedern helfen soll, das Problem der globalen Ungleichgewichte anzugehen. Der IWF leitete außerdem eine Überprüfung seines Überwachungs-Regelwerks ein und unternahm Schritte, um die Finanzsektorarbeit besser in die Überwachungstätigkeit zu integrieren. Er will dadurch den Mitgliedern helfen, die mit den globalisierten Finanzmärkten zusammenhängenden Risiken zu bewältigen und die sich daraus ergebenden Vorteile zu nutzen.

Angesichts des zunehmenden wirtschaftlichen Gewichts einiger IWF-Mitglieder leitete das Exekutivdirektorium Reformen in Bezug auf die Kapitalanteile und Führungs- und Kontrollstrukturen ein, um eine faire Quotenverteilung und angemessene Vertretung aller Mitglieder zu gewährleisten. Das Direktorium unternahm außerdem Schritte, um die Verwaltungsführung des Fonds zu verbessern, die Effizienz der Geschäftstätigkeit des Fonds zu erhöhen und ein neues Einkommensmodell zu entwickeln, das stärker mit den Aufgaben in Einklang steht, die die Institution heute ausübt.

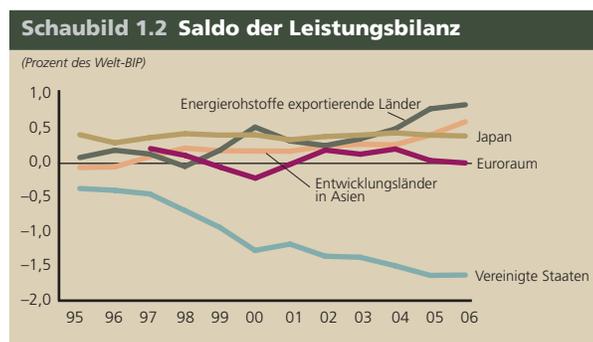
<sup>1</sup> Die Überprüfung der globalen, regionalen und nationalen Wirtschaftspolitik, siehe Kasten 2.1.

## Wichtige Wirtschafts- und Finanzentwicklungen

Das Wachstum der Weltwirtschaft beschleunigte sich 2006 auf 5,4 Prozent, gegenüber 4,9 Prozent im Jahr 2005. Dies war das vierte Jahr in Folge, das von einer starken globalen Expansion gekennzeichnet war (Schaubild 1.1). Das Wachstum gestaltete sich außerdem ausgewogener, da die Konjunkturabschwächung in den Vereinigten Staaten durch eine Wachstumsbeschleunigung in anderen Regionen ausgeglichen wurde. Ein günstiges internationales Finanzumfeld und, in vielen Fällen, hohe Rohstoffpreise stützten das besonders starke Wachstum der aufstrebenden Länder. Die Inflation ging in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 zurück, da die Ölpreise nach ihrem Spitzenwert im August wieder fielen.



Die Leistungsbilanz-Ungleichgewichte blieben groß (Schaubild 1.2). Das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten stabilisierte sich 2006 auf 6½ Prozent des BIP, wobei gegen Ende des Jahres ein beträchtlicher Rückgang festzustellen war.



Die Überschüsse der Öl exportierenden Länder sowie der ostasiatischen Länder stiegen weiterhin, während die Defizite in Westeuropa, in den aufstrebenden Ländern Europas<sup>2</sup> sowie in den schnell wachsenden Volkswirtschaften wie Indien zunahmen.

Das Wachstum in den *Vereinigten Staaten* verlangsamte sich beträchtlich und ging von einer Jahresrate von 2½ Prozent in der zweiten Hälfte von 2006 auf 0,6 Prozent im ersten Quartal von 2007 zurück. Dies war vor allem auf einen Rückgang bei den Nettoexporten, den Lagerbeständen und den Investitionen in den Wohnungsbau zurückzuführen. Das Exportwachstum blieb zwar kräftig, das schnellere Importwachstum machte jedoch einige Verbesserungen, die in der Handelsbilanz nach dem August 2006 erzielt wurden, zunichte. Mehr als die Hälfte des Importwachstums war auf steigende Öleinfuhren zurückzuführen. Die Unternehmensinvestitionen gingen ebenfalls zurück. Der private Verbrauch blieb jedoch solide und wurde durch stetiges Beschäftigungswachstum und steigende Aktienkurse gestützt.

Die Konjunktur im *Euroraum* verbesserte sich im gleichen Zeitraum. Das BIP-Wachstum, das durch hohe Investitionen und Nettoexporte angetrieben wurde, erreichte im ersten Quartal von 2007 eine saisonal bereinigte Jahresrate von 2½ Prozent und war damit fast doppelt so hoch wie die Rate von 2005, und die höchste Rate seit 2000. Die Verbraucherausgaben dagegen gingen beträchtlich zurück, was teilweise auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland zurückzuführen war.

*Japans* Wirtschaftswachstum erlitt Mitte 2006 eine Konjunkturdelle, die hauptsächlich in einem unerwarteten Konsumeinbruch begründet lag; das Wachstum beschleunigte sich jedoch im vierten Quartal 2006 wieder, weil die Inlandsnachfrage an Dynamik gewann. Die Konjunktur trübte sich Anfang 2007 zwar etwas ein, aber das Wachstum blieb über dem Potentialwachstum.

Die Konjunktur in den *aufstrebenden Ländern Asiens* blieb sehr lebhaft und wurde angetrieben durch starkes Wachstum in China und Indien. In China belief sich das reale BIP-Wachstum 2006 auf 10,7 Prozent. Die Anlageinvestitionen gingen in der zweiten Hälfte von 2006 zurück, stiegen Anfang 2007 aber wieder. Indiens Wachstum, das 2006 9,7 Prozent erreichte, wurde durch starken Konsum und vor allem durch hohe

<sup>2</sup> In IWF-Publikationen erfasst dieser Ausdruck Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, die Türkei und Ungarn.

**Kasten 1.1 Fortschritte bei der Umsetzung der mittelfristigen Strategie**

	<b>Ziel</b>	<b>Maßnahmen</b>
<b>Überwachung</b>	Modernisierung des Regelwerks	Überprüfung der Entscheidung von 1977 zur Überwachung der Wechselkurspolitik und Arbeit an einem „Mandat“ (Erklärung über die Prioritäten der Überwachung)
	Multilaterale Perspektive und Stärkung der Finanzsektor-Überwachung	Erste multilaterale Konsultation, Ausweitung der regionalen Überwachung, genauere Analyse länderübergreifender Übertragungswirkungen, stärkere Erfassung des Finanzsektors, Bericht einer Arbeitsgruppe zur Integration der Finanzsektorarbeit in die Überwachung
	Genauere und fokussiertere Länderüberwachung	Überwachungsagendas, versuchsweiser Einsatz von gestrafften Konsultationen
<b>Aufstrebende Märkte und Krisenprävention</b>	Vertiefung der Finanzsektor- und Kapitalmarkt-Überwachung	Entwicklung eines Regelwerks für Finanzsektorfragen in der Länderüberwachung
	Angemessenheitsüberprüfung der bestehenden Instrumente zur Krisenprävention	Direktoriumsaussprachen und Informationsarbeit in Bezug auf ein neues vorbeugendes Finanzierungsinstrument für Liquiditätsprobleme im Rahmen des Krisenpräventions-Instrumentariums
<b>Länder mit niedrigem Einkommen</b>	Beitrag zu den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung der einkommensschwachen Länder bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele	Politikberatung, konzessionäre Kredite, Entschuldung und technische Hilfe, um den einkommensschwachen Ländern zu helfen, makroökonomische Stabilität zu sichern und das Wachstum zu beschleunigen, Überprüfung der Fortschritte in Bezug auf die Millennium-Entwicklungsziele mit der Weltbank ( <i>Globaler Monitoring-Bericht</i> )
	Vertiefung der Arbeit in Bezug auf die Nutzung der Hilfeströme	Politikberatung in Bezug auf den effektiven Einsatz der erhöhten Entwicklungshilfe, Aufarbeitung der Empfehlungen im IEO-Bericht zur IWF-Beratung und Tätigkeit in Bezug auf Hilfeströme nach Afrika südlich der Sahara
	Unterstützung der Länder, die eine Entschuldung erhalten haben, um neue untragbare Schulden zu vermeiden	Verbesserung des Regelwerks für Schuldentragfähigkeit und mehr Informationsarbeit, technische Hilfe für staatliches Schuldenmanagement und Verbesserung des Statistikwesens
<b>Aufbau der Kapazitäten</b>	Stärkung des Kapazitätsaufbaus in den Entwicklungsländern, bessere Integration der technischen Hilfe und Ausbildung in die Überwachung gemäß Länderprioritäten	Umsetzung der mittelfristigen Strategie für den Kapazitätsaufbau, Integration der Länderbedürfnisse und der Mittel für die technische Hilfe in das Haushaltsverfahren des IWF, enge Zusammenarbeit mit Geberpartnern zur effektiven Nutzung der internen Mittel für Kapazitätsaufbau, Ausweitung der regionalen technischen Hilfe und Ausbildung, unter anderem durch die Eröffnung des dritten regionalen Zentrums für technische Hilfe in Afrika (das Sechste weltweit) und eines neuen regionalen Ausbildungszentrums in Indien (das Siebte weltweit)
<b>Reform von Quoten und Mitsprache</b>	Stärkung der Effektivität und Legitimität des IWF durch Fortschritte bei der Reform von Quoten und Mitspracherechten	Ad-hoc-Quotenerhöhungen für vier eindeutig unterrepräsentierte Länder (China, Korea, Mexiko und die Türkei), Prüfung von Grundsätzen für eine neue Quotenformel, Erörterung des rechtlichen Rahmens für die Erhöhung der Grundstimmen, mehr Personal für die Exekutivdirektoren, die von einer großen Zahl von Mitgliedern gewählt werden
<b>Verwaltungs- und Geschäftsführung</b>	Stärkung von Kommunikation und Transparenz	Beginn einer Prüfung der Kommunikationsstrategie, Veröffentlichung eines zweiten Jahresberichts zur Transparenz
	Der IWF soll kostengünstiger und effizienter werden	Prüfung der Empfehlungen im Bericht des externen Ausschusses über die Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF, mittelfristige Umsetzung eines ergebnisorientierten Haushaltsrahmens mit realen Einsparungen, verbessertes Risikomanagement, Straffung von Verfahren
	Schaffung einer nachhaltigen Grundlage für die Finanzen des IWF	Bericht des Ausschusses angesehener Persönlichkeiten über das Einkommensmodell des IWF

Investitionen getragen. In den kürzlich industrialisierten Volkswirtschaften (Korea, Taiwan [Provinz Chinas], SVR Hongkong und Singapur) wurde die Konjunktur durch eine robuste Auslandsnachfrage gestützt, die sich insbesondere auf dem Elektroniksektor bemerkbar machte. In den Volkswirtschaften der ASEAN-4-Länder (Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand) nahm das BIP-Wachstum ebenfalls zu.

Das Wachstum in *Lateinamerika* beschleunigte sich 2006 auf 5,5 Prozent, während es 2005 bei 4,6 Prozent lag. Dadurch erhöht sich die durchschnittliche Wachstumsrate der letzten drei Jahre auf 5¼ Prozent, die beste Leistung seit Ende der 70er Jahre. In Brasilien und Mexiko legte das Wachstum zu, blieb jedoch unter dem regionalen Durchschnitt. Die zunehmende konjunkturelle Belebung machte die Binnennachfrage in Lateinamerika zur Hauptantriebskraft für das Wachstum. Die Nettoexporte wirkten sich negativ auf die konjunkturelle Entwicklung aus, was teilweise auf die Wachstumsschwäche in den Vereinigten Staaten, dem größten Handelspartner der Region, zurückzuführen war. Allerdings profitierten die Rohstoffexportländer weiterhin von steigenden Weltrohstoffpreisen.

In den *aufstrebenden Ländern Europas* beschleunigte sich das Wachstum 2006 auf sechs Prozent. Die Binnennachfrage stieg, da der Verbrauch durch Beschäftigungszuwachs und höhere Reallöhne gefördert wurde. Die Leistungsbilanzdefizite weiteten sich aus, wurden in den meisten Fällen jedoch ohne Schwierigkeiten durch Bankzufüsse und ausländische Direktinvestitionen finanziert. Sorgen über die großen Leistungsbilanzdefizite in Ungarn und der Türkei führten jedoch zu einem Abwärtsdruck auf die Wechselkurse dieser beiden Länder, woraufhin die Geld- und Fiskalpolitik verschärft wurde. Die Konjunktur zeigte sich in der *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*, der Gruppe aus zwölf ehemaligen Sowjetrepubliken, ebenfalls sehr lebhaft, was auf hohe Preise für Öl und Nicht-Öl-Rohstoffe zurückzuführen war.

Die Öl exportierenden Länder des *Nahen Ostens* konnten 2006 wiederum ein Jahr soliden Wachstums verzeichnen. Dies ging einher mit einem positiven Saldo der Leistungsbilanz und der öffentlichen Haushalte. Die Öleinnahmen stiegen weiterhin rasant, die starke Dynamik des Nicht-Öl-Sektors hielt an und die Regierungen planten hohe Ausgaben im Sozialbereich und Investitionen in den Öl- und Nicht-Öl-Sektor.



*Container-Terminal, Hamburg, Deutschland*

Das Wachstum in *Afrika südlich der Sahara* ließ 2006 etwas nach, blieb aber robust. Es wurde zunehmend von Inlandsinvestitionen, Produktivitätssteigerungen und, in geringerem Ausmaß, von öffentlichem Konsum angetrieben. In vielen Ländern wurden die öffentlichen Ausgaben durch höhere Öleinnahmen und Schuldenerleichterungen gestützt. Die Inflation blieb in den meisten Ländern verhalten, was auf umsichtige makroökonomische Politikmaßnahmen und eine weitere gute Ernte zurückzuführen war.

Die *Ölpreise* blieben hoch und schwankend. Nach einem Rekordpreis von 76 \$ pro Barrel im August 2006 ging die durchschnittliche Kassanotierung für Erdöl in den folgenden Monaten zurück. Dies war auf eine Kombination aus verschiedenen Faktoren zurückzuführen: ein Nachfrageschwund in den Industrieländern, eine Erholung im Angebot der Länder außerhalb der OPEC sowie ein leichter Rückgang der geopolitischen Spannungen. Die in der OPEC nach November eingeführten Produktionskürzungen und eine Wiederbelebung

der Nachfrage im ersten Quartal von 2007 führten jedoch zu einem erneuten Preisanstieg. Neu aufflammende geopolitische Spannungen im Nahen Osten drückten die Preise im März und April 2007 wieder nach oben, bis sie Ende April 65 \$ pro Barrel erreichten. Die Preise für *Nicht-Energie-Rohstoffe*, die von Metallen angeführt wurden, sowie die Preise einiger Agrarrohstoffe, vor allem Mais, stiegen in der zweiten Jahreshälfte von 2006 und in den ersten vier Monaten von 2007 ebenfalls stark an, was teilweise durch die zu erwartende steigende Nachfrage nach Biotreibstoffen bedingt war.

Die von den IWF-Mitgliedern verfolgte *Geldpolitik* spiegelte die jeweilige Position der Länder im Konjunkturzyklus wider. Die Zentralbank der USA hielt den Tagesgeldsatz von Juni 2006 an unverändert, da die Risikoeinschätzung zwischen Konjunkturabkühlung einerseits und Inflation andererseits ausgewogen war. Da die Inflation in Japan bei etwa null verharrte, erhöhte die Zentralbank von Japan ihren Leitzins in zwei Schritten von jeweils einem Viertel Prozentpunkt auf 0,5 Prozent, nachdem sie im Juli 2006 ihre Nullzinspolitik aufgegeben hatte. Im Gegensatz dazu verschärfte die Europäische Zentralbank und die nationalen europäischen Zentralbanken beständig ihre Geldpolitik. Einige aufstrebende Länder, insbesondere China, Indien und die Türkei, verschärfte ebenfalls die Geldpolitik. China und die Türkei taten dies wegen der Gefahr einer Überhitzung der Konjunktur und Indien aus Sorge über den Inflationsdruck. Die Türkei reagierte außerdem auf außenwirtschaftlichen Druck. In der *Fiskalpolitik* erzielten die Industrieländer einige Fortschritte bei der Reduzierung der strukturellen Defizite, was zum großen Teil auf ungewöhnlich hohe Einnahmensteigerungen zurückzuführen ist. Angesichts ihrer alternden Bevölkerung müssen diese

**Schaubild 1.3 Entwicklung der Aktienmärkte**



Länder allerdings weitere beträchtliche Anpassungen vornehmen, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte zu sichern.

Auf den *Devisenmärkten* führte die Wachstumsschwäche in den Vereinigten Staaten zu einer Abschwächung des US-Dollar. Von Mai 2006 bis Ende April 2007 wertete der Dollar um 8,4 Prozent gegenüber dem Euro und um 9,5 Prozent gegenüber dem britischen Pfund ab. Der Yen wertete ebenfalls weiter ab, da niedrige Zinssätze Kapitalabflüsse weiterhin begünstigten. Der reale effektive Wechselkurs des Renminbi wertete trotz einer leichten Beschleunigung der nominalen Aufwertung gegenüber dem US-Dollar und eines weiteren Anstiegs von Chinas Leistungsbilanzüberschuss auf 9½ Prozent des BIP im Jahr 2006 etwas ab. Insgesamt herrschten an den Währungs-

**Schaubild 1.4 Aufschlag auf Staatsanleihen**



märkten weiterhin geordnete Bedingungen und die Volatilität blieb niedrig.

Die *Finanzmarktstabilität* wurde weiterhin durch günstige Aussichten der Weltwirtschaft gefördert. Trotz einiger Nervosität im Mai/Juni 2006 und im Februar/März 2007 blieb die Marktvolatilität im Allgemeinen niedrig. Der Nervosität Anfang 2007 lag eine Vielzahl von Faktoren zu Grunde, wie etwa die zunehmende Sorge über die Auswirkungen der starken Abkühlung auf dem Häusermarkt der USA auf Wertpapiere, die mit dem Wohnungsbau zusammenhängen sowie die Steigerung der Verzugs- und Ausfallrate bei Hypothekendarlehen, insbesondere bei Kreditnehmern mit niedriger Bonität.

Die Aufschläge auf *Unternehmensanleihen* blieben niedrig. Starke Unternehmensbilanzen mit ausreichenden Liquiditätspolstern führten zu einer Welle von Zusammenschlüssen und Übernahmen. Diese Entwicklung in Kombination mit höher als erwartet ausgefallenen Unternehmensgewinnen trug dazu bei, dass die Renditen auf den meisten *globalen Aktienmärkten* im zweistelligen Bereich lagen, wobei Japan eine auffallende Ausnahme darstellte (Schaubild 1.3). Im Laufe des IWF-Geschäftsjahres 2007 stieg der S&P 500 um 13,1 Prozent und der Eurofirst 300 gewann 13,9 Prozent, während der Topix um 0,9 Prozent zurückging.

Die Renditespannen sanken in den *aufstrebenden Märkten*<sup>3</sup> auf neue historische Tiefstände (Schaubild 1.4). Der Markt wurde gestärkt durch anhaltende Verbesserungen in der Kreditqualität (wobei Heraufstufungen viel häufiger auftraten als Herabstufungen), den zunehmenden Rückkauf von Staatsschulden (und damit den weiteren Rückgang im Bestand der Brady-Bonds) sowie einen Rückgang in der Emission von Staatsanleihen. Die globalen Investoren erhöhten den Anteil von lokalen Wertpapieren der aufstrebenden Märkte in ihren Portfolios. Die Nettokapitalströme in die Aktienmärkte der Schwellenländer schwankten. Insbesondere bei den Korrekturen von Mai/Juni 2006 und Februar/März 2007 waren starke Kapitalabflüsse zu verzeichnen, wobei die größten Abflüsse in den Märkten festgestellt wurden, in denen vorher die Zuflüsse am stärksten gestiegen waren. Die Aktien der aufstrebenden Märkte erzielten aber dennoch hohe Renditen, wobei der MSCI-Index für Aktien in aufstrebenden Märkten in lokaler Währung gerechnet vom 1. Mai 2006 bis Ende April 2007 um 15,2 Prozent zulegte.

### Höhepunkte in der Arbeit des Exekutivdirektoriums

Die anhaltende Beschleunigung der Globalisierung zog sich im Geschäftsjahr 2007 als roter Faden durch die Tätigkeit des IWF. Sie ist die größte Herausforderung, vor der sowohl der IWF als auch seine Mitglieder zu Anfang des 21. Jahrhunderts stehen. Das Exekutivdirektorium war sich dieser Herausforderung bewusst und erzielte beträchtliche Fortschritte bei der Verwirklichung der in der mittelfristigen Strategie des Fonds festgelegten Ziele: Stärkung und Modernisierung der Überwachung, Entwicklung neuer Instrumente zur Unterstützung der aufstrebenden Länder, Vertiefung der Arbeit des Fonds in den einkommensschwachen Ländern, Reform der Führungs- und Kontrollmechanismen und Stärkung der Verwaltungsführung,

um den Fonds zu einer effizienteren und effektiveren Institution zu machen, sowie Schaffung einer nachhaltigen finanziellen Grundlage für den IWF.<sup>4</sup>

### Stärkung und Modernisierung der Überwachung

Um den Zielen der IWF-Mitglieder zu dienen, muss die Überwachung fokussiert, offen, transparent, ausgewogen und rechenschaftspflichtig sein und länderübergreifende Übertragungswirkungen angemessen berücksichtigen. Im Geschäftsjahr 2007 unternahm das Exekutivdirektorium Schritte zur Stärkung und Modernisierung des Überwachungs-Regelwerks und begann eine Überprüfung der Entscheidung von 1977 zur Überwachung der Wechselkurspolitik. Dabei geht es um das Regelwerk, das 1977 vom Direktorium verabschiedet wurde und dem IWF Anleitungen gab, um sicherzustellen, dass sich die Überwachung auf die bestmöglichen Praktiken stützt und eine in sich geschlossene Vision von der Kerntätigkeit des IWF enthält. Die Exekutivdirektoren erzielten bei dieser Überprüfung weitgehend Einvernehmen und konzentrierten sich im Berichtszeitraum anschließend darauf, auch in anderen Bereichen einen gemeinsamen Standpunkt zu erreichen. Sie erörterten die Frage, wie die Prioritäten der Überwachung expliziter festgelegt werden können und wie die Methodik zur Beurteilung der Effektivität der Überwachungsarbeit klareren Kriterien unterworfen werden kann.

Das Direktorium sprach sich für mehrere Innovationen bei der Umsetzung der Überwachung aus. Dazu gehörte auch die erste multilaterale Konsultation des IWF, anhand derer eine Einigung und eine gemeinsame Vorgehensweise bei der Frage

*Die erste multilaterale Konsultation des IWF konzentrierte sich auf den Abbau der globalen Ungleichgewichte bei gleichzeitiger Sicherung eines starken Wachstums der Weltwirtschaft. China, der Euroraum, Japan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Staaten nahmen daran teil.*

<sup>3</sup> Die aufstrebenden Volkswirtschaften sind hauptsächlich Entwicklungsländer, die in der Kapitalmarktentwicklung weit genug fortgeschritten sind, um ausländische Portfolio-Investitionen anzuziehen oder großvolumige Kredite auf den internationalen Kapitalmärkten aufzunehmen.

<sup>4</sup> Der Kalender und das Arbeitsprogramm des Exekutivdirektoriums finden sich auf der CD-ROM. Allgemeine Informationen über die Verantwortlichkeiten und den Tätigkeitsbereich des Direktoriums finden sich im IMF Handbook, das ebenfalls auf der CD-ROM eingesehen werden kann.

erzielt werden soll, wie die globalen Ungleichgewichte abgebaut werden können, ohne das Wachstum der Weltwirtschaft zu schwächen. Außerdem wurde das Regelwerk für die Überwachung des Finanzsektors und der Kapitalmärkte gestärkt, wobei die Empfehlungen einer internen Arbeitsgruppe für die Integration des Finanzsektors in die Überwachungsarbeit des IWF berücksichtigt wurden. Die Arbeitsgruppe empfahl dem IWF, das Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP), eine gemeinsame Initiative von IWF und Weltbank, die in Kapitel 2 näher beschrieben wird, im Rahmen der Länderüberwachung stärker zu nutzen und den Verbindungen zwischen Finanzsektor und Makroökonomie mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Entsprechend den Vorgaben der mittelfristigen Strategie wurden die Analyseinstrumente des IWF zunehmend eingesetzt, um länderübergreifende Übertragungswirkungen zu erfassen und daraus wirtschaftspolitische Lehren zu ziehen. Die regionale Überwachung wurde erweitert, um die Kenntnisse über die Auswirkungen regionaler Entwicklungen auf die Weltwirtschaft und die nationalen Volkswirtschaften zu vertiefen. Das Direktorium sprach sich für eine Schärfung der Länderüberwachung aus und forderte den Stab auf, sich auf die wichtigsten Risiken, vor denen die Mitglieder stehen, sowie auf Sachfragen zum Kernmandat des IWF zu konzentrieren. Der IWF erprobte außerdem bei einer kleinen Anzahl von Ländern eine Artikel-IV-Konsultation in gestraffter Form.

Hohe Ölpreise stellten die Wirtschaftspolitik vor besondere Herausforderungen und das Direktorium beriet sowohl die Öl exportierenden Länder als auch die Öl importierenden Länder hinsichtlich der zu ergreifenden Politikmaßnahmen. Dabei galt es zu berücksichtigen, dass die steigende Nachfrage, Produktionsengpässe und Angebotsstörungen eine Gefahr für das globale Wachstum darstellen und Inflationsdruck ausüben können. Das Direktorium wies erneut auf die Notwendigkeit hin, die Investitionen in den Ölsektor zu erhöhen, und ermutigte die Mitgliedsländer, die internationalen Ölpreise an die Verbraucher weiterzuleiten, um Verzerrungen im Konsumverhalten zu vermeiden.

Die Direktoriums Aussprachen über den *Weltwirtschaftsausblick* (*World Economic Outlook* – WEO) und den *Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems* (*Global Financial Stability Report* – GFSR), die Hauptinstrumente des IWF zur globalen Überwachung, und andere mit der Überwachungstätigkeit des

IWF zusammenhängende Sachfragen aus dem Geschäftsjahr 2007 werden in Kapitel 2 eingehend erläutert.

### Programmunterstützung

Viele *aufstrebende Marktwirtschaften* haben ihre Politikmaßnahmen gestärkt, sind Schwachstellen angegangen und haben die Schuldenstruktur verbessert. Einige dieser Länder, insbesondere in Asien, haben eine große Menge an Reserven angesammelt und regionale Vereinbarungen über die Zusammenlegung von Reserven erweitert. Die Aussichten der aufstrebenden Marktwirtschaften bleiben positiv und es wird erwartet, dass die Finanzbedingungen günstig bleiben und dass das robuste Wachstum anhält. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die meisten dieser Länder heute ihren Finanzierungsbedarf für das kommende Jahr auf den internationalen Finanzmärkten decken können und dass ihre Nachfrage nach IWF-Krediten drastisch zurückgegangen ist. Die makroökonomischen Eckdaten sind in den aufstrebenden Marktwirtschaften allerdings nach wie vor sehr unterschiedlich und es gibt noch Schwachstellen.

Das Exekutivdirektorium des IWF erörterte im Geschäftsjahr 2007 die Frage, wie die IWF-Unterstützung für die aufstrebenden Marktwirtschaften gestärkt werden kann. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der internationalen Kapitalströme für diese Länder wäre eine Vertiefung der Finanzsektor- und Kapitalmarkt-Überwachung für die Krisenpräventionsmaßnahmen dieser Volkswirtschaften von besonderer Bedeutung. Das Direktorium erzielte außerdem Fortschritte bei der Entwicklung eines Instruments, das den aufstrebenden Marktwirtschaften, die einen soliden wirtschaftspolitischen Kurs verfolgen, im Fall eines vorübergehenden Liquiditätsproblems Finanzmittel zur Verfügung stellt. Das Direktorium betonte, dass die Politikmaßnahmen der einzelnen Länder für die Krisenprävention von entscheidender Bedeutung sind, und prüfte in diesem Zusammenhang ein Stabspapier über die Ursachen und Kosten von Schocks und die Politikoptionen, die die Mitglieder am besten vor Krisen schützen.

Das Exekutivdirektorium prüfte außerdem die Frage, wie die Arbeit des IWF mit den *einkommensschwachen Ländern* in Zusammenarbeit mit der Weltbank vertieft werden kann. Dabei sollte der Schwerpunkt darauf gelegt werden, ihnen bei der Sicherung der makroökonomischen Stabilität und der Wachstumsbeschleunigung zu helfen – Bereiche, in denen der

IWF die Länder am besten unterstützen kann, die Armut zu bekämpfen und die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen.

In den letzten Jahren hat der IWF das Spektrum der Finanzmittel und sonstiger Instrumente, die den einkommensschwachen Ländern zur Verfügung stehen, ausgeweitet. Im Geschäftsjahr 2007 legte das Exekutivdirektorium den Schwerpunkt darauf, den Ländern, die im Rahmen der HIPC-Initiative für hoch verschuldete arme Länder und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (Multilateral Debt Relief Initiative – MDRI) Schuldenerleichterung erhalten haben, zu helfen, das Entstehen einer neuen untragbaren Verschuldung zu verhindern. Das Direktorium beriet die Länder hinsichtlich des makroökonomischen Rahmens, der es den einkommensschwachen Ländern erlaubt, die Hilfe effektiv einzusetzen. Es erörterte zudem einen Bericht des Unabhängigen Evaluierungsbüros (Independent Evaluation Office – IEO, siehe Kasten 5.3) über die Beratung und die sonstigen erfolgten Maßnahmen des IWF in Bezug auf die Hilfeströme nach Afrika südlich der Sahara (die Ergebnisse des IEO werden in Kapitel 3 erörtert). Da die wirtschaftliche Entwicklung der einkommensschwachen Länder entscheidend vom Handel abhängt, forderte das Exekutivdirektorium die IWF-Mitglieder eindringlich auf, auf einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde multilateraler Handelsgespräche hinzuwirken. Der IWF bot weiterhin technische Hilfe in Bereichen wie Steuer- und Zollreform, um die einkommensschwachen Länder in die Lage zu versetzen, umfassend von der Handelsliberalisierung zu profitieren. Er stand auch bereit, um Ländern, die durch die Handelsliberalisierung anderer Länder kurzfristig benachteiligt werden, Finanzhilfe zu gewähren.

Eine Tabelle mit ausführlichen Informationen über die Instrumente, durch die der IWF den Mitgliedsländern Finanzhilfe und sonstige Hilfen bietet, findet sich in Kapitel 3 (Tabelle 3.1). Des Weiteren werden dort Informationen über die Kreditvergabe und die sonstige Programmunterstützung des IWF im Geschäftsjahr 2007 aufgeführt.

### **Kapazitätsaufbau**

Mit zunehmender Fokussierung der Länderüberwachung wird die enge Beziehung zwischen Überwachung und Kapazitätsaufbau immer deutlicher. Die durch den IWF bereitgestellte technische Hilfe und Ausbildung kann den Mitgliedsländern helfen, die im Laufe der Überwachung erhaltene Politikbera-

*In den letzten Jahren hat der IWF das Spektrum der Finanzmittel und sonstiger Instrumente, die den einkommensschwachen Ländern zur Verfügung stehen, ausgeweitet.*

tung umzusetzen. Während des Geschäftsjahres 2007 lag der Schwerpunkt der Arbeit weiterhin darin, die technische Hilfe und Ausbildung enger auf die Prioritäten des IWF und der Empfängerländer auszurichten und sie besser mit den von anderen Gebern bereitgestellten Dienstleistungen zu koordinieren.

Angesichts des hohen Bedarfs an zusätzlichem Kapazitätsaufbau in den Entwicklungsländern wurde in Gabun für die Länder der Region das Zentralafrikanische regionale Zentrum für technische Hilfe (AFRITAC) eröffnet, während in Indien ein neues regionales Ausbildungsprogramm eingerichtet wurde. Das neue AFRITAC – das Dritte in Afrika und das sechste regionale Zentrum für technische Hilfe weltweit – ergänzt die Tätigkeit des AFRITAC für Ostafrika und des AFRITAC für Westafrika. Das Ausbildungszentrum in Indien ist das siebte Zentrum dieser Art weltweit. Die anderen regionalen Ausbildungszentren befinden sich in Afrika, Europa, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Ostasien. Der IWF begann in Zusammenarbeit mit der Weltbank die Entwicklung eines Plans zur Stärkung des Kapazitätsaufbaus für den Entwurf von mittelfristigen Schuldenstrategien sowohl in den aufstrebenden als auch den einkommensschwachen Ländern, um ihnen zu helfen, die Entstehung einer erneuten untragbaren Verschuldung zu verhindern.

Die Mittelvergabe für technische Hilfe wurde verbessert durch die Einführung von mittelfristigen regionalen Plänen, die in das Haushaltsverfahren des IWF aufgenommen werden. Das Direktorium begann außerdem mit der Prüfung der Frage, wie der Kapazitätsaufbau angesichts der steigenden Nachfrage am



*Mädchen in einem Bus, Tansania*

besten finanziert werden kann, unter anderem durch eine höhere externe Finanzierung.

### **Reform der Kapitalanteile und Mitspracherechte**

Wenn der IWF seine Legitimität stärken will, muss er all seine Mitgliedsländer wirklich vertreten, und dies muss von den Mitgliedern auch so gesehen werden. Deshalb leitete das Exekutivdirektorium im Geschäftsjahr 2007 eine weitreichende Reform der Kapitalanteile und Mitspracherechte ein, was ein zentrales Ziel der mittelfristigen Strategie ist. Damit sollen die Quoten der Mitglieder besser mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht in der Weltwirtschaft in Einklang gebracht und die Teilnahme und Stimme der einkommensschwachen Länder gestärkt werden.

In seinem Kommunikee vom 22. April 2006 betonte der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (International

Monetary and Financial Committee – IMFC) die Bedeutung einer Reform der Führungs- und Kontrollmechanismen für die Effektivität und Glaubwürdigkeit des IWF als kooperative Institution. Der Ausschuss rief das Exekutivdirektorium des IWF auf, bis zur Jahrestagung im September 2006 konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Als Reaktion auf die Empfehlungen des Exekutivdirektoriums<sup>5</sup> verabschiedete der Gouverneursrat am 18. September 2006 eine EntschlieÙung über die Reform der Kapitalanteile und Mitspracherechte, in der den vier am deutlichsten unterrepräsentierten Ländern China, Korea, Mexiko und Türkei eine Ad-hoc-Quotenerhöhung gewährt wurde. Außerdem enthält die EntschlieÙung ein Paket mit grundlegenden Reformen, die soweit möglich bis zur Jahrestagung 2007 und spätestens bis zur Jahrestagung 2008 abgeschlossen werden sollen.<sup>6</sup>

Nachdem Einvernehmen über die EntschlieÙung erzielt worden war, wurde ein Arbeitsprogramm beschlossen, das Konsultationen mit den Mitgliedern und informelle sowie formelle Direktoriums Aussprachen über verschiedene Elemente des Pakets umfasst. In einer einleitenden Aussprache im Januar 2007 bestätigte das Direktorium allgemein das vom IWF-Stab vorgeschlagene Regelwerk für eine Änderung des IWF-Übereinkommens in Bezug auf eine Erhöhung der Grundstimmen.<sup>7</sup> Es erörterte außerdem die Frage einer größeren Personalausstattung für die Exekutivdirektoren, die große Stimmrechtgruppen vertreten, d. h. die zwei Stimmgruppen für die afrikanischen Länder südlich der Sahara (siehe Kapitel 5, Fußnote 58). Das Direktorium führte außerdem zwei informelle Aussprachen über die Grundsätze einer neuen Quotenformel, die die Grundlage einer zweiten Runde von Ad-hoc-Erhöhungen bildet. In seinem Kommunikee vom 14. April 2007 begrüÙte der IMFC die bisher erzielten Fortschritte und rief das Exekutivdirektorium auf, seiner Arbeit am Reformpaket weiterhin Priorität einzuräumen.

### **Kommunikation und Transparenz**

Die mittelfristige Strategie betont, dass Kommunikation und Transparenz entscheidend sind, um die Effektivität der Überwachung zu erhöhen und Unterstützung für eine solide Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Das Exekutivdirektorium spielt eine Schlüsselrolle in den Kommunikationsbemühungen des Fonds. Es gibt die strategische Richtung vor, überprüft die Kommunikationsstrategie des IWF regelmäßig (die fünfte Überprüfung begann im Geschäftsjahr 2007) und verabschiedet

<sup>5</sup> Siehe Presseveröffentlichung 06/189 „IMF Executive Board Recommends Quota and Related Governance Reforms“ auf der CD-ROM oder unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06189.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06189.htm).

<sup>6</sup> Siehe Presseveröffentlichung 06/205 „IMF Board of Governors Approves Quota and Related Governance Reforms“ auf der CD-ROM oder unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06205.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06205.htm) sowie die DirektoriumsentschlieÙung, die auf der CD-ROM zu finden ist.

<sup>7</sup> Nach dem IWF-Übereinkommen besteht das Stimmrecht der einzelnen Mitgliedsländer im IWF aus der Summe seiner 250 Grundstimmen (die Zahl ist für alle Mitglieder gleich) und einer Stimme für jeden Teil seiner Quote, der 100 000 SZR entspricht. Bis Mitte der 70er Jahre betrug die Grundstimmen der einzelnen Mitglieder mehr als 10 Prozent der Gesamtstimmen. Inzwischen haben allgemeine Quotenerhöhungen diesen Anteil jedoch auf etwa 2 Prozent reduziert.

allgemein den Haushalt des IWF, in dem die Mittel für Kommunikations- und Informationsarbeit zugewiesen werden. Während des Geschäftsjahres 2007 legte das Direktorium konkrete Schritte fest, um die Verbindung zwischen der Geschäftstätigkeit des IWF und seiner Kommunikationsarbeit zu stärken und um die Wirkung der Kommunikations- und Informationsarbeit zu erweitern, z. B. indem die wichtigsten IWF-Dokumente schneller in anderen Sprachen als Englisch zur Verfügung gestellt werden. Nähere Einzelheiten dazu finden sich in Kapitel 5. Der Direktoriums-ausschuss für den *Jahresbericht* unternahm Schritte, um die Kommunikationswirkung des *Berichts* nicht nur für die betroffenen öffentlichen Stellen, sondern auch für die breite Öffentlichkeit zu verbessern.<sup>8</sup>

Die Exekutivdirektoren spielten eine Führungsrolle bei den Anstrengungen des Fonds zur Erhöhung der Transparenz. Im Geschäftsjahr 2006 forderten sie den Stab auf, jährlich einen aktualisierten Bericht über die Umsetzung der Transparenzpolitik des Fonds zu veröffentlichen. Aus der zweiten jährlichen Aktualisierung, die im Februar 2007 veröffentlicht wurde, geht hervor, dass die Zahl der Mitglieder, die einer Veröffentlichung aller Berichte über ihre Wirtschaftslage und den Einsatz von Fondsmitteln zustimmen – die Veröffentlichung ist freiwillig –, im Jahr 2006 gegenüber den 136 im Vorjahr auf 142 gestiegen ist und dass der Anteil der veröffentlichten Berichte im dritten Jahr in Folge zugenommen hat.

### Verbesserung der Verwaltungsführung

Der IWF ist bestrebt, eine kostengünstigere Institution zu werden, ohne seine Fähigkeit einzuschränken, die in der mittelfristigen Strategie geforderten Leistungen bereitzustellen. Deshalb bemüht sich die gesamte Institution – das Direktorium, die Geschäftsführung und der Stab – um eine Erhöhung der Effizienz.

Wie in Kapitel 5 näher erläutert wird, hat der IWF die Verwaltungsausgaben im Geschäftsjahr 2007 weiter streng begrenzt. Der mittelfristige Haushalt sieht für das Geschäftsjahr 2007 ein reales Nullwachstum vor und für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 sind reale Kürzungen geplant. Es wurden eine Reihe von Initiativen ergriffen, um die Leistungen des IWF effizienter und kostengünstiger zu erbringen; dazu gehören eine erhöhte Auslagerung, die Verlegung einiger Unterstützungs-Dienstleistungen in Niedriglohnländer sowie eine Überprüfung der Reisekosten.

Der IWF unternahm im Laufe des Jahres Schritte zur Stärkung seines Regelwerks zum Risikomanagement. Das Exekutivdirektorium überprüfte regelmäßig die Risikomanagement-Grundsätze des IWF und verabschiedete 2006 auf der Grundlage der von einer Arbeitsgruppe vorgelegten Empfehlungen Maßnahmen zur Umsetzung eines umfassenden Risikobeurteilungssystems. Diese Maßnahmen konzentrieren sich auf die vier breit gefassten Kategorien strategischer, mandatsbezogener, finanzieller und operationeller Risiken. Der IWF führte im Geschäftsjahr 2007 seine erste Risikobeurteilung durch. Dabei wurden die Hauptrisiken, vor denen der IWF steht, sowie die bestehenden Gegenmaßnahmen benannt. Die Exekutivdirektoren betonten in ihrer Diskussion ihre Aufsichtsrolle und treuhänderische Verantwortung für das Risikomanagement des IWF.

Das Exekutivdirektorium straffte außerdem die Verfahren des Fonds, verlängerte die Fristen zwischen den meisten grundsatzpolitischen Überprüfungen, konsolidierte einige Berichte und stellte die Produktion einiger anderer Berichte ein. Es prüfte einen Bericht über die Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF, der von einem externen Prüfungsausschuss im Auftrag der Geschäftsführung von IWF und Weltbank erstellt worden war, und es erörterte Verbesserungsvorschläge für die Zusammenarbeit der beiden Institutionen, um die Politikberatung und den Kapazitätsaufbau des IWF für die Mitgliedsländer effektiver und effizienter zu gestalten (siehe Kapitel 5). Das Direktorium überprüfte außerdem den Bericht des Unabhängigen Evaluierungsbüros (IEO) über den IWF und die Hilfe an Afrika südlich der Sahara und bestätigte eine Reihe von Empfehlungen, die seiner Meinung nach den IWF in die Lage versetzen, seine Geschäftspolitik und -tätigkeit in dieser Region zu verbessern (Kapitel 3).

### Überprüfung der Finanzlage des Fonds

Im Mai 2006 ernannte der Geschäftsführende Direktor einen Ausschuss angesehener Persönlichkeiten mit dem Mandat, das Einkommensmodell des IWF zu überprüfen. Der Bericht des Ausschusses, der dem Exekutivdirektorium vorgelegt und im Januar 2007 veröffentlicht wurde, zog die Schlussfolgerung, dass das gegenwärtige Einkommensmodell des IWF, das sich auf Kreditzinsen als Haupteinkommensquelle stützt, angesichts der breit gefächerten Aufgaben und Verantwortlichkeiten des IWF nicht angemessen ist.<sup>9</sup> Der Ausschuss empfahl eine Reihe neuer Einnahmemaßnahmen, darunter die Ausweitung der Anlageleitlinien und -tätigkeiten, die Schaffung einer Stiftung

<sup>8</sup> Die gedruckte Fassung des gegenwärtigen Jahresberichts ist zwar viel kürzer als die früheren Berichte, der Bericht bleibt jedoch ein umfassendes offizielles Dokument, da ein großer Teil des früher in der gedruckten Fassung enthaltenen Materials in der CD-ROM zu finden ist, die dem Bericht beigelegt wird.

<sup>9</sup> Der Bericht findet sich auf der CD-ROM und auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/oth/2007/013107.pdf](http://www.imf.org/external/np/oth/2007/013107.pdf).

durch die Veräußerung eines begrenzten Teils der Goldbestände des IWF sowie die Erhebung von Gebühren für die Dienstleistungen an die Mitgliedsländer. Bei seiner Tagung im April 2007 ließ der IMFC verlauten, dass der Bericht des Ausschusses „eine

solide Basis für die weitere Arbeit an der Entwicklung eines neuen Einkommensmodells darstellt.“ Die Arbeit des Direktoriums an einem Modell, das auf die breite Zustimmung der IWF-Mitglieder trifft, dauert an.

# Kapitel 2



## *Kapitel 2 Überwachung zur Förderung von finanzieller und makroökonomischer Stabilität und Wachstum*

Der IWF überwacht das internationale Währungs- und Finanzsystem, um sicherzustellen, dass es reibungslos funktioniert, und um Schwachstellen aufzudecken, die seine Stabilität unterwandern können. Aus dem gleichen Grund überprüft er die Wirtschaftspolitik in seinen 185 Mitgliedsländern, indem er den Mitgliedern Analysen und Beratung bietet und sie zu Politikmaßnahmen zur Förderung von finanzieller und makroökonomischer Stabilität sowie stetigem Wachstum ermutigt. Die Überwachungstätigkeit des IWF auf globaler und länderbezogener Ebene wird ergänzt durch regelmäßige Beurteilungen der regionalen Entwicklungen, darunter die im Rahmen von regionalen Vereinbarungen wie Währungsunionen verfolgte Wirtschaftspolitik. Diese Kombination aus Aufsicht und Beratung wird Überwachung genannt (Kasten 2.1).

Im Laufe des Geschäftsjahres 2007 führte der IWF mehrere Innovationen in seine Überwachungsarbeit ein. Er koordinierte versuchsweise Gespräche in einem neuen Forum – den multilateralen Konsultationen –, um Ländern oder Ländergruppen bei Fragen von gemeinsamem Interesse die Zusammenarbeit zu ermöglichen. Ziel der ersten multilateralen Konsultation war die Unterstützung der IWF-Mitglieder bei der Bewältigung von Risiken, die sich aus den gegenwärtigen globalen Ungleichgewichten ergeben. Der IWF schenkte länderübergreifenden Übertragungswirkungen mehr Aufmerksamkeit, berücksichtigte regionale Entwicklungen stärker, um besser zu verstehen, wie diese die einzelnen Länder und die Weltwirtschaft beeinflussen, schärfte die Fokussierung seiner Artikel-IV-Konsultationen, indem er Wechselkurs- und Finanzsektorfragen mehr Bedeutung beimaß, und stärkte seine Informationsarbeit, um gute Politikmaßnahmen zu fördern und einen Konsens in dieser Hinsicht zu erreichen (siehe Kapitel 5 für weitere Einzelheiten zur Informationsarbeit des IWF).

Das Exekutivdirektorium ging jedoch über Änderungen in der täglichen Umsetzung der Überwachung hinaus und unternahm Schritte zur Stärkung und Modernisierung des Überwachungs-Regelwerks des IWF. Die mittelfristige Strategie fordert eine Wiederausrichtung auf das ursprüngliche Ziel der IWF-Überwachung, namentlich die Beurteilung der Frage, inwieweit die Wechselkurspolitik und die makroökonomischen Maßnahmen mit der nationalen und internationalen Stabilität in Einklang stehen. Im Geschäftsjahr 2007 überprüfte das

Exekutivdirektorium die Entscheidung des IWF von 1977 zur Überwachung der Wechselkurspolitik, die zusammen mit Artikel IV des IWF-Übereinkommens die Hauptleitlinie für die Überwachung darstellt. Es wurde dabei auch die Frage erörtert, wie die Überwachungsprioritäten klarer gesetzt werden können.

Der IWF unternahm außerdem Schritte, um die Finanzsektoranalyse besser in die Artikel-IV-Konsultationen und die regionale Überwachung zu integrieren und die Verbindungen zwischen

### Kasten 2.1 Überwachungstätigkeit

Das Exekutivdirektorium des IWF führt Überwachungstätigkeit auf globaler, länderbezogener sowie regionaler Ebene durch. Bei der globalen Überwachung überprüft das Direktorium die Entwicklungen und Aussichten der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte. Der *Weltwirtschaftsausblick* (WEO) und der *Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems* (GFSR), die der IWF-Stab normalerweise zweimal pro Jahr erstellt, werden im Direktorium erörtert und anschließend veröffentlicht. Das Direktorium erörtert außerdem auf informeller Basis die Entwicklungen der Weltwirtschaft und auf den Finanzmärkten. Ein weiteres wichtiges Instrument der globalen Überwachung ist der *Jahresbericht über Wechselkursregelungen und Devisenbeschränkungen* (*Annual Report on Exchange Arrangements and Exchange Restrictions – AREAER*), den der Fonds seit 1950 veröffentlicht.<sup>1</sup>

Wenn ein Land dem IWF beitrifft, verpflichtet es sich im Rahmen von Artikel IV des IWF-Übereinkommens zu einer Politik, die dem geordneten Wirtschaftswachstum und der Preisstabilität förderlich ist und eine Manipulation der Wechselkurse zur Erlangung eines unfairen Wettbewerbsvorteils vermeidet. Das Land verpflichtet sich außerdem dazu, dem IWF Daten über seine Volkswirtschaft zuzuleiten. Der IWF hat nach Artikel IV die Aufgabe, die Einhaltung dieser Verpflichtungen durch die Mitglieder zu überwachen, was durch regelmäßige (normalerweise jährliche) Stabsbesuche in die Mitgliedsländer, die so genannten Artikel-IV-Konsultationen, geschieht.<sup>2</sup> (Zwischen den Konsultationen gibt es häufig informelle Stabsbesuche.) Das IWF-Stabsteam sammelt Wirtschafts- und Finanzdaten und erörtert mit Regierungs- und Zentralbankmitarbeitern die wirtschaftlichen Entwicklungen seit der vorausgegangenen Konsultation sowie die Wechselkurs-, Geld-, Fiskal-, Finanzsektor- und Strukturpolitik eines Landes. Das Team trifft sich auch oft mit anderen Gruppen wie Gesetzgebern, Gewerkschaften,

Wissenschaftlern und Finanzmarktteilnehmern. Es erstellt eine Zusammenfassung seiner Erkenntnisse und der wirtschaftspolitischen Empfehlungen, die den nationalen Behörden übergeben wird. Diese haben dann die Möglichkeit, sie zu veröffentlichen. Nach der Rückkehr in die Zentrale des IWF verfasst das Mitarbeitersteam einen Bericht, in dem die wirtschaftliche Situation und der Inhalt der Diskussionen mit den Behörden beschrieben werden und eine Bewertung der Wirtschaftspolitik des Landes vorgenommen wird. Der Bericht wird dem Exekutivdirektorium zur Prüfung und Diskussion vorgelegt. Eine Zusammenfassung der Direktoriumsansichten wird der Regierung des Landes übermittelt. Durch diese gleichberechtigte gegenseitige Beurteilung erteilt die Weltgemeinschaft ihren Mitgliedern politische Anleitungen und Ratschläge, damit internationale Erfahrungen in die nationalen Politikmaßnahmen einfließen können. Wenn das Mitgliedsland zustimmt, werden der vollständige Artikel-IV-Konsultationsbericht und eine Öffentliche Informationsmitteilung (Public Information Notice – PIN), die die Direktoriumsaussprache zusammenfasst, nach Maßgabe der Transparenzgrundsätze des IWF auf der Website des IWF veröffentlicht (siehe Kapitel 5).

Als Ergänzung zu diesen systematischen und regelmäßigen Überprüfungen der einzelnen Mitgliedsländer beurteilt das Exekutivdirektorium die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik derjenigen Mitgliedsländer, die Finanzmittel vom IWF ausleihen. Das Exekutivdirektorium tagt außerdem häufig informell, um Entwicklungen in einzelnen Ländern zu erörtern. Die Länder können ferner freiwillig am gemeinsamen IWF-Weltbank-Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP) teilnehmen oder einen Bericht über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Report on the Observance of Standards and Codes – ROSC, Kasten 2.3) anfordern.

<sup>1</sup> Der diesem Bericht beigefügte Anhang II „Financial Operations and Transactions“ enthält in Tabelle II.9 „De facto classification of exchange rate regimes and monetary policy framework“ eine kurze Zusammenfassung der Wechselkursregime der Mitglieder. Der Anhang findet sich auf der CD-ROM und auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2007/eng/index.htm](http://www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2007/eng/index.htm).

<sup>2</sup> Das IWF-Übereinkommen findet sich unter [www.imf.org/external/pubs/ft/aa/index.htm](http://www.imf.org/external/pubs/ft/aa/index.htm).

Finanzsektorfragen und makroökonomischen Aspekten besser herauszuarbeiten. Diese Anstrengungen werden unterstützt durch die neue Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte (Monetary and Capital Markets Department – MCM), die Anfang des Geschäftsjahres 2007 geschaffen wurde (Kasten 2.2). Im Rahmen der Umstrukturierung der Finanzsektorarbeit des IWF im Geschäftsjahr 2007 wurde die Zuständigkeit für die Arbeit in Bezug auf die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (anti-money laundering/combating the financing of terrorism – AML/CFT) in der Rechtsabteilung des IWF zentralisiert. Die Rechtsabteilung und die Abteilung MCM

### Kasten 2.2 Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte

Die Schaffung der Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte (MCM) geht auf die Empfehlungen eines Berichts zurück, den die von der IWF-Geschäftsführung einberufene externe Sachverständigen-Gruppe zur Prüfung der Organisation der Finanzsektor- und Kapitalmarktfragen im IWF im November 2005 vorlegt hatte.<sup>1</sup> Die Abteilung ist ein Zusammenschluss der Abteilung für internationale Kapitalmärkte und der Abteilung für Währungs- und Finanzsysteme und führt die Zuständigkeiten, Funktionen und Sachkenntnisse dieser beiden Abteilungen in einer neuen Organisationsstruktur zusammen; gleichzeitig unterstützt sie andere IWF-Abteilungen.

Die Abteilung MCM ist zuständig für Grundsatzfragen sowie analytische und technische Arbeit in Bezug auf Finanzsektoren und Kapitalmärkte sowie währungs- und devisa-bezogene Systeme, Regelungen und Operationen. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, mögliche Risiken für die globale finanzielle und makroökonomische Stabilität und ihre Auswirkungen auf die einzelnen Länder aufzudecken, die Anfälligkeit oder Solidität der Währungs- und Finanzsysteme der einzelnen Länder sowie die Effektivität der Aufsicht der Mitgliedsregierungen über diese Systeme zu beurteilen, Sicherungen für die Vermeidung von Finanzkrisen zu fördern und dazu beizutragen, dass die internationale Architektur für Risikoreduzierung und -management funktioniert, sowie den Kapazitätsaufbau in den Mitgliedsländern zu unterstützen. Die Arbeit der Abteilung MCM im Bereich des Kapazitätsaufbaus wird in Kapitel 4 beschrieben.

<sup>1</sup> Siehe Presseveröffentlichung 06/21 unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr0621.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr0621.htm).

sind gemeinsam für die operativen Aspekte der Integration von AML/CFT-Fragen in die Finanzsektorarbeit des IWF zuständig.

### Umsetzung der Überwachung

Die Überwachung konzentrierte sich im Geschäftsjahr 2007 auf mehrere Schlüsselfragen, darunter die zunehmende Volatilität auf den Finanzmärkten, die möglichen Übertragungswirkungen und Risiken einer ungeordneten Korrektur der globalen Ungleichgewichte, die möglichen Auswirkungen einer Abkühlung des amerikanischen Wohnungsmarkts auf die Weltwirtschaft sowie die Auswirkungen der hohen Öl- und Rohstoffpreise auf die Import- und Exportländer. Die bei der Erstellung des *Weltwirtschaftsausblicks* und des *Berichts zur Stabilität des globalen Finanzsystems* angewandten Analyseinstrumente wurden eingesetzt, um länderübergreifende Übertragungswirkungen zu erfassen und daraus die wirtschaftspolitischen Lehren zu ziehen.

### Globale Überwachung

#### *Weltwirtschaftsausblick*

In seinen Diskussionen über den *Weltwirtschaftsausblick* (WEO) im August 2006 und im März 2007 begrüßte das Exekutivdirektorium die anhaltende und breit verteilte Expansion der Weltwirtschaft im Kalenderjahr 2006 und stellte fest, dass die konjunkturelle Entwicklung in den meisten Regionen die Erwartungen erfüllte oder übertraf. Die Exekutivdirektoren vertraten die Auffassung, dass sich die globale Expansion in den Jahren 2007 und 2008 nur geringfügig abschwächen wird und dass der Inflationsdruck verhalten bleibt. Sie waren allgemein der Meinung, dass die Marktturbulenzen im Februar und März 2007 eine Korrektur darstellten, die auf den Preisauftrieb bei den Vermögenswerten folgte, und deshalb keine grundlegende Revision des positiven Weltwirtschaftsausblicks erfordern.

Zum Zeitpunkt der Diskussion im März 2007 wurden die Risiken für die Weltwirtschaft – die anhaltende Korrektur auf dem amerikanischen Wohnungsmarkt, die zunehmende Finanzmarktvolatilität, eine mögliche Umkehrung im Rückgang der Ölpreise sowie die Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur der globalen Ungleichgewichte – immer noch als Abwärtsrisiken eingeschätzt, aber sie schienen ausgewogener als sechs Monate zuvor. Die Schlüsselfrage bei der Beurteilung dieser Risiken ist, ob die Weltwirtschaft auf einem soliden Wachstumspfad bleibt, selbst wenn sich die Konjunktur in den USA stärker abkühlen sollte, also ob sich die globalen Aussichten von den Vereinigten Staaten abkoppeln, insbesondere angesichts

der begrenzten Auswirkungen der jüngsten Konjunkturabschwächung in den USA.<sup>10</sup>

### ***Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems***

Bei ihren Diskussionen über den *Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems* (GFSR) im März 2007 kamen die Exekutivdirektoren überein, dass die globale finanzielle und makroökonomische Stabilität weiterhin durch solide Wirtschaftsaussichten gestützt wird, selbst wenn die Abwärtsrisiken in einigen Bereichen etwas zugenommen haben. Einige Marktentwicklungen verdienten den Direktoren zufolge allerdings eine erhöhte Aufmerksamkeit, da sie auf Veränderungen in den Finanzrisiken und Finanzbedingungen seit der vorhergehenden Direktoriumsbesprechung über den GFSR im August 2006 hinwiesen. Isoliert betrachtet stellten die aufgeführten kurzfristigen Risiken zwar keine Bedrohung für die finanzielle und makroökonomische Stabilität dar, negative Ereignisse in einem Bereich könnten jedoch zu einer Neueinschätzung der Risiken in anderen Bereichen führen, was wiederum breitere Auswirkungen auf die Volkswirtschaft haben könnte. Die Marktturbulenzen im Februar und März 2007 bestätigten diese Einschätzung und riefen den Marktteilnehmern in Erinnerung, dass solche Neubewertungen sehr schnell auftreten können. Die makroökonomischen Risiken sowie die Risiken, vor denen die aufstrebenden Märkte stehen, seien seit dem vorhergehenden GFSR zwar etwas zurückgegangen, die Markt- und Kreditrisiken seien jedoch gestiegen, wenn auch von einem relativ niedrigen Niveau, und hohe Kapitalzuflüsse in eine Reihe von aufstrebenden Ländern stellten die verantwortlichen Entscheidungsträger vor Herausforderungen. Die Risiken einer ungeordneten Korrektur der globalen Ungleichgewichte seien ebenfalls etwas zurückgegangen, blieben jedoch Grund zur Sorge.

Hedge-Fonds spielen den Direktoren zufolge zwar eine konstruktive Rolle, indem sie die Markteffizienz und -stabilität verbessern, das Direktorium wies jedoch darauf hin, dass die Größe und komplexe Risikostruktur dieser Instrumente zu einer Verstärkung von Übertragungswirkungen und Schocks führen kann. Das Direktorium stellte zwar fest, dass die zunehmende Vielfalt der Vermögenswerte, Ursprungsländer und Anlegertypen zu einem globalisierten Finanzsystem beiträgt, das einen freien Kapitalverkehr sichert und damit eine effektivere Risikostreuung ermöglicht, die Effizienz der Kapitalmärkte erhöht und die finanzielle und makroökonomische Stabilität unterstützt, es betonte jedoch auch die Bedeutung einer schrittweisen und sorgfältig zeitlich gestaffelten Liberalisierung



*Arbeiter auf einem Ölfeld, Jangaozen, Kasachstan*

der Finanzmärkte. Die Direktoren begrüßten den Beitrag des GFSR zur Finanzsektor-Überwachung, weil er unter anderem die nationalen Rechts-, Regulierungs- und Aufsichtssysteme ermutigt, sich an das stärker globalisierte finanzielle Umfeld anzupassen. Die Exekutivdirektoren sprachen sich für verbesserte Mechanismen zur multilateralen Zusammenarbeit aus. Dies betrifft insbesondere die Stärkung der Aufsichtskoordination, was unter anderem durch eine bessere Anwendung der bewährten internationalen Standards und weitere Arbeiten an Regelungen für Krisenmanagement und -lösung erfolgen kann.<sup>11</sup>

### ***Die erste multilaterale Konsultation***

In seinem im April 2006 vorgelegten Bericht über die Umsetzung der mittelfristigen Strategie des Fonds schlug der Geschäftsführende Direktor des IWF vor, die bestehenden Überwachungsregelungen des IWF durch ein neues Instrument zu ergänzen: die multilateralen Konsultationen. Dabei soll die Zusammenarbeit von geeigneten Ländergruppen gefördert werden, so dass diese gemeinsam politische Maßnahmen in Bezug auf die Herausforderungen ergreifen, vor denen die Weltwirtschaft und die einzelnen Mitglieder stehen. Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (IMFC), der Ausschuss auf Ministerebene, der die grundsatzpolitische Ausrichtung des IWF vorgibt, hat diesen Vorschlag bestätigt (siehe Kapitel 5 „Führungsstruktur des IWF“).

<sup>10</sup> Die vollständige Zusammenfassung der Direktoriumsbesprechungen über den WEO findet sich auf der CD-ROM.

<sup>11</sup> Die vollständige Zusammenfassung der Direktoriumsbesprechungen über den GFSR findet sich auf der CD-ROM.

Die erste multilaterale Konsultation des IWF bot den fünf Teilnehmern – China, Euroraum, Japan, Saudi-Arabien und Vereinigte Staaten – ein Forum zur Erörterung der globalen Ungleichgewichte und der Frage, wie sie am besten abgebaut werden können, ohne das robuste Wachstum der Weltwirtschaft zu beeinträchtigen. Das Exekutivdirektorium wird im Geschäftsjahr 2008 die Erfahrungen mit der ersten multilateralen Konsultation überprüfen.

### **Rohstoffpreise**

Da Fluktuationen in den Preisen von Öl und Nicht-Öl-Rohstoffen wichtige Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik haben, gewinnen diese Märkte in der multilateralen Überwachung des IWF zunehmend an Bedeutung. Das Direktorium weist die Öl importierenden Länder zum Beispiel immer wieder darauf hin, dass eine marktbasierende Preisfestsetzung wichtig ist, das heißt, dass die Subventionen beendet und die Kosten der Ölpreise auf die Verbraucher übertragen werden sollten. Ein Kapitel im WEO vom September 2006 ist den Nicht-Energie-Rohstoffen wie Metallen sowie Nahrungsmitteln und sonstigen Agrarrohstoffen gewidmet, und sowohl der WEO vom September 2006 als auch der WEO vom April 2007 enthalten eine eingehende Analyse des Ölmarkts und der Auswirkungen von Ölpreisänderungen auf die Weltwirtschaft. In ihren Diskussionen über den WEO wiesen die Exekutivdirektoren darauf hin, dass der Inflationsdruck aufgrund der steigenden Kapazitätsauslastung wieder zunehmen kann. Sie stellten fest, dass die starken Preissteigerungen für Nicht-Energie-Rohstoffe, insbesondere Metalle, in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern eine Stütze für starkes Wachstum darstellten. Sie empfahlen diesen Ländern, die gegenwärtigen unerwarteten Einnahmen zu sparen oder zu investieren, um das zukünftige Wachstum in den Nicht-Rohstoff-Bereichen zu unterstützen. Sie betonten außerdem das Risiko, dass sich angesichts der anhaltenden geopolitischen Spannungen und der begrenzten freien Produktionskapazitäten der jüngste Rückgang der Ölpreise umkehren könnte.

Die internationale Gemeinschaft ist bestrebt, die Qualität und Transparenz der Ölmarktdaten zu verbessern. Der IWF erhöht in diesem Zusammenhang die Bereitstellung von Metadaten im Allgemeinen Datenweitergabesystem (General Data Dissemina-

tion System – GDDS) und im Speziellen Datenweitergabestandard (Special Data Dissemination Standard – SDDS) (siehe „Standards und Kodizes, einschließlich Datenweitergabe“ auf Seite 28 und Kasten 2.3). Als Reaktion auf die große Nachfrage nach besseren Daten teilt der IWF seine Fachkenntnisse in der Beurteilung der Datenqualität mit anderen internationalen Organisationen und arbeitet gemeinsam mit den wichtigsten Ölexporturen an der Lösung ölbezogener Datenfragen. Der IWF nahm außerdem an einer Ausbildungsmaßnahme in Bezug auf die Gemeinsame Öldateninitiative (Joint Oil Data Initiative – JODI) teil.<sup>12</sup>

### **Länderüberwachung**

Im Geschäftsjahr 2007 hat das Direktorium 134 Artikel-IV-Konsultationen abgeschlossen (siehe Tabelle 2.1 auf der CD-ROM). Die Länderüberwachung legt den Schwerpunkt verstärkt darauf, die wichtigsten Risiken für die Mitglieder aufzudecken und Sachfragen zu erörtern, die zum Kernmandat des IWF gehören. In Fällen, in denen es sinnvoll erschien, sich auf wenige Kernthemen zu konzentrieren, führte der IWF im Geschäftsjahr 2007 versuchsweise gestraffte Konsultationen durch. Dies betraf zehn Länder und steht in Einklang mit der mittelfristigen Strategie des IWF, die eine Erhöhung der Effizienz in den IWF-Verfahren fordert. Dadurch war es möglich, zusätzliche Mittel in andere prioritäre Bereiche zu leiten. Das Direktorium plant, die Erfahrung des IWF mit den gestrafften Konsultationen Anfang des Geschäftsjahres 2008 zu überprüfen.

Wie weiter unten näher erläutert wird, hat der IWF im Geschäftsjahr 2007 beträchtliche Maßnahmen ergriffen, um das Regelwerk der Überwachung zu modernisieren und die Analyse der Entwicklungen im Finanzsektor und auf den Kapitalmärkten umfassender in die Länderüberwachung zu integrieren. In letzter Zeit wird außerdem länderübergreifenden Übertragungswirkungen mehr Bedeutung beigemessen. Aus einer Überprüfung der Qualität der Wechselkurs-Überwachung (siehe unten) geht hervor, dass diese Anstrengungen langsam Früchte tragen.

Das IWF-Modell zur Bewertung der globalen Auswirkungen der Fiskalpolitik (Global Fiscal Model)<sup>13</sup> wird im Rahmen der Länderüberwachung eingesetzt, insbesondere um die weitreichenden Auswirkungen fiskalpolitischer Änderungen –

<sup>12</sup> Im Anschluss an eine Periode in den 90er Jahren, die von außergewöhnlicher Volatilität in den Ölpreisen gekennzeichnet war, starteten sechs internationale Organisationen – Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC), Eurostat, Internationale Energie-Agentur (IEA), Organización Latinoamericana de Energía (OLADE), OPEC und die Statistikabteilung der Vereinten Nationen (UNSD) – im Jahr 2001 eine Initiative mit dem ursprünglichen Namen „Joint Oil Data Exercise“, um das Bewusstsein für die Notwendigkeit von mehr Datentransparenz auf den Ölmärkten zu schärfen. Weitere Informationen finden sich auf der Website von JODI unter [www.jodidata.org/FileZ/ODTmain.htm](http://www.jodidata.org/FileZ/ODTmain.htm).

<sup>13</sup> Das Global Fiscal Model (GFM) ist ein mehrere Länder umfassendes allgemeines Gleichgewichtsmodell, das der Fonds nach der Tradition der New Open Economy Macroeconomics (NOEM) entwickelt hat und das auf die Überprüfung fiskalpolitischer Fragen abzielt. Es eignet sich besonders dazu, vorübergehende und dauerhafte Änderungen in den Steuern und Ausgaben unabhängig davon zu untersuchen, ob diese plötzlich oder allmählich stattfinden (wie zum Beispiel beim altersbezogenen Ausgabendruck). Das länderübergreifende Element des GFM ermöglicht die Analyse internationaler Übertragungswirkungen, wenn Änderungen in der Staatsverschuldung Auswirkungen auf die globalen Zinssätze haben. Das GFM ermöglicht es außerdem den Praktikern, die makroökonomischen Auswirkungen verschiedener alternativer Strategien zur Haushaltskonsolidierung zu beurteilen.

### Kasten 2.3 ROSCs und Datenstandards-Initiativen

**Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (ROSCs).** Die Mitgliedsländer können ROSCs beantragen. Dabei geht es um die Beurteilung ihrer Einhaltung von Standards und Kodizes in den folgenden zwölf Bereichen: Rechnungslegung, Rechnungsprüfung, Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT), Bankenaufsicht, Unternehmensführung, Datenweitergabe, Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte, Insolvenz und Gläubigerrechte, Versicherungsaufsicht, Transparenz der Geld- und Finanzpolitik, Zahlungssysteme und Wertpapierregulierung. Die Berichte, von denen etwa 76 Prozent veröffentlicht wurden, dienen dazu, die Politikdiskussionen von IWF und Weltbank mit den nationalen Behörden zu schärfen und die einzelnen Mitgliedsländer in die Lage zu versetzen, an der globalisierten Wirtschaft teilzunehmen und davon zu profitieren. Sie werden außerdem im Privatsektor zur Risikobewertung genutzt (unter anderem in Rating-Agenturen). Die Teilnahme an der Initiative im Bereich von Standards und Kodizes nimmt ständig zu. Mit Stand von Ende April 2007 waren 811 ROSC-Module für 137 Länder abgeschlossen, was 74 Prozent der IWF-Mitglieder entspricht, und die meisten systemisch wichtigen Länder hatten sich freiwillig zu einer Beurteilung bereiterklärt. Mehr als 380 ROSCs bezogen sich auf Finanzsektorstandards. Davon galten etwa ein Drittel der Bankenaufsicht, der Rest verteilte sich ungefähr gleich auf die anderen Standards und Kodizes.

**Spezieller Datenweitergabestandard (SDDS).** Der SDDS, den das Exekutivdirektorium 1996 einführt, ist ein freiwilliger Standard. Seine Teilnehmer – Länder, die Zugang zu internationalen Kapitalmärkten haben oder anstreben – verpflichten sich, international anerkannte Normen über die Erfassung, Häufigkeit und Aktualität von Daten einzuhalten. Die SDDS-Teilnehmer liefern Informationen über ihre Praktiken im Bereich der Zusammenstellung und Verbreitung der Daten (Metadaten), die anschließend in die IWF-Informationstafel zu Datenweitergabestandards (Dissemination Standards Bulletin Board – DSBB) eingestellt werden.<sup>1</sup> Die Teilnehmer sind außerdem verpflichtet, eine elektronisch mit der DSBB verbundene Website zu unterhalten, die die eigentlichen Daten weitergibt. Die SDDS-Teilnehmer

begannen im September 2003 mit der Weitergabe von vorgeschriebenen Daten über die Auslandsverschuldung. In der von der Weltbank unterhaltenen vierteljährlichen Statistik zur Auslandsverschuldung (*Quarterly External Debt Statistics – QEDS*) werden Daten für 58 Länder veröffentlicht. Die Republik Moldau und Luxemburg wurden im Geschäftsjahr 2007 Teilnehmer, wodurch sich die Zahl der SDDS-Teilnehmer mit Stand vom 30. April 2007 auf 64 erhöhte.

**Allgemeines Datenweitergabesystem (GDDS).** Das Exekutivdirektorium führte 1997 das GDDS ein, um den IWF-Mitgliedsländern bei der Verbesserung ihrer Statistiksysteme zu helfen. Die 88 IWF-Mitglieder, die Ende April 2007 am GDDS teilnahmen, stellen Metadaten bereit, die ihre Praktiken zur Datenkompilation und -weitergabe beschreiben, und sie legen ausführliche Verbesserungspläne vor. Diese Daten werden dann in die DSBB des IWF eingestellt. In dem Zeitraum zwischen der sechsten Überprüfung der Datenstandards-Initiativen durch das Exekutivdirektorium im November 2005 und dem 30. April 2007 nahmen acht Länder und Territorien ihre Teilnahme am GDDS auf. Von den 94 Ländern und Territorien, die seit Einführung des GDDS an diesem System teilgenommen haben, haben sich sechs für den SDDS qualifiziert.

Zur Ergänzung von SDDS und GDDS hat der IWF-Stab die Initiative für den **Austausch von statistischen Daten und Metadaten (Statistical Data and Metadata Exchange – SDMX)** und das **System für die Beurteilung der Datenqualität (Data Quality Assessment Framework – DQAF)** eingeführt. Der SDMX, der gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen entwickelt wird, will durch die Bereitstellung von standardisierten Praktiken, kohärenten Protokollen und anderen Infrastrukturentwürfen für die Berichterstattung und den Austausch von Daten und deren Einstellung in Websites den elektronischen Austausch statistischer Informationen zwischen nationalen und internationalen Behörden effizienter machen. Das DQAF ist eine Begutachtungsmethode, die im Anschluss an die vierte Überprüfung der Datenstandards-Initiativen im Jahre 2001 in die Struktur des ROSC-Datenmoduls aufgenommen wurde.

<sup>1</sup> Die Website ist verfügbar unter [dsbb.imf.org/Applications/web/dsbbhome](http://dsbb.imf.org/Applications/web/dsbbhome).

darunter Haushaltskonsolidierung, Steuerreform und Rentenreform – in einer Reihe von Industrie- und Schwellenländern einzuschätzen. Die WEO-Analyse über die Auswirkungen einer Konjunkturabschwächung in den USA auf den Rest der Welt stützte sich auf eine Reihe von ökonomischen Methoden und Modellen zur Bewertung von länderübergreifenden Übertragungswirkungen.

### Regionale Überwachung und Informationsarbeit

Da die Mitglieder einer Währungsunion die Verantwortung für die Geld- und Wechselkurspolitik – zwei zentrale Bereiche der IWF-Überwachung – an regionale Institutionen abgegeben haben, führt der IWF Gespräche mit Vertretern dieser Institutionen, zusätzlich zu seinen Artikel-IV-Konsultationen mit den einzelnen Mitgliedern der Währungsunionen. Als Reaktion auf Anleitungen des Exekutivdirektoriums im Rahmen der mittelfristigen Strategie hat der IWF-Stab seine regionale Überwachungstätigkeit auf andere Bereiche ausgeweitet. Dazu gehören halbjährliche Berichte über den regionalen Wirtschaftsausblick (Regional Economic Outlook – REO), Gespräche mit verschiedenen regionalen Foren sowie Forschungsarbeiten zu Themen, die für Länder einer bestimmten Region von gemeinsamem Interesse sind. Der Stab wendet die relevanten Ergebnisse der regionalen Überwachung außerdem systematischer bei der Durchführung der Artikel-IV-Konsultationen an. Fachdokumente und Berichte konzentrieren sich zunehmend auf regionale Übertragungswirkungen und länderübergreifende Erfahrungen.

Das Exekutivdirektorium des IWF erörterte im Geschäftsjahr 2007 die Entwicklungen in der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC), in der Ostkaribischen Währungsunion (ECCU), im Euroraum und in der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (WAEMU).<sup>14</sup>

**CEMAC.** Bei ihrer Aussprache im Juli 2006 lobten die Exekutivdirektoren die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der CEMAC im Jahr 2005, die teilweise auf die unerwarteten Öleinnahmen und auf einen besseren makroökonomischen Kurs zurückzuführen war. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den meisten CEMAC-Mitgliedern jedoch nach wie vor niedrig und diese Länder haben große Schwierigkeiten, die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Das Direktorium forderte die Behörden eindringlich auf, die verbesserte makroökonomische

und finanzielle Lage zu nutzen und langjährige strukturelle Probleme anzugehen, die für die Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung außerhalb des Erdölsektors und die Bekämpfung der Armut entscheidend sind. Sie stellten außerdem fest, dass die regionale Integration zu einer Vergrößerung der Märkte und einer Beschleunigung des Wachstums führen kann, und sie forderten erneute Anstrengungen zur Förderung des Handels. Die CEMAC hat an einem FSAP teilgenommen (siehe unten), bei dem festgestellt wurde, dass der Finanzsektor solider geworden ist, aber noch große Herausforderungen bestehen. Die Exekutivdirektoren forderten die CEMAC-Länder eindringlich auf, die finanzielle und makroökonomische Stabilität weiter zu stärken und die Reformen zu beschleunigen, insbesondere weil die Finanzsektoren der Region zu den am wenigsten entwickelten der Welt gehören.

**ECCU.** Das Direktorium begrüßte den in den letzten Jahren festzustellenden Konjunkturaufschwung, der vor allem auf den Tourismus, die Vorbereitungen zur Cricket-Weltmeisterschaft und eine Belebung der Privatinvestitionen zurückzuführen war. Die Quasi-Currency-Board-Regelung der ECCU hat zu einer langen Periode der Preisstabilität geführt und die Währung scheint wettbewerbsfähig zu sein. Die Herausforderung besteht darin, die Wachstumsdynamik im Jahr 2007 und darüber hinaus aufrechtzuerhalten. Die ECCU-Länder, die Ölimporteure sind, stehen weiterhin vor großen Hindernissen, darunter hohe Weltenergiepreise und eine hohe Staatsverschuldung, und die Länder, die Zucker und Bananen exportieren, müssen sich an den Verlust der Handelspräferenzen anpassen. Es sind noch weitere Regulierungs-, Verwaltungs- und Rechtsreformen erforderlich, um die Hindernisse für privatwirtschaftliche Initiativen zu beseitigen. Die Exekutivdirektoren forderten eine weitere Stärkung des Aufsichts- und Regulierungsrahmens, der die Finanzmarktentwicklung stützt.

**Euroraum.** Das Wachstum im Euroraum hat sich beschleunigt und ausgeweitet, der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt gewinnt wieder Einfluss auf die Fiskalpolitik, die Lage der öffentlichen Haushalte ist besser als ursprünglich prognostiziert, und bei der Reform der Güter- und Dienstleistungsmärkte sowie bei der Finanzintegration sind Fortschritte erzielt worden. Das Direktorium sah für 2007 und darüber hinaus jedoch Abwärtsrisiken. Die Produktivitätssteigerung bleibt verhalten, Beschäftigung und Konsum bleiben schwach, die Ölpreise schwanken und die globalen Ungleichgewichte bleiben ungelöst. Die Exekutivdirektoren betonten die Notwendigkeit einer beschleunigten

<sup>14</sup> Die Zusammenfassungen dieser Direktoriumsentscheidungen finden sich auf der CD-ROM und auf der Website des IWF: PIN 06/90 „IMF Executive Board Concludes 2006 Discussion on Common Policies of Member Countries with CEMAC“, [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0690.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0690.htm); PIN 07/13 „IMF Executive Board Concludes 2006 Regional Discussions with Eastern Caribbean Currency Union“, [www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0713.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0713.htm); PIN 06/86 „IMF Executive Board Discusses Euro Area Policies“, [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0686.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0686.htm) und PIN 07/55 „IMF Executive Board Concludes 2007 Consultation with West African Economic and Monetary Union“, [www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0755.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0755.htm).



*Die Bovespa-Börse, São Paulo, Brasilien*

Haushaltskonsolidierung und weiterer Strukturreformen zur Stärkung der Anreize für Arbeit und Investitionen.

**WAEMU.** Die wirtschaftliche Gesamtlage der WAEMU im Jahr 2006 war schwierig. Die Inflation ging trotz höherer Preise für Treibstoffeinfuhren stark zurück und die Devisenreserven blieben angemessen, das durchschnittliche Wachstum sank jedoch auf 3,4 Prozent und das Leistungsbilanzdefizit weitete sich aus. Bei der Konvergenz der Politikmaßnahmen, der wirtschaftlichen Integration und den Strukturreformen wurden nur geringe Fortschritte erzielt. Makroökonomische Schocks, strukturelle Schwächen und soziopolitische Probleme in einigen Ländern behindern das Wachstum und eine tiefere regionale Integration. Die WAEMU unternimmt jedoch Schritte, um diese Hindernisse zu beseitigen. Im Jahr 2006 leitete sie eine Handelsreform und ein ehrgeiziges Reformprogramm für 2006 bis 2010 ein. Da der Finanzsektor der Region wenig integriert und flach ist, begrüßte das Direktorium den Antrag der Behörden auf die Durchführung eines regionalen FSAP.

**Regionale Wirtschaftsausblicke** (REOs) werden halbjährlich für Afrika südlich der Sahara, Asien und den Pazifikraum, den Nahen Osten und Zentralasien sowie die westliche Hemisphäre erstellt.<sup>15</sup>

Bei der Veröffentlichung der REOs organisiert der IWF im Hauptsitz oder vor Ort Pressekonferenzen oder Seminare. Die Bediensteten der Länderabteilungen veranstalten häufig Präsentationen, um einem vielfältigen Publikum in der betreffenden Region die REO-Ergebnisse an verschiedenen Veranstaltungsorten vorzustellen. Die Abteilung Naher Osten und Zentralasien organisiert zum Beispiel zweimal pro Jahr in Dubai, Zentralasien und Nordafrika Informationsveranstaltungen zu ihrem REO.

Die Intensivierung der Informationsarbeit hat dazu beigetragen, die Ergebnisse der IWF-Studien einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, und sie hat eine Debatte über regionale Fragen ausgelöst. Zusätzlich zu den im Rahmen der REOs durchgeführten Aktivitäten organisiert der Fonds allein oder in Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen regionale Konferenzen und Seminare. (Beispiele finden sich in dem Abschnitt über Informationsarbeit in Kapitel 5.)

### **Finanzsektor-Überwachung und die Initiative im Bereich von Standards und Kodizes**

Damit die Länder die Vorteile von grenzüberschreitenden Kapitalströmen, die in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch zugenommen haben, voll nutzen können, müssen ihre

<sup>15</sup> Der vollständige Text dieser Berichte findet sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org](http://www.imf.org). Es gibt Pläne, ab Herbst 2007 einen Regionalen Wirtschaftsausblick für Europa zu veröffentlichen.

Finanzsektoren robust und gut reguliert sein. Im Jahr 1999 führten der IWF und die Weltbank mit dem FSAP eine gemeinsame Initiative ein, um den Mitgliedsländern auf freiwilliger Basis eine umfassende Begutachtung ihrer Finanzsysteme zu bieten. Das FSAP ist eine wichtige Säule der Finanzsektor-Überwachung und bildet die Grundlage für die IWF-Beurteilung der Stabilität des Finanzsystems (Financial System Stability Assessment – FSSA). Dabei handelt es sich um die Beurteilung von Risiken für die makroökonomische Stabilität, die sich aus dem Finanzsektor ergeben, darunter die Fähigkeit des Finanzsektors, makroökonomische Schocks aufzufangen.

Für Währungsunionen können regionale FSAPs durchgeführt werden, insbesondere wenn es auf regionaler Ebene bedeutende Regulierungs- und Aufsichtsstellen gibt. Im Geschäftsjahr 2007 wurde für die CEMAC ein regionales FSAP abgeschlossen und die WAEMU hat ein FSAP beantragt. Außerdem hat der IWF in Zentralamerika, der Maghreb-Region und in der nordisch-baltischen Region regionale Finanzsektorprojekte durchgeführt.<sup>16</sup>

Da inzwischen insgesamt 123 Erstbeurteilungen abgeschlossen oder im Gang sind, gehen der IWF und die Weltbank verstärkt dazu über, FSAP-Aktualisierungen durchzuführen. Zu den Kernelementen der Aktualisierungen gehören Finanzstabilitätsanalysen, Aktualisierungen der in der Erstbeurteilung enthaltenen Gutachten über die Einhaltung von Standards und Kodizes<sup>17</sup> sowie eine Überprüfung von wichtigen Sachfragen, die in der Erstbeurteilung aufgeworfen wurden. Die Aktualisierungen erfordern normalerweise nur einen einzigen Besuch eines kleineren IWF-Weltbank-Teams (bei Erstbeurteilungen sind es zwei größere) und sind deshalb in der Regel weniger aufwendig als eine Erstbeurteilung.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden 18 FSAPs abgeschlossen, davon sechs Aktualisierungen.<sup>18</sup> Weitere 53 (davon 30 Aktualisierungen) sind entweder im Gang oder beschlossen und in Planung.

Der IWF arbeitet daran, ein Finanzsektorelement in das Global Economy Model aufzunehmen.<sup>19</sup> Der Fonds prüft außerdem die Auswirkungen der zunehmenden internationalen Finanzintegra-

tion auf die Fiskalpolitik der einzelnen Länder sowie die Verbindungen zwischen dem Finanzsektor einerseits und dem öffentlichen Finanzwesen sowie der Fiskalpolitik andererseits.

### **Standards und Kodizes, einschließlich Datenweitergabe**

In den Diskussionen über die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur, die die Exekutivdirektoren im Anschluss an die Asienkrise von 1997-98 führten, betonten die Direktoren die Notwendigkeit, international anerkannte Standards und Verhaltenskodizes zu entwickeln und anzuwenden, die die finanzielle und makroökonomische Stabilität sowohl auf binnenwirtschaftlicher als auch auf internationaler Ebene fördern. Als Ergebnis wurde 1999 die Initiative im Bereich von Standards und Kodizes eingeführt. Der IWF und die Weltbank bewerten die Politikmaßnahmen der Mitgliedsländer und vergleichen sie mit internationalen Referenzwerten für gute Praktiken in drei breiten Bereichen: transparente Arbeitsweise und Entscheidungsfindung auf Regierungsebene, Finanzsektorstandards sowie Marktintegritäts-Standards für den Unternehmenssektor. Anschließend veröffentlichen sie Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (ROSCs, siehe Kasten 2.3), die den Ländern helfen sollen, ihre Wirtschaftsinstitutionen zu stärken. Außerdem dienen sie als Informationsbasis für den IWF und die Weltbank sowie für die Marktteilnehmer. Die Initiative wurde im Anschluss an ihre Überprüfung im Exekutivdirektorium im Geschäftsjahr 2006 und an die Empfehlungen der mittelfristigen Strategie gestärkt. Bei den ROSCs und den Aktualisierungen wurden klarere Prioritäten für die Länderliste gesetzt, die ROSCs wurden besser in die Überwachung und technische Hilfe integriert und klarer formuliert. Mehrere Standards wurden in den letzten Jahren revidiert und sie dienen heute in ihrer revidierten Form als Basis für die Beurteilungen. Im April 2007 zum Beispiel bestätigte das Direktorium den im Oktober 2006 verabschiedeten Standard und die Methodik der neuen Basler Grundsätze<sup>20</sup> für eine wirksame Bankenaufsicht.

Die im Rahmen der Initiative für Standards und Kodizes in 86 Ländern durchgeführten Beurteilungen über die Transparenz der öffentlichen Haushalte stützen sich auf den vom IWF verfassten *Verhaltenskodex zur Transparenz der öffentlichen*

<sup>16</sup> Siehe Kasten 3.4 „Regionale Finanzintegration in Mittelamerika“ im Jahresbericht 2006 des IWF unter [www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2006/eng/index.htm](http://www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2006/eng/index.htm).

<sup>17</sup> Die Aktualisierungen beschreiben Entwicklungen, die für die Einhaltung von Standards und Kodizes relevant sind, sie stellen jedoch keine Neubewertung des ursprünglichen FSAP dar.

<sup>18</sup> Diese Zahlen beziehen sich auf FSSAs, die das Direktorium im Geschäftsjahr 2007 diskutiert hat.

<sup>19</sup> Das Global Economy Model (GEM), das der IWF seit 2002 entwickelt, ist ein großes, mehrere Länder umfassendes makroökonomisches Modell, das sich auf einen expliziten mikroökonomischen Rahmen stützt, in dem die Verbraucher ihren Nutzen und die Hersteller ihren Gewinn maximieren. Die Integration von Binnenangebot und -nachfrage sowie Handel und internationalen Vermögensmärkten in eine einheitliche theoretische Struktur ermöglicht es, die Übertragungsmechanismen voll zu erfassen und neue Erkenntnisse zu gewinnen, die in früheren Modellen nicht erzielbar waren. Der IWF verwendet GEM-Simulationen zur Beurteilung von Fragen wie die binnenwirtschaftlichen und internationalen Auswirkungen von Politikmaßnahmen zur Erhöhung des Wettbewerbs auf bestimmten Märkten, die Auswirkungen von Ölpreiserhöhungen, die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen in den Industrieländern auf

*Haushalte*, der im Geschäftsjahr 2007 nach einem breiten öffentlichen Konsultationsprozess revidiert wurde. Der Kodex, der 1998 eingeführt wurde, ist ein zentrales Element in den Anstrengungen des IWF, den Mitgliedern bei der Einhaltung der Standards im Bereich der Transparenz und der Regierungsführung zu helfen. Transparenz der öffentlichen Haushalte erweitert die Informationsbasis der öffentlichen Debatte über die Fiskalpolitik, erhöht die Rechenschaftspflicht der Regierungen für die Umsetzung dieser Politik und stärkt die Glaubwürdigkeit der Regierungen, was wiederum den Ländern hilft, die makroökonomische Politik, das staatliche Schuldenmanagement und die Haushaltserstellung zu verbessern.<sup>21</sup> Ein Hauptziel des revidierten Verhaltenskodex besteht darin, Fragen in Bezug auf die Transparenz der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft umfassend zu integrieren. Dabei sollen die Erfahrungen genutzt werden, die durch den Einsatz des 2005 veröffentlichten *IWF-Leitfadens für Transparenz der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft (Guide on Resource Revenue Transparency)* gemacht wurden. Dieser Leitfaden konzentriert sich auf die Probleme der Länder, die einen beträchtlichen Teil ihrer Einnahmen aus Kohlenwasserstoff- und Mineralrohstoffen beziehen. Der revidierte Verhaltenskodex erweitert den Anwendungsbereich der guten Praktiken und verweist expliziter auf einige entscheidende Aspekte der Transparenz der öffentlichen Haushalte wie zum Beispiel Risikomanagement, Offenheit der Haushalte und politische Entscheidungen, externe Prüfungsverfahren sowie Veröffentlichung eines Bürgerleitfadens für Haushaltsfragen. Das *Handbuch über Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte (Manual on Fiscal Transparency)*, das ausführliche Anleitungen für gute Praktiken im Bereich der öffentlichen Haushalte mit Beispielen aus einer Reihe von Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern bietet, wurde ebenfalls eingehend revidiert.<sup>22</sup>

Außerdem begann der IWF im September 2006 mit der Veröffentlichung der Publikation *International Financial Statistics, Supplement on Monetary and Financial Statistics, Supplement Series No.17*, eine vierteljährlich erscheinende Kompilation von monetären und finanziellen statistischen Daten für 65 Länder. Diese Daten sind ein wichtiger Beitrag für die Kompilation der Matrizen des Bilanzansatzes des IWF zur

*Seit der Asien-Krise von 1997-98 wird die Analyse von Bilanzschwachpunkten immer wichtiger für die Beurteilung der Länderrisiken durch den IWF.*

Beurteilung von Verschuldungsschwachstellen. Seit der Asienkrise wird die Analyse von Bilanzschwachstellen in der Länderrisikobeurteilung des IWF immer wichtiger. Informationen über die Bilanzen in den wichtigsten Wirtschaftssektoren eines Landes (öffentlicher Sektor, privater Finanzsektor und privater Sektor ohne Finanzinstitute sowie Haushalte und Gebietsfremde) erleichtern die Beurteilung von Laufzeit-, Währungs- und Kapitalstrukturinkongruenzen sowie der Verbindungen zwischen den Sektoren.

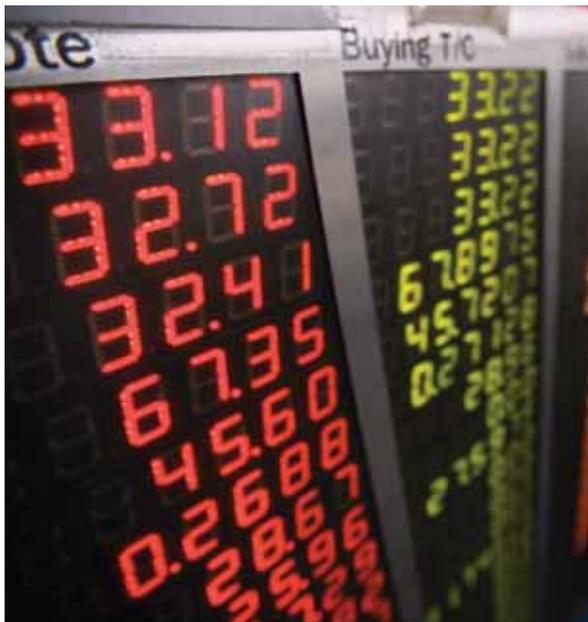
Angesichts des sich entwickelnden wirtschaftlichen Umfelds und der sich ändernden Anforderungen an die Wirtschaftsanalyse aktualisiert der IWF in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern und anderen internationalen Organisationen die Standards für die makroökonomische Statistik. Der IWF leistet einen Beitrag zur Aktualisierung des *Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1993* und hat die sechste Auflage des *Handbuchs für Zahlungsbilanz und Auslandsvermögensstatus (Balance of Payments and International Investment Position Manual)* sowie das *Handbuch zum Export- und Importpreisindex (Export and Import Price Index Manual)* erstellt und zur weltweiten Konsultation in seine Website eingestellt. Die Aktualisierung der verschiedenen statistischen Standards wird koordiniert, um ein Höchstmaß an Harmonisierung in der statistischen Methodik sicherzustellen. Die Methodikstandards im Statistikwesen dienen als Basis für die Arbeit des IWF im Bereich der ROSCs zur Datenqualität sowie bei der technischen Hilfe und Ausbildung und sie fördern die Vergleichbarkeit der Daten und bestmöglichen Praktiken im Bereich der Statistikmethodik.

die Schwellenländer sowie angemessene Regeln zur Geldpolitik in den Schwellenländern. Eine ausführliche Beschreibung des Modells findet sich unter [www.imf.org/external/np/res/gem/2004/eng/index.htm](http://www.imf.org/external/np/res/gem/2004/eng/index.htm).

20 Die Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht, die der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht ursprünglich im September 1997 veröffentlichte, wurden 2006 aktualisiert, um mit den Änderungen in der Bankenregulierung Schritt zu halten. Die Grundsätze und die Methodik der Grundsätze werden von den Ländern als Referenzwerte benutzt, um die Qualität ihrer Aufsichtssysteme zu bewerten und zukünftigen Handlungsbedarf für die Behebung etwaiger Schwachstellen im Regulierungs- und Aufsichtssystem aufzudecken. Der IWF und die Weltbank verwenden die Grundsätze auch im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors, um die Bankenaufsichtssysteme und -praktiken der Länder zu beurteilen.

21 Der Verhaltenskodex ist zu finden unter [www.imf.org/external/np/fad/trans/code.htm](http://www.imf.org/external/np/fad/trans/code.htm).

22 Verfügbar unter [www.imf.org/external/np/fad/trans/manual/index.htm](http://www.imf.org/external/np/fad/trans/manual/index.htm).



*Wechselkurs-Anzeigetafel, Bangkok, Thailand*

### Modernisierung des Überwachungs-Regelwerks und Integration der Finanzsektoranalyse

Das Exekutivdirektorium hat die Überwachungsarbeit des IWF im Laufe der letzten 30 Jahre in regelmäßigen Abständen überprüft. Von 1988 bis 2004 wurden die Prüfungen alle zwei Jahre durchgeführt. Im Jahr 2006 wurde die Entscheidung getroffen, nach Maßgabe der mittelfristigen Strategie, die eine Straffung der IWF-Verfahren vorsieht, zu einem Dreijahresturnus überzugehen. Die letzte Überprüfung, die 2004 durchgeführt wurde, forderte eine tiefer gehende Behandlung von Wechselkursfragen, darunter (1) klare Benennung des De-facto-Wechselkursregimes in Stabsberichten, (2) systematischerer Einsatz eines breiten Fächers von Indikatoren und Analyseinstrumenten zur Beurteilung der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie (3) eine gründliche und ausgewogene Darstellung des Politikdialoges zwischen dem Stab und den Behörden über Wechselkursfragen.<sup>23</sup> Im Anschluss an diese Empfehlungen erörterte das Exekutivdirektorium im August 2006 eine Beurteilung des IWF-Stabs über die Qualität der Arbeit des IWF bei Wechselkursfragen in 30 großen Volkswirtschaften, die mehr als 90 Prozent des Welt-BIP ausmachen.<sup>24</sup> Die Exekutivdirektoren erzielten weitgehend Einvernehmen, dass sich die Wechselkurs-Überwachung seit der Überprüfung von 2004 beträchtlich verbessert hat und dass

die Qualität der Analyse in drei der vier untersuchten Bereiche – Beschreibung des Wechselkursregimes, Beurteilung des Regimes und Übereinstimmung der Wechselkurspolitik mit der außenwirtschaftlichen Stabilität – weitgehend angemessen ist, dass es jedoch im vierten Bereich, der Beurteilung des Wechselkursniveaus und der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Das Direktorium forderte außerdem, den Übertragungswirkungen der Wechselkurspolitik der einzelnen Länder mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Im Rahmen seiner Anstrengungen zur Stärkung des IWF-Regelwerks für die Beurteilung von Wechselkursfragen erörterte das Exekutivdirektorium im November 2006 auf einem informellen Seminar einen Stabsbericht über eine revidierte und erweiterte Methodik für die Wechselkursbeurteilungen, die die IWF-Beratungsgruppe für Wechselkursfragen (Consultative Group on Exchange Rate Issues – CGER) durchführt. Die CGER, die seit Mitte der 90er Jahre Wechselkursbewertungen für eine Reihe von fortgeschrittenen Volkswirtschaften vorlegt, hat ihre Methodik erweitert und erfasst jetzt etwa 20 aufstrebende Länder. Die neue Methodik ermöglicht die Beurteilung der Frage, ob die Leistungsbilanz und der reale effektive Wechselkurs eines Landes mit den gesamtwirtschaftlichen Eckdaten in Einklang stehen. Der Stab organisierte außerdem in Europa, Asien und Afrika Informationsveranstaltungen für Staatsbedienstete, Wissenschaftler und Marktteilnehmer, um diese Erweiterung der Methodik und verschiedene Wechselkursmodelle zu erörtern.<sup>25</sup>

Ergänzend zu den Bewertungen zur Effektivität der Überwachung, die das Exekutivdirektorium, die Geschäftsführung und der Mitarbeiterstab regelmäßig durchführen, schloss das Unabhängige Evaluierungsbüro des IWF (Independent Evaluation Office – IEO; siehe Kasten 5.3) im Geschäftsjahr 2007 eine Beurteilung der Beratungstätigkeit des IWF im Bereich der Wechselkurspolitik ab, die Anfang des Geschäftsjahres 2008 im Exekutivdirektorium erörtert wurde.<sup>26</sup> Das IEO wollte drei wichtige Fragen beantworten: Wird die Rolle des IWF klar definiert und verstanden? Wie gut ist die Qualität der IWF-Beratung und der ihr zugrunde liegenden Analyse? Und wie effektiv ist der IWF in seinem Politikdialog mit den Länderbehörden? Der Bericht stellt anerkennend fest, dass die Qualität der IWF-Beratung für die Mitgliedsländer von 1999 bis 2005 in einigen Bereichen besser geworden ist, und er gibt viele

<sup>23</sup> Die Zweijahresüberprüfung der Überwachung findet sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0495.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0495.htm).

<sup>24</sup> Das Papier mit dem Titel „Treatment of Exchange Rate Issues in Bilateral Fund Surveillance—A Stocktaking“ findet sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=3951](http://www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=3951). Die Zusammenfassung der Direktoriumsaussprache findet sich auf der CD-ROM und auf der IWF-Website unter dem Titel: PIN 06/131, „IMF Executive Board Discusses Treatment of Exchange Rate Issues in Bilateral Surveillance—A Stocktaking“, [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06131.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06131.htm).

<sup>25</sup> Siehe Presseveröffentlichung 06/266 mit dem Titel „IMF Strengthening Framework for Exchange Rate Surveillance“ auf der CD-ROM und unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06266.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06266.htm).

Beispiele für gute Analyse und engagierte Stabteams. Er verweist jedoch auch auf die Notwendigkeit, den Zweck der Wechselkurs-Überwachung des IWF neu zu überdenken und die Rolle, die vom IWF und von den Mitgliedsländern erwartet wird, zu klären; zudem bietet er ausführliche Empfehlungen, wie die Handhabung und Durchführung der IWF-Beratung im Bereich der Wechselkurspolitik und die Interaktion mit den Mitgliedsländern verbessert werden können.

Die Grundsätze und Verfahren in Bezug auf den Anwendungsbereich und die Durchführungsmodalitäten der Überwachung im Bereich der Wechselkurspolitik wurden 1977 nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkursparitäten im Exekutivdirektorium verabschiedet.<sup>27</sup> Im Geschäftsjahr 2007 diskutierte das Direktorium die Möglichkeit, die Entscheidung zu revidieren und zu erweitern, um die Überwachung breiter zu erfassen und die Entscheidung enger mit Artikel IV und den aktuellen bestmöglichen Praktiken abzustimmen.<sup>28</sup> Eine revidierte Entscheidung zeigt den Direktoren zufolge nicht nur, dass der Fonds entschlossen ist, die Effektivität der Überwachung, so auch die Überwachung der Wechselkurse, zu stärken, sondern sie dient auch als Grundlage für die praktische Durchführung der Überwachung, indem sie die Anleitungen vereinheitlicht, Fragen und Verfahren klärt und die Prioritätensetzung erleichtert. Die Exekutivdirektoren erzielten in dieser Diskussion in vielen Bereichen Einvernehmen und bemühten sich anschließend, in weiteren Bereichen Übereinstimmung zu erzielen. Bei der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank beschloss der IMFC die folgenden Grundsätze für die weitere Arbeit: (1) es sollte keine neuen Verpflichtungen geben und Dialog und Überzeugungsarbeit sollten die wichtigsten Säulen einer effektiven Überwachung bleiben, (2) die Überwachung sollte die Umstände der einzelnen Länder angemessen berücksichtigen und ausgewogen sein und (3) eine revidierte Entscheidung sollte flexibel genug sein, um eine Weiterentwicklung der Überwachung abhängig von den jeweiligen Umständen zu erlauben.<sup>29</sup>

Im Geschäftsjahr 2007 führte das Direktorium außerdem einen Meinungsaustausch über die Möglichkeit, eine deutliche Erklärung über die Überwachungsprioritäten (ein „Mandat“) einzuführen, die Anleitungen für die Durchführung bietet und eine Ex-post-Überprüfung der Effektivität ermöglicht. Dies sollte unter Berücksichtigung der bestehenden Kriterien für Rechenschaftspflicht und Unabhängigkeit erfolgen. Es prüfte

außerdem die Methoden zur Beurteilung der Effektivität der IWF-Überwachung und kam überein, dass im Rahmen der nächsten für das Geschäftsjahr 2008 geplanten Überprüfung der Überwachung eine verbesserte Methodik eingeführt werden sollte.

### **Integration der Finanzsektor- und Kapitalmarktanalyse in die Überwachung**

Im Geschäftsjahr 2006 wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet um zu prüfen, wie die Finanzsektorarbeit des IWF besser in die Überwachung integriert werden kann. Die Arbeitsgruppe legte im Geschäftsjahr 2007 ihre Empfehlungen vor und betonte die Notwendigkeit, eine breitere multilaterale Perspektive einzunehmen, die Auswirkungen des Finanzsektors auf Wachstum und Makroökonomie stärker zu berücksichtigen und die Risiken eingehend zu beurteilen. Im Anschluss an diese Empfehlungen erhöhte der IWF die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit und legte die Prioritäten seiner Finanzsektorarbeit fest. Dabei wird der Überwachung der systemisch wichtigen Länder und der Länder, die krisenanfällig sind, mehr Bedeutung beigemessen.

In Zusammenarbeit mit der Aktionsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche (Financial Action Task Force – FATF), der Weltbank, den Vereinten Nationen und FATF-ähnlichen regionalen Gremien leistet der IWF außerdem einen Beitrag zu

*Das IWF-Exekutivdirektorium hat die Überwachung der Wechselkurspolitik gestärkt und fordert eine stärkere Berücksichtigung der Verbindung zwischen Finanzsektor und Makroökonomie.*

den internationalen Bemühungen im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Als kooperative Institution mit einer nahezu universellen Mitgliedschaft ist der IWF ein natürliches Forum für den Informationsaustausch, die Entwicklung gemeinsamer Ansätze für bestimmte Sachfragen und die Förderung von wünschenswerten Grundsätzen und Standards.

<sup>26</sup> Der Bericht des IEO findet sich unter [www.imo-imf.org/eval/complete/eval\\_05172007.html](http://www.imo-imf.org/eval/complete/eval_05172007.html).

<sup>27</sup> Die Entscheidung von 1977 zur Überwachung der Wechselkurspolitik findet sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/pubs/ft/sd/index.asp?decision=5392-\(77163\)](http://www.imf.org/external/pubs/ft/sd/index.asp?decision=5392-(77163)).

<sup>28</sup> Siehe das IWF-Stabspapier mit dem Titel „Article IV of the Fund's Articles of Agreement: An Overview of the Legal Framework“ unter [www.imf.org/external/np/pp/eng/2006/062806.pdf](http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2006/062806.pdf).

<sup>29</sup> Am 15. Juni 2007 verabschiedete das Direktorium die Entscheidung von 2007 zur bilateralen Überwachung der Wirtschaftspolitik der Mitglieder, die die Entscheidung von 1977 ersetzt. Die Zusammenfassung der Direktoriumsaussprache findet sich unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0769.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0769.htm).

Die breite Erfahrung des IWF im Bereich der Finanzsektor-Bewertungen, der technischen Hilfe im Finanzsektor und der Überwachung der Wirtschaftssysteme der Mitglieder ist besonders wertvoll bei der Bewertung der Frage, inwieweit die Länder die internationalen Standards für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT) einhalten. Außerdem ist diese Erfahrung hilfreich für die Entwicklung von Programmen zur Behebung von Schwachstellen. Im Geschäftsjahr 2004 beschloss das Exekutivdirektorium, AML/CFT-Bewertungen und technische Hilfe in diesem Bereich zu einem regulären Teil der IWF-Arbeit zu machen und den Anwendungsbereich dieser Arbeit zu erweitern. Sie erfasst den gesamten Fächer der 40 FATF-Empfehlungen, die den nationalen verantwortlichen Stellen auf Länderebene Anleitungen für die Umsetzung wirksamer Programme zur Bekämpfung der Geldwäsche geben, sowie neun zusätzliche Empfehlungen für die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung.

Im Juni 2006 erörterte das Exekutivdirektorium ein vom Stab von IWF und Weltbank gemeinsam erstelltes Papier über die Qualität und Stimmigkeit der Gutachten über die nationalen AML/CFT-Systeme,<sup>30</sup> die der IWF, die Weltbank, die FATF und die FATF-ähnlichen Stellen nach einer vereinbarten gemeinsamen Methodik erstellen. Dabei betonte das Direktorium die Bedeutung der AML/CFT-Arbeit für die Stärkung der Integrität der Finanzsysteme und die Verhinderung von Finanzmissbrauch, und es bestätigte die Kooperationsvereinbarungen des IWF mit der FATF und den FATF-ähnlichen Stellen über die Beurteilung der AML/CFT-Systeme. Im Rahmen dieser Überprüfung erörterte das Exekutivdirektorium die Ergebnisse einer Sachverständigengruppe, die bei einer Stichprobenanalyse von AML/CFT-Bewertungen verschiedener Stellen zu der Schlussfolgerung gelangt war, dass die Qualität und Stimmigkeit der Berichte sehr unterschiedlich ist. Das Exekutivdirektorium stellte fest, dass eine Reihe von Initiativen ergriffen wurden oder im Gang sind, um die Beurteilungen zu verbessern, und es forderte den IWF-Stab auf, den FATF-ähnlichen Stellen technische Hilfe zu leisten und enger mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Das Direktorium beschloss außerdem, dass alle Gutachten oder Aktualisierungen im Rahmen des FSAP oder des Programms zur Bewertung von Offshore-Finanzzentren (OFC)<sup>31</sup> eine vollständige AML/CFT-Bewertung unter Einsatz der aktualisierten Methodik enthalten sollten und dass die vollständigen AML/CFT-Bewertungen etwa alle fünf Jahre durchgeführt werden sollten. Der Fonds hat den Auftrag, bedeutende Finanzsektorprobleme, die auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zurückzuführen sind, auch durch andere Instrumente zu überwachen. Dazu gehören die Bewertung anderer Finanzsektorstandards, die Artikel-IV-Konsultationen und die Teilnahme an FATF-Gremien und regionalen Foren.

Das Exekutivdirektorium betont immer wieder die Bedeutung der Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors (financial soundness indicator – FSI) für die Finanzsektor-Überwachung, die Erhöhung von Transparenz und Stabilität des internationalen Finanzsystems und die Stärkung der Marktdisziplin. Nach der Entwicklung eines Kerndatensatzes und eines empfohlenen Datensatzes für die FSIs in Konsultation mit der internationalen Gemeinschaft startete der IWF ein dreijähriges Pilotprojekt für eine koordinierte Datenkompilation, das im März 2004 im Direktorium bestätigt wurde. Dabei geht es um (1) den Aufbau der Kapazitäten für die Kompilation der FSIs in den 62 teilnehmenden Ländern, (2) die Erhöhung der länderübergreifenden Vergleichbarkeit der FSIs, (3) die Koordinierung der Anstrengungen der nationalen Behörden für die Kompilation der FSIs und (4) die Verbreitung der FSI-Daten und der Metadaten, die im Rahmen der koordinierten Datenkompilation erfasst werden, um die Transparenz zu erhöhen und die Marktdisziplin zu stärken. Die Methodik, die der IWF empfiehlt, um die länderübergreifende Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird in dem FSI-Leitfaden mit dem Titel *Financial Soundness Indicators: Compilation Guide*<sup>32</sup> beschrieben. Bis Ablauf des Geschäftsjahres 2007 wurden die FSI-Daten und Metadaten für 52 der 62 an der koordinierten Datenkompilation teilnehmenden Länder in die Website des IWF eingestellt.<sup>33</sup> Viele Länder kompilieren und verbreiten außerdem auf eigene Initiative regelmäßig FSIs, die dann in die FSAP-Dokumente aufgenommen werden.

30 Das Stabpapier ist verfügbar unter [www.imf.org/external/np/pp/eng/2006/041806r.pdf](http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2006/041806r.pdf). Die Zusammenfassung der Direktoriumsentscheidung findet sich auf der CD-ROM und auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0672.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0672.htm).

31 Das Programm für die OFC-Bewertungen wurde im Jahr 2000 eingeleitet. Die Überprüfung der OFCs im Hinblick auf die Einhaltung von Aufsichts- und Integritätsstandards ist inzwischen ein Standardelement der Finanzsektorarbeit des IWF.

32 Der Leitfaden findet sich unter [www.imf.org/external/pubs/ft/fsi/guide/2006/index.htm](http://www.imf.org/external/pubs/ft/fsi/guide/2006/index.htm). Der Kerndatensatz und die empfohlenen FSIs finden sich unter [www.imf.org/external/np/sta/fsi/eng/fsi.htm](http://www.imf.org/external/np/sta/fsi/eng/fsi.htm).

33 Weitere fünf Länder haben ihre Daten und Metadaten im ersten Monat des Geschäftsjahres 2008 in die Website eingestellt, siehe [www.imf.org/external/np/sta/fsi/eng/cce/index.htm](http://www.imf.org/external/np/sta/fsi/eng/cce/index.htm).

# *Kapitel 3*



## *Kapitel 3 Programmunterstützung*

Der IWF bietet seinen Mitgliedsländern durch eine Vielzahl von Instrumenten Finanzhilfe und sonstige Unterstützung. Dazu gehören auch Kreditfazilitäten, die auf die jeweiligen Umstände der einzelnen Länder zugeschnitten sind (Tabelle 3.1). Neben der Überwachung sind die Überprüfung und Genehmigung von Anträgen der Mitglieder auf Finanzhilfe sowie Programmunterstützung die Hauptverantwortlichkeiten des Direktoriums.

Das Direktorium stellt den Mitgliedern im Rahmen der Kreditfazilitäten des Fonds vorübergehende Finanzierungen zur Verfügung. Diese sind darauf ausgerichtet, verschiedene Zahlungsbilanzprobleme anzugehen, zum Beispiel unzureichende Devisenbestände zur Finanzierung notwendiger Importe oder zur Begleichung externer Verbindlichkeiten. Die IWF-Kredite geben den Ländern Zeit, ihre Politikmaßnahmen anzupassen, um die kurzfristigen Zahlungsbilanzprobleme zu überwinden, ihre Volkswirtschaft zu stabilisieren und ähnliche Probleme in Zukunft zu vermeiden. Die IWF-Kredite sollen nicht den gesamten Bedarf eines Kreditnehmers abdecken, sondern vielmehr eine katalytische Wirkung erzielen, durch die das Land das Vertrauen in seine Wirtschaftspolitik zurückgewinnen und Finanzmittel von anderen Quellen anziehen kann. Die Kredite gehen einher mit wirtschaftlichen Reformprogrammen, die die Kreditnehmer in Zusammenarbeit mit dem IWF entwickeln. Das Exekutivdirektorium überprüft regelmäßig die von den Kreditnehmern im Rahmen der Programme erbrachte Leistung, und in den meisten Fällen werden die Mittel ausgezahlt, sobald die Programmziele erfüllt werden.

**Reguläre Finanzierungsaktivitäten.** Der größte Teil der IWF-Kredite wird vergeben durch Bereitschaftskredit-Vereinbarungen (Stand-By Arrangements – SBAs), die kurzfristige Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Mitglieder angehen, und die Erweiterte Fondsfazilität (Extended Fund Facility – EFF), die sich auf Zahlungsbilanzschwierigkeiten infolge längerfristiger Strukturprobleme konzentriert. Für Mitglieder, die sich einem plötzlichen und störenden Verlust des Kapitalmarktzugangs gegenübersehen, können diese Kredite durch kurzfristige Mittel aus der Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (Supplemental Reserve Facility – SRF) ergänzt werden. Außerdem bietet der Fonds Nothilfe für Länder, die sich in der Konfliktfolgezeit befinden oder von Naturkatastrophen betroffen sind. All diese Kredite sind verzinslich und viele können je nach Art und Laufzeit des Kredits sowie nach dem Volumen der insgesamt ausstehenden IWF-Kredite mit Zinsaufschlägen versehen werden. Die Rückzahlungsfristen unterscheiden sich je nach Kreditart. Die reguläre Kreditvergabe des IWF wird durch einen revolving Fonds finanziert, der im Allgemeinen Konto (General Resources Account – GRA) verwaltet wird und hauptsächlich aus den Kapitalzeichnungen der Mitglieder besteht. Außerdem hat der IWF zwei formelle Kreditaufnahme-Vereinbarungen mit Mitgliedsländern abgeschlossen und kann Kredite aufnehmen, um seine Quotenmittel zu ergänzen.

**Finanzhilfe für einkommensschwache Länder.** Der IWF unterstützt seine einkommensschwachen Mitglieder durch verschiedene Instrumente. Hierzu gehören stark subventionierte Kredite im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility – PRGF) und der Fazilität für exogene Schocks (Exogenous Shocks Facility – ESF), subventionierte Nothilfe für berechnete Länder, die sich in der Konfliktfolgezeit befinden oder von Naturkatastrophen betroffen sind,<sup>34</sup> sowie Schuldenerleichterung im Rahmen der Initiative für hoch verschuldete arme Länder (HIPC).<sup>35</sup> Die PRGF, das Hauptinstrument für die Bereitstellung von IWF-Finanzhilfe an einkommensschwache Länder, konzentriert sich auf die Bekämpfung der Armut im Rahmen einer wachstumsorientierten Wirtschaftsstrategie. Die ESF bietet konzessionäre Hilfe für einkommensschwache Länder, die einen plötzlichen exogenen Schock bewältigen müssen, aber keine PRGF-Vereinbarung haben. Wenn ein einkommensschwaches Land einen PRGF- oder ESF-Kredit oder eine Schuldenerleichterung beantragt, muss es in einem partizipatorischen Prozess unter Beteiligung der Zivilgesellschaft ein Strategiedokument zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP) erstellen. Die Direktorien von IWF und Weltbank überprüfen das PRSP, die Strategie wird

jedoch von dem betreffenden Land entwickelt und verantwortet. Die Mittel der PRGF-Kredite stammen aus Treuhandfonds, die der IWF verwaltet, und die Subventionsmittel werden durch Beiträge des IWF und eines breiten Fächers seiner Mitgliedsländer finanziert.

**Sonderziehungsrechte.** Der IWF kann internationale Reserveaktiva schaffen, indem er den Mitgliedern Sonderziehungsrechte (SZR) zuteilt (Kasten 3.1). Die Empfängerländer können SZR verwenden, um Devisen von anderen Mitgliedern zu erhalten oder

### Kasten 3.1 Sonderziehungsrechte

Das SZR ist ein Reserveaktivum, das der IWF 1969 einfuhrte, weil ein Mangel an internationaler Liquidität drohte. SZR werden den Mitgliedern im Verhältnis zu ihrer IWF-Quote „zuteilt“. Seit der Schaffung des SZR wurden den Mitgliedern insgesamt 21,4 Mrd. SZR zuteilt: 9,3 Mrd. SZR im Zeitraum 1970–72 und 12,1 Mrd. SZR im Zeitraum 1979–81. Das SZR wird heute nur begrenzt als Reserveaktivum eingesetzt. Es dient hauptsächlich als Rechnungseinheit für den IWF und einige andere internationale Organisationen sowie als Zahlungsmittel für Mitglieder, die ihre Verpflichtungen gegenüber dem IWF begleichen. Das SZR ist weder eine Währung noch eine Forderung gegenüber dem IWF. Es handelt sich vielmehr um einen potentiellen Anspruch auf die frei verfügbaren Währungen der IWF-Mitglieder. SZR-Inhaber können diese Währungen auf zwei Arten im Tausch gegen SZR erhalten: erstens durch eine freiwillige Tauschvereinbarung zwischen den Mitgliedern und zweitens, indem der IWF Mitglieder mit einer starken außenwirtschaftlichen Position designiert, von Mitgliedern mit einer schwachen außenwirtschaftlichen Position SZR gegen frei verfügbare Währungen anzukaufen.

Der Wert des SZR basiert auf dem gewichteten Durchschnittswert eines Korbes mit den führenden internationalen Währungen. Der SZR-Zinssatz ist ein gewichteter Durchschnitt von Zinssätzen kurzfristiger Schuldtitel auf den Märkten der Währungen, die im SZR-Bewertungskorb enthalten sind. Die Bewertungsmethode wird alle fünf Jahre überprüft. Die letzte Überprüfung wurde im November 2005 abgeschlossen. Dabei beschloss das IWF-Exekutivdirektorium Änderungen im Bewertungskorb, die am 1. Januar 2006 in Kraft traten. Der SZR-Zinssatz wird wöchentlich berechnet und dient als Basis für die Bestimmung des Zinssatzes auf die regulären IWF-Finanzierungen sowie des Zinssatzes, der den Mitgliedern gezahlt wird, die Gläubiger des IWF sind.

<sup>34</sup> CD-Tabellen 3.1 und 3.2, in denen die bis zum 30. April 2007 für die ESF und die Nothilfe zugesagten Subventionsbeiträge aufgeführt sind, finden sich auf der CD-ROM.

<sup>35</sup> Die HIPC-Initiative wurde 1996 durch den IWF und die Weltbank eingeführt und 1999 erweitert, um schnellere, tiefere und breitere Schuldenerleichterung zu gewähren und die Verbindungen zwischen Schuldenerleichterung, Armutsbekämpfung und Sozialpolitik zu stärken. CD-Tabellen 3.3 und 3.4, in denen die bis zum 30. April 2007 gewährte Entschuldung aufgeführt wird, finden sich auf der CD-ROM. Weitere Informationen über die HIPC-Initiative finden sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/exr/facts/hipc.htm](http://www.imf.org/external/np/exr/facts/hipc.htm).

Tabelle 3.1 Finanzfazilitäten des IWF

Kreditfazilität (Jahr der Verabschiedung)	Ziel	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung <sup>1</sup>
<b>Kredittranchen und Erweiterte Fondsfazilität<sup>4</sup></b>			
Bereitschaftskreditvereinbarungen (1952)	Mittelfristige Hilfe an Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten	Die Annahme von Politiken, durch die die Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten eines Landes innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können	Vierteljährliche Käufe (Auszahlungen) abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen
Erweiterte Fondsfazilität (1974) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder zur Lösung von langfristigen Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten	Verabschiedung eines 3-Jahresprogramms über strukturelle Maßnahmen mit jährlicher ausführlicher Erklärung über die Maßnahmen der kommenden 12 Monate	Vierteljährliche oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen) abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen
<b>Sonderfazilitäten</b>			
Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (1977)	Kurzfristige Hilfe bei Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten, die auf Vertrauenskrisen auf den Märkten zurückzuführen sind	Nur im Rahmen von Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarungen mit entsprechendem Programm und gestärkten Maßnahmen zur Wiedergewinnung des Marktvertrauens	Die Fazilität steht für ein Jahr zur Verfügung; größerer Zugang zu Anfang der Periode mit wenigstens zwei Käufen (Auszahlungen)
Fazilität zur kompensierenden Finanzierung (1963)	Mittelfristige Hilfe für vorübergehende Exporterlösausfälle oder übermäßige Ausgaben für Getreideimporte	Steht nur zur Verfügung, wenn die Erlösausfälle/übermäßigen Ausgaben zum großen Teil außerhalb der Kontrolle der Behörden liegen und wenn ein Mitglied eine Vereinbarung mit den Auflagen einer oberen Kredittranche hat oder wenn seine Zahlungsbilanzposition ansonsten zufriedenstellend ist	Normalerweise erfolgt die Auszahlung über einen Mindestzeitraum von sechs Monaten gemäß der Abrufstaffelung der Vereinbarung
Notfallhilfe	Hilfe für Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten in Bezug auf:		Keine, obwohl Hilfe nach Konflikten in zwei oder mehrere Käufe aufgeteilt werden kann
(1) Naturkatastrophen (1962)	Naturkatastrophen	Angemessene Anstrengung zur Überwindung der Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten	
(2) Länder nach Konflikten (1995)	Die Folgen von inneren Unruhen, politischen Umwälzungen oder internationalen bewaffneten Konflikten	Aufbau der institutionellen und administrativen Kapazitäten als Vorbereitung für eine Vereinbarung in der oberen Kredittranche oder eine PRGF	
<b>Fazilitäten für einkommensschwache Mitglieder</b>			
Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (1999)	Langfristige Hilfe für tief sitzende Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten struktureller Art; zielt auf nachhaltiges Wachstum mit Abbau der Armut	Annahme eines 3-jährigen PRGF-Programms, gestützt auf ein Strategiedokument zur Armutsbekämpfung (PRSP), das von dem Land in einem partizipatorischen Prozess erstellt wird und makroökonomische strukturelle sowie armutsbekämpfende Maßnahmen erfasst	Halbjährliche (oder gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen
Fazilität für exogene Schocks (2006)	Kurzfristige Hilfe zur Deckung eines vorübergehenden Zahlungsbilanzbedarfs, der auf einen exogenen Schock zurückzuführen ist	Annahme eines ein- bis zweijährigen Programms mit makroökonomischen Maßnahmen, die es dem Mitglied ermöglichen, sich an den Schock anzupassen, sowie mit Strukturreformen, die wichtig für die Anpassung an den Schock oder für eine Abmilderung der Auswirkungen zukünftiger Schocks sind	Halbjährliche oder vierteljährliche Auszahlungen bei Einhaltung der Leistungskriterien und, in den meisten Fällen, bei Abschluss einer Überprüfung

<sup>1</sup> Mit Ausnahme der PRGF stammen die für die Kreditvergabe des IWF benötigten Mittel aus den Kapitaleinzahlungen der Mitgliedsländer; jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine Finanzverpflichtung darstellt. Die Länder stellen einen Teil ihrer Quote in für den IWF annehmbaren Fremdwährungen – oder in SZR (siehe Kasten 3.1) – bereit, den Rest in der Inlandswährung. Ein IWF-Kredit wird ausgezahlt oder gezogen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung Devisen-Aktiva vom IWF kauft. Der Kredit gilt zurückgezahlt, wenn der Kreditnehmer seine Inlandswährung mit Devisen zurückkauft. Siehe CD-Kasten 5.1 über den Finanzierungs-Mechanismus des IWF. Die PRGF-Kredite werden durch einen eigenständigen PRGF-ESF-Treuhandfonds finanziert.

<sup>2</sup> Der Gebührensatz auf Mittel, die aus dem Allgemeinen Konto (GRA) ausgezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt. Der Gebührensatz gilt für den Tagessaldo aller ausstehenden Ziehungen aus dem Allgemeinen Konto während der einzelnen Geschäftsquartale des IWF. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln im Allgemeinen Konto mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine Vorab-Bereitstellungsgebühr (25 Basispunkte auf zugesagte Beiträge bis zu 100 Prozent der Quote, 10 Basispunkte danach) wird auf den Betrag erhoben, der im Rahmen eines Bereitschaftskredits oder einer Erweiterten Kreditvereinbarung während der einzelnen (jährlichen) Perioden

Zugangsgrenze <sup>1</sup>	Gebühren <sup>2</sup>	Rückkauf- (Rückzahlungs-) Bedingungen <sup>3</sup>		
		Verpflichtungszeitplan (Jahre)	Erwartungszeitplan (Jahre)	Ratenzahlungen
Jährlich: 100% der Quote; kumulativ: 100% der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (100 Basispunkte bei Beträgen über 200% der Quote; 200 Basispunkte bei Beträgen über 300% der Quote) <sup>5</sup>	3 1/4–5	2 1/4–4	Vierteljährlich
Jährlich: 100% der Quote; kumulativ: 300% der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (100 Basispunkte bei Beträgen über 200% der Quote; 200 Basispunkte bei Beträgen über 300% der Quote) <sup>5</sup>	4 1/2–10	4 1/2–7	Halbjährlich
Keine Zugangsgrenze; dieser Zugang ist nur möglich, wenn der Zugang im Rahmen einer regulären Vereinbarung sonst die jährliche oder kumulative Grenze überschreiten würde	Gebührensatz plus Aufschlag (300 Basispunkte, die ein Jahr nach der ersten Auszahlung und danach alle sechs Monate um 50 Basispunkte bis zu einem Höchstbetrag von 500 Basispunkten steigen)	2 1/2–3	2–2 1/2	Halbjährlich
Jeweils 45% der Quote für die beiden Elemente Export und Getreideeinfuhr; gemeinsame Obergrenze von 55% der Quote für beide Elemente	Gebührensatz	3 1/4–5	2 1/4–4	Vierteljährlich
Normalerweise auf 25% der Quote begrenzt, obwohl in Ausnahmefällen größere Beträge bis zu 50% bereitgestellt werden können	Gebührensatz; der Gebührensatz kann jedoch vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Mitteln auf 0,5 Prozent pro Jahr subventioniert werden	3 1/4–5	Nicht zutreffend	Vierteljährlich
140% der Quote; 185% der Quote in Ausnahmefällen	0,5%	5 1/2–10	Nicht zutreffend	Halbjährlich
Jährlich: 25% der Quote; kumulativ: 50% der Quote abgesehen von Ausnahmefällen	0,5%	5 1/2–10	Nicht zutreffend	Halbjährlich

gezogen werden kann; diese Gebühr wird bei anschließenden Ziehungen im Rahmen der Vereinbarung anteilmäßig zurückerstattet.

<sup>3</sup> Bei Käufen, die nach dem 28. November 2000 erfolgten, wird von den Mitgliedern erwartet, die Rückkäufe (Rückzahlungen) im Einklang mit dem Erwartungs-Zeitplan zu tätigen; der IWF kann jedoch auf Antrag eines Mitglieds den Zeitplan der Rückzahlungserwartungen ändern, wenn das Exekutivdirektorium entscheidet, dass sich die externe Position des Mitglieds noch nicht ausreichend verbessert hat, um Rückkäufe zu tätigen.

<sup>4</sup> Der Ausdruck Kredittranchen bezieht sich auf die Größe der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zu den Quoten der Mitglieder im IWF; so

sind Auszahlungen bis zu 25% der Quote eines Mitglieds Auszahlungen im Rahmen der ersten Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen über 25% der Quote werden Ziehungen in den oberen Kredittranchen genannt; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einer Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarung. Der Zugang zu IWF-Mitteln außerhalb einer Kreditvereinbarung ist selten und wird es erwartungsgemäß auch bleiben.

<sup>5</sup> Der Aufschlag wurde im November 2000 eingeführt.

Zahlungen an den IWF zu leisten. Die SZR sind außerdem die Rechnungseinheit des IWF.

Der Fonds kann ferner Kredite im Rahmen seiner Kreditfazilitäten durch den Handelsintegrations-Mechanismus (Trade Integration Mechanism – TIM) vergeben, der im Geschäftsjahr 2004 eingeführt wurde. Bei dem TIM handelt es sich nicht um eine Kreditfazilität, sondern um eine Politikmaßnahme. Der TIM berücksichtigt die Anliegen einiger Entwicklungsländer, die befürchten, dass sich ihre Zahlungsbilanzposition, wenn auch nur vorübergehend, verschlechtert, wenn sich ihre Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten durch die multilaterale Handelsliberalisierung verändert.

Ausführliche Informationen über die vom IWF gebilligten Kreditbeträge, die ausstehenden Kredite und Rückzahlungen, verteilt nach Kreditfazilität und Geschäftsjahr, finden sich in den Tabellen von Anhang II auf der CD-ROM.

Das Exekutivdirektorium des IWF nimmt häufig Überprüfungen und Feinabstimmungen der Geschäftspolitik und Instrumente des IWF vor, um sicherzustellen, dass sie auf die sich ändernden Bedürfnisse der Mitglieder zugeschnitten sind. Im Geschäftsjahr 2007 begann das Exekutivdirektorium die Arbeit an der Entwicklung eines neuen vorbeugenden Finanzierungsinstrumentes, auf das aufstrebende Länder, die auf den internationalen Kapitalmärkten aktiv sind, zurückgreifen können, wenn sie einen plötzlichen, vorübergehenden Liquiditätsverlust zu bewältigen haben. Um einkommensschwachen Ländern zu helfen, nach einer Entschuldung eine erneute übermäßige Verschuldung zu vermeiden, beschlossen die Direktionen von IWF und Weltbank, das von den beiden Institutionen 2005 gemeinsam entwickelte Regelwerk für Schuldentragfähigkeit (Debt Sustainability Framework – DSF) zu stärken. Der IWF und die Weltbank intensivierten außerdem die Informationsarbeit, um eine effektivere Nutzung des DSF zu ermöglichen. Das Direktorium prüfte ferner den Bericht des Unabhängigen Evaluierungsbüros (IEO, Kasten 5.3) zur Hilfe an Afrika südlich der Sahara mit dem Titel „The IMF and Aid to Sub-Saharan Africa“, es schloss die Prüfung der „Ex-post-Bewertungen“ ab – Bewertungen über die Erfolge und Misserfolge von IWF-gestützten Programmen in Ländern, die wiederholt oder langfristig Kredite aufnehmen – und es erörterte die

Erfahrungen, die der IWF im Zeitraum 1992–2005 mit vorbeugenden Vereinbarungen gemacht hat. Diese Vereinbarungen geben Ländern, die keine unmittelbaren Zahlungsbilanzprobleme haben, das Recht, vorbehaltlich der Umsetzung bestimmter Politikmaßnahmen im Bedarfsfall Finanzhilfe des IWF zu beziehen.

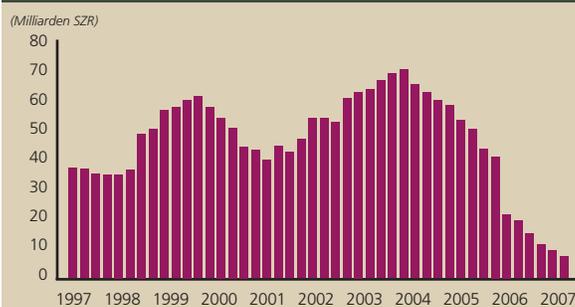
## Aufstrebende Volkswirtschaften

Viele aufstrebende Marktwirtschaften haben ihre IWF-Programme abgeschlossen, so dass sich die Zusammenarbeit des IWF mit diesen Ländern auf die Überwachung beschränkt. Mit zunehmendem Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten haben diese Länder ihre IWF-Kredite vorzeitig zurückgezahlt und ihr Bedarf an neuen IWF-Krediten ist beträchtlich zurückgegangen.

## Kreditvergabe

Das ausstehende Kreditvolumen des IWF ging gegenüber 19,2 Mrd. SZR im April 2006 Ende des Geschäftsjahres 2007 auf 7,3 Mrd. SZR zurück. Dieser Rückgang war auf vorzeitige Rückzahlungen ausstehender Kredite und auf ein niedriges Volumen neuer Auszahlungen zurückzuführen (Schaubild 3.1).<sup>36</sup> Während des Geschäftsjahres 2007 zahlten neun Mitglieder – Bulgarien, die Zentralafrikanische Republik, Ecuador, Haiti, Indonesien, Malawi, die Philippinen, Serbien und Uruguay – ihre ausstehen-

**Schaubild 3.1 Ausstehende reguläre Kredite, GJ 1997–GJ 2007**



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

<sup>36</sup> Die Liquidität des IWF, die durch die zukünftige Kreditzusagekapazität (Forward Commitment Capacity – FCC) bestimmt wird, stieg Ende April 2007 auf den Rekordwert von 126,1 Mrd. SZR (gegenüber 120,1 Mrd. SZR Ende April 2006), was zum großen Teil auf den beträchtlichen Rückgang in der Kreditvergabe zurückzuführen war.

den Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF in einem Gesamtbetrag von 7,1 Mrd. SZR vorzeitig zurück. Die IWF-Auszahlungen beliefen sich auf insgesamt 2,3 Mrd. SZR, von denen der Großteil an die Türkei ging.

Die Neuzusagen des IWF gingen stark zurück – von 8,3 Mrd. SZR im Geschäftsjahr 2006 auf 237 Mio. SZR im Geschäftsjahr 2007 –, wobei zwei neue Bereitschaftskredit-Vereinbarungen für Paraguay und Peru gebilligt wurden. Ende des Geschäftsjahres 2007 waren sieben Bereitschaftskredit- und Erweiterte Vereinbarungen in Kraft, von denen vier als vorbeugend behandelt werden, da die Kreditnehmer ihre Absicht bekundet haben, keine Ziehungen vorzunehmen. Ende April 2007 beliefen sich die nicht gezogenen Beträge unter allen laufenden Bereitschafts- und Erweiterten Vereinbarungen auf 3,9 Mrd. SZR.

### Ein neues Finanzierungsinstrument

Eine Reihe von IWF-Mitgliedern fordern seit einiger Zeit die Einführung eines neuen Finanzierungsinstruments zur gezielten Unterstützung von Krisenpräventions-Maßnahmen der Mitglieder, die auf den internationalen Kapitalmärkten aktiv sind. Im Rahmen der für den Entwurf eines solchen Instruments durchgeführten analytischen Arbeiten veranstaltete das Exekutivdirektorium im Mai 2006 ein informelles Seminar zur Erörterung einer Studie über die Rolle von IWF-gestützten Programmen bei der Krisenprävention.<sup>37</sup> Die Studie stützte sich auf theoretische und empirische Arbeiten und kam zu dem Ergebnis, dass die Verfügbarkeit von IWF-Mitteln die Wahrscheinlichkeit von Krisen beträchtlich senken kann. Außerdem wurde festgestellt, dass der Grenznutzen der IWF-Unterstützung von der Qualität der Politikmaßnahmen und der gesamtwirtschaftlichen Eckdaten des Mitglieds abhängt. Das heißt also, dass die Verfügbarkeit von IWF-Finanzmitteln beträchtliche Zusatzwirkungen auf die Krisenpräventions-Maßnahmen der Mitglieder haben kann. Auf der Grundlage dieser Studien erörterte das Exekutivdirektorium bei einem Seminar im August 2006 die Ziele eines neuen Finanzierungsinstruments, wobei die Erfahrung des IWF mit einem früheren Instrument, den Vorbeugenden Kreditlinien (Contingent Credit Lines – CCL) berücksichtigt wurde.<sup>38</sup>

Ein erfolgreiches Instrument würde das Krisenrisiko verringern, indem berechtigten Mitgliedern – das heißt Ländern, die eine solide Politik verfolgen – Zugang zu einer Kreditlinie gewährt wird. Dadurch würden die Anreize verringert, dass Privatinvestoren beim ersten Anzeichen von Störungen ihr Engagement in dem betreffenden Land reduzieren. Es müsste allerdings auch ein Gleichgewicht geschaffen werden zwischen dem vorhersehbaren Zugang zu IWF-Finanzierungen einerseits und angemessenen Sicherungen für die IWF-Mittel andererseits. Außerdem müsste das Spannungsfeld gesteuert werden, das darin besteht, dass bei guten Bedingungen starke positive Signale gegeben werden, während die Inanspruchnahme oder Kündigung einer solchen Kreditlinie zu negativen Signalwirkungen führen kann, wenn dies mit einer Verschlechterung der Umstände einhergeht.

Bei der Jahrestagung im September 2006 erteilte der IMFC dem IWF den Auftrag, die Arbeit an der Entwicklung eines neuen Instruments, das vorübergehend „Kreditlinie zur Erhöhung der Devisenreserven“ (Reserve Augmentation Line – RAL) genannt wird, fortzusetzen. Die Informationsarbeit der IWF-Geschäftsführung und des Stabes bei Vertretern öffentlicher Stellen und Marktteilnehmern führte zu weiteren Fortschritten bei der Arbeit am Entwurf dieses Instruments. Im März 2007 erörterten die Exekutivdirektoren ein Papier, das einen Konsens zu wichtigen Fragen herbeiführen sollte, wie zum Beispiel Berechtigung, Überwachung, Zugang und Befristung.<sup>39</sup> Die Diskussion machte deutlich, in welchen Bereichen Einvernehmen besteht und in welchen Bereichen weitere Fortschritte erforderlich sind. Das Exekutivdirektorium forderte den IWF-Stab auf, ein Folgedokument vorzulegen, das die Vorschläge verfeinert.

### Einkommensschwache Länder

Die mittelfristige Strategie betont die Notwendigkeit, die Arbeit des IWF in einkommensschwachen Ländern flexibler zu gestalten und den Schwerpunkt auf die Bereiche zu legen, die wesentlich sind und bei denen der IWF Expertise und einen komparativen Vorteil besitzt. Das Direktorium hat in den letzten Jahren einen breiten Fächer von Instrumenten verabschiedet, die einkommensschwachen Ländern helfen sollen, makroökonomische Stabilität und nachhaltiges Wachstum zu erreichen – entscheidende Faktoren für die Erreichung der

37 „The Role of Fund Support in Crisis Prevention“ (23. März 2006), verfügbar auf der IWF-Website unter [www.imf.org](http://www.imf.org).

38 Die Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache findet sich in PIN 06/104, die auf der CD-ROM und auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06104.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06104.htm) eingesehen werden kann. Ein Informationsblatt zur Vorbeugenden Kreditlinie findet sich unter [www.imf.org/external/np/exr/facts/ccl.htm](http://www.imf.org/external/np/exr/facts/ccl.htm). Die CCL wurde 1999 eingeführt als Reaktion auf die rasche Ausbreitung der Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten während der Asienkrise von 1997–98. Das Instrument sollte eine vorbeugende Verteidigungslinie für Mitglieder bieten, die eine solide Politik verfolgen und nicht der Gefahr einer selbst verursachten Zahlungsbilanzkrise ausgesetzt sind, aber anfällig für Ansteckungseffekte durch Kapitalbilanzkrisen in anderen Ländern sind. Obwohl Änderungen vorgenommen wurden, um die Attraktivität der CCL für die Mitglieder zu erhöhen, wurde sie nie benutzt. Das Direktorium beschloss 2003, sie auslaufen zu lassen.

39 Das Stabsdokument mit dem Titel „Further Consideration of a New Liquidity Instrument for Market Access Countries—Design Issues“ vom 13. Februar 2007 findet sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4044](http://www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4044). Die Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache, PIN 07/40, findet sich auf der CD-ROM und auf der Website des Fonds unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0740.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0740.htm).

### Kasten 3.2 Überprüfung der Fortschritte bei den Millennium-Entwicklungszielen

Der IWF und die Weltbank überprüfen die Fortschritte, die die einkommensschwachen Länder bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs) erzielen, indem sie jährlich gemeinsam ihre Ergebnisse im *Globalen Monitoring-Bericht (Global Monitoring Report – GMR)* veröffentlichen. Der vierte GMR, der im April 2007 veröffentlicht wurde, stellte fest, dass die Fortschritte beim ersten Ziel – die Halbierung der Armut bis 2015 – in allen Entwicklungsregionen mit Ausnahme von Afrika südlich der Sahara zufrieden stellend verlaufen. Zur Erreichung der Ziele in Bezug auf die Reduzierung von Kindersterblichkeit und Krankheiten sowie im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit reichen die Anstrengungen jedoch nicht aus. Der Bericht forderte, der Geschlechtergleichheit mehr Bedeutung zu schenken, und zwar nicht nur aus Gründen der Gleichberechtigung, sondern auch, weil eine Teilhabe der Frauen entscheidend ist für den wirtschaftlichen Wohlstand und die Verwirklichung anderer MDGs. Außerdem sollten fragile Staaten, die 27 Prozent der in den Entwicklungsländern in extremer Armut lebenden Menschen (mit einem Einkommen von weniger als 1 \$ pro Tag) erfassen, stärker berücksichtigt werden.<sup>1</sup> In fragilen Staaten, d. h. einkommensschwache Länder und Territorien, in denen die Institutionen und die Regierungsführung so schlecht sind, dass sie die wirtschaftliche Entwicklung und die Bereitstellung grundlegender sozialer Dienste untergraben, ist die Wahrscheinlichkeit, die MDGs zu erreichen am niedrigsten. Viele befinden sich in der Konfliktfolgezeit.

Eine beträchtliche Aufstockung der Hilfe ist erforderlich, wenn die Entwicklungsländer ihre Anstren-

gungen zur Erreichung der MDGs beschleunigen sollen. Der Ausschuss für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee – DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development – OECD) weist jedoch darauf hin, dass die Hilfsverpflichtungen im Zeitraum 2005-06 zurückgegangen sind, wenn Sonderleistungen wie Schuldenerleichterung ausgenommen werden, und dass die Hilfsleistungen bis 2008 den Prognosen zufolge weit hinter den Zusagen zurückbleiben, die die internationale Gemeinschaft auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Jahr 2002 im mexikanischen Monterrey und im Jahr 2005 auf dem G8-Gipfel in Gleneagles gemacht hat. Der IWF drängt die bilateralen Geber weiter darauf, die Hilfe zu erhöhen und sie vorhersehbarer zu machen. Der Fonds bietet den Hilfsempfängern außerdem Beratung und technische Hilfe in seinen Expertisebereichen um sicherzustellen, dass sie die erhöhte Hilfe effektiv einsetzen können, ohne die makroökonomische Stabilität zu gefährden, Privatinvestitionen zu verdrängen oder erneut eine untragbare Auslandsverschuldung entstehen zu lassen.

Der IWF arbeitet zusätzlich zum GMR bei vielen Sachfragen, die sich auf die einkommensschwachen Länder beziehen, eng mit der Weltbank zusammen. Dazu gehören der PRSP-Prozess, Schuldenerleichterung im Rahmen der HIPC-Initiative und der MDRI, das Regelwerk für Schuldentragfähigkeit und das Programm zur Bewertung des Finanzsektors (das FSAP wird in Kapitel 2 erläutert). Ein externer Ausschuss führte im Geschäftsjahr 2007 eine Studie über die Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank durch, die in Kapitel 5 diskutiert wird.

<sup>1</sup> Der Bericht mit dem Titel „Global Monitoring Report: Confronting the Challenges of Gender Equality and Fragile States“ findet sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=20364.0](http://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=20364.0).

Millennium-Entwicklungsziele (Kasten 3.2). Neben der Beratung der Länder im Rahmen der Überwachung bietet der IWF Beratung, Finanzhilfe und Schuldenerleichterung durch die oben beschriebenen Fazilitäten, und 90 Prozent seiner

technischen Hilfe geht in Länder mit niedrigem Einkommen und Länder im unteren Bereich mittlerer Einkommen (siehe Kapitel 4). Für einkommensschwache Länder, die für PRGF-Kredite berechtigt sind, aber statt der Finanzhilfe des IWF eine

Unterstützung ihrer Politikmaßnahmen durch Beratung wünschen, hat der IWF im Geschäftsjahr 2006 die Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik (Policy Support Instrument – PSI) eingeführt. Mit Stand vom 30. April 2007 hatten vier Länder eine PSI beantragt und erhalten. Der Fonds setzt sich außerdem weiter für einen erfolgreichen Abschluss der Handelsgespräche im Rahmen der Doha-Runde ein (Kasten 3.3).

### Konzessionäre Kreditvergabe

Das Exekutivdirektorium billigte im Geschäftsjahr 2007 zehn neue PRGF-Vereinbarungen (Tabelle 3.2) mit Gesamtzusagen von 401,2 Mio. SZR. Das Direktorium verabschiedete außerdem die Aufstockung von zwei PRGF-Vereinbarungen in einem Gesamtbetrag von 36,8 Mio. SZR. Das Direktorium billigte ferner den Antrag Kenias, den Zugang im Rahmen seiner PRGF-Vereinbarung aufgrund der verbesserten außenwirtschaftlichen Position des Landes um 75 Mio. SZR zu

**Schaubild 3.2 Ausstehende konzessionäre Kredite, GJ 1997–GJ 2007**



senken. Mit Stand vom 30. April 2007 wurden die Reformprogramme von 29 Mitgliedsländern durch PRGF-Vereinbarungen unterstützt. Der Gesamtbetrag der ausstehenden konzessionären Kredite belief sich auf 3,9 Mrd. SZR. (Schaubild 3.2). Bisher hat kein Land Hilfe im Rahmen der ESF beantragt.

**Tabelle 3.2 Im GJ 2007 gebilligte PRGF-Kredite**

(Millionen SZR)

Mitglied	Datum der Bewilligung	Bewilligter Betrag <sup>1</sup>
<b>Neue Vereinbarungen</b>		
Afghanistan	26. Juni 2006	81,0
Burkina Faso	23. April 2007	6,0
Gambia	21. Februar 2007	14,0
Haiti	20. November 2006	73,7
Madagaskar	21. Juli 2006	55,0
Mauritanien	18. Dezember 2006	16,1
Republik Moldau	5. Mai 2006	80,1
Ruanda	12. Juni 2006	8,0
Sierra Leone	10. Mai 2006	31,1
Zentralafrikanische Republik	22. Dezember 2006	36,2
<b>Zwischensumme</b>		<b>401,2</b>
<b>Erhöhungen/Kürzungen</b>		
Burkina Faso	8. September 2006	6,0
Kenia	11. April 2007	(75,0)
Republik Moldau	15. Dezember 2006	30,8
<b>Zwischensumme</b>		<b>(38,2)</b>
<b>Insgesamt</b>		<b>363,0</b>

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

<sup>1</sup> Unter dem Posten Erhöhungen/Kürzungen wird nur der Betrag der Erhöhung/Kürzung aufgeführt.

### Schuldenerleichterung

Die Entschuldungs-Anstrengungen im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative und der MDRI wurden im Geschäftsjahr 2007 fortgesetzt. Zu Beginn der HIPC-Initiative im Jahr 1996 wurde eine Befristungsklausel eingeführt, die die Anspruchsberechtigung auf Länder einschränkt, die innerhalb eines Zweijahreszeitraums ein vom IWF oder von der Internationalen Entwicklungsorganisation (International Development Association – IDA)<sup>40</sup> unterstütztes Programm einleiten. Diese Bestimmung diente dazu, eine zeitlich unbegrenzte Nutzung dieser Initiative zu verhindern, mögliche Risiken für die Wirtschaftsmoral, die sich daraus ergeben, dass die Länder in Erwartung einer Schuldenerleichterung übermäßige Schulden aufnehmen, auf ein Minimum zu reduzieren und die frühzeitige Annahme von Reformen zu fördern. Nachdem es im Laufe der Jahre zu zahlreichen Fristverlängerungen gekommen war, wiesen die Exekutivdirektoren von IWF und Weltbank bei einer Sitzung im September 2006 auf die Gefahr hin, dass die Verschuldung mehrerer Länder über den Schwellenwerten der Initiative liegen kann, wenn die Befristung Ende 2006 ohne

<sup>40</sup> Die IDA ist die Weltbank-Institution, die den ärmsten Mitgliedsländern zinslose Kredite und Zuschüsse gewährt.

### Kasten 3.3 Handelsliberalisierung und einkommensschwache Länder

Im August 2006 erörterte das Exekutivdirektorium ein von den Stäben von IWF und Weltbank gemeinsam erstelltes Papier mit dem Titel „Doha Development Agenda and Aid for Trade“.<sup>1</sup> Die Exekutivdirektoren betonten, dass die Arbeit im Bereich der handelsbezogenen Hilfe unabhängig vom Stand der Doha-Runde fortgesetzt werden sollte. Handelsbezogene Hilfe kann zwar ein ehrgeiziges Ergebnis der Doha-Runde nicht ersetzen, die Beseitigung von Infrastruktur- und anderen Angebotsengpässen in den Entwicklungsländern kann diese Länder jedoch in die Lage versetzen, die Handelschancen, die sich aus der weltweiten Marktöffnung ergeben, zu nutzen. Der IWF sollte innerhalb seines Mandats und seines Zuständigkeitsbereiches weiterhin selektiv Hilfe leisten. Dazu gehören die makroökonomischen Auswirkungen der Änderungen in der Handelspolitik und im globalen Handelsumfeld sowie Beratung hinsichtlich Steuer- und Zollreform.

Das Direktorium nahm die Vorschläge der WTO-Arbeitsgruppen zum Erweiterten Integrierten Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe und zur handelsbezogenen Hilfe zur Kenntnis. Handelsbezogene Prioritäten sind in vielen der am wenigsten entwickelten Länder immer noch vom PRSP-Prozess abgekoppelt. Angesichts dieser Tatsache stellten die Exekutivdirektoren fest, dass die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe dazu beitragen kann, den Integrierten Rahmenplan effektiver dafür einzusetzen, den handelsbezogenen Hilfebedarf aufzudecken und die handelsbezogene technische Hilfe zu koordinieren. Sie begrüßten die Empfehlung, die Kapazitäten in den Empfängerländern des

Integrierten Rahmenplans zu stärken und die Führungs- und Kontrollmechanismen des Integrierten Rahmenplans zu verbessern, und sie würdigten die Geberzusagen zur Finanzierung dieser Anstrengungen.<sup>2</sup>

Die Vorteile der Handelsliberalisierung überwiegen zwar insgesamt die Kosten, bestimmte einkommensschwache Länder können jedoch kurzfristig benachteiligt werden, wenn Handelsliberalisierungs-Maßnahmen dazu führen, dass ihre Exporte einem größeren Wettbewerb ausgesetzt werden, die Einnahmen durch Zollsenkungen reduziert werden oder die Kosten für importierte Lebensmittel durch den Abbau von Agrarsubventionen steigen. Im Jahr 2004 führte der IWF den Handelsintegrations-Mechanismus (TIM) ein. Dieses Instrument ermöglicht es Ländern, ihren Zugang zu IWF-Mitteln im Rahmen einer laufenden IWF-Vereinbarung oder einer neuen Vereinbarung innerhalb einer IWF-Fazilität zu erhöhen, falls dies erforderlich ist, um den Abbau von Handelspräferenzen oder die Auswirkungen der Handelsliberalisierung anderer Länder auf ihre Zahlungsbilanz zu bewältigen. Im Geschäftsjahr 2007 billigte das Exekutivdirektorium die Aktivierung des TIM für Madagaskar, da der Auslauf der Textilquoten im Jahre 2005 im Rahmen des WTO-Übereinkommens über Textilien und Bekleidung und die Umsetzung des von der US-Regierung 2007 verabschiedeten African Growth and Opportunities Act negative Auswirkungen auf die Textilexporte des Landes haben können. Durch die Aktivierung des TIM erhielt Madagaskar Anspruch auf eine Erhöhung des Zugangs zu den IWF-Mitteln im Rahmen seiner PRGF-Vereinbarung. Das Land ist das dritte IWF-Mitglied, für das der TIM aktiviert wurde.

<sup>1</sup> Das Papier ist verfügbar auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=3886](http://www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=3886). PIN 06/105, die die Zusammenfassung der Direktoriumsaussprache enthält, findet sich auf der CD-ROM und unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06105.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06105.htm).

<sup>2</sup> Zu den Empfehlungen gehören die Einrichtung eines neuen Exekutivsekretariats im WTO-Sekretariat, Maßnahmen zur Stärkung der Kapazitäten in den am wenigsten entwickelten Ländern, ein Finanzierungsziel von 400 Mio. \$ über einen Zeitraum von fünf Jahren sowie ein Regelwerk zur Überprüfung und Evaluierung.

Änderung in Kraft tritt. Die betroffenen Länder hätten dann keine Möglichkeit mehr, dieses umfassende Regelwerk zu nutzen. Es wurde deshalb beschlossen, die Befristungsklausel in Kraft treten zu lassen und für alle Länder, die die Einkommens-

und Verschuldungskriterien auf der Grundlage der Daten von Ende 2004 erfüllen, eine Besitzstandsklausel einzuführen. Dies gilt auch für die Länder, bei denen zu einem zukünftigen Zeitpunkt festgestellt wird, dass sie diese Kriterien erfüllen.

Die Exekutivdirektoren forderten den Stab auf, in einigen Jahren eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, um die Optionen für die Restlaufzeit der HIPC-Initiative zu prüfen. Sie drängten den Stab außerdem, die Zusammenarbeit mit den Länderbehörden bei der Entwicklung und Umsetzung von Reformstrategien fortzusetzen und diesen Ländern zu helfen, sich umgehend für die HIPC-Initiative zu qualifizieren. Sie ermutigten gleichzeitig die noch nicht qualifizierten Länder, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um wirtschaftspolitische Erfolge nachzuweisen und ihre Armutsbekämpfungsstrategien zufrieden stellend umzusetzen, da dies eine Voraussetzung für den Beginn der Entschuldung ist.<sup>41</sup>

Mit Stand vom 30. April 2007 hatten 30 Länder den Entscheidungspunkt im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative und 22 davon ihren Abschlusspunkt erreicht.<sup>42</sup> Der IWF hat im Rahmen der HIPC-Initiative 1,9 Mrd. SZR zugesagt und 1,7 Mrd. SZR ausgezahlt. Im Geschäftsjahr 2007 erreichte ein Mitglied (Haiti) den Entscheidungspunkt, drei weitere Länder (Malawi, Sierra Leone sowie São Tomé und Príncipe) erreichten den Abschlusspunkt, und Afghanistan wurde auf die Liste der Länder gesetzt, die Anspruch auf Hilfe im Rahmen der HIPC-Initiative haben.

Die MDRI wurde Anfang 2006 eingeführt, um die Verschuldung der qualifizierten einkommensschwachen Länder weiter zu reduzieren und ihnen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie die Millennium-Entwicklungsziele erreichen. Die MDRI, die von den G8-Ländern vorgeschlagen wurde, unterscheidet sich von der HIPC-Initiative, ist aber operativ mit ihr verbunden. Im Rahmen der MDRI gewähren der IWF, die IDA, der Afrikanische Entwicklungsfonds und die Interamerikanische Entwicklungsbank einen hundertprozentigen Schuldenerlass für anrechnungsfähige Forderungen von Ländern, die im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative den Abschlusspunkt erreichen. Der IWF gewährt zusätzlich Schuldenerleichterung im Rahmen der MDRI an alle Mitglieder, deren jährliches Pro-Kopf-Einkommen maximal 380 \$ beträgt (darunter zwei Nicht-HIPCs, Kambodscha und Tadschikistan).<sup>43</sup>

Mit Stand vom 30. April 2007 hatte der IWF MDRI-Entschuldung von insgesamt 2,7 Mrd. SZR an 24 Länder gewährt. Die Schuldenerleichterung wurde durch eine Kombination aus Mitteln von nicht ausgezahlten HIPC-Konten (0,4 Mrd. SZR), IWF-Mitteln (1,2 Mrd. SZR) und bilateralen Beiträgen (1,1 Mrd. SZR)



*Landarbeiter in Tadschikistan*

finanziert. Während des Geschäftsjahres 2007 erhielten vier Mitglieder (Malawi, Mauretanien, Sierra Leone sowie São Tomé und Príncipe) im Rahmen der MDRI eine vollständige Entschuldung in Höhe von insgesamt 189,2 Mio. SZR.<sup>44</sup>

### **Regelwerk für Schuldentragfähigkeit**

Das Hauptziel des Regelwerks für Schuldentragfähigkeit (DSF) besteht darin, den einkommensschwachen Ländern Anleitungen für ihre Kreditentscheidungen zu geben, um ein Gleichgewicht zwischen ihrem Mittelbedarf und ihrer Fähigkeit, ihre Schulden zu bedienen, zu gewährleisten. Das Exekutivdirektorium führte im Geschäftsjahr 2007 eine zweite Diskussion zu der Frage, wie das DSF, das die Direktorien von IWF und Weltbank im April 2005 verabschiedet haben, genutzt werden könne, um einkommensschwachen Ländern, die Schuldenerleichterung erhalten haben, zu helfen, eine erneute übermäßige Verschuldung zu

<sup>41</sup> Die Zusammenfassung der Direktoriensaussprache findet sich in dem Papier „IMF Executive Board Discusses Issues Related to the Sunset Clause of the Initiative for Heavily Indebted Poor Countries“, PIN 06/107, auf der CD-ROM und unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06107.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06107.htm).

<sup>42</sup> Um sich für HIPC-Unterstützung zu qualifizieren, muss ein Land eine solide Wirtschaftspolitik verfolgen, die von IWF und Weltbank unterstützt wird. Wenn ein Land Anpassungserfolge nachweist und ein PRSP oder ein Interims-PRSP erstellt, hat es seinen Entscheidungspunkt erreicht. Zu diesem Zeitpunkt entscheiden der IWF und die Weltbank formell über die Berechtigung des Landes und die internationale Gemeinschaft verpflichtet sich, die Verschuldung des Landes auf ein tragbares Niveau zu senken. Das Land muss sich anschließend weiterhin mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bewähren, wichtige wirtschaftspolitische Reformen umsetzen, die makroökonomische Stabilität sichern und ein PRSP verabschieden und umsetzen. Die im Pariser Club versammelten Gläubiger und andere bilaterale und kommerzielle Gläubiger schulden die fällig werdenden Verbindlichkeiten um. Ein Land erreicht seinen Abschlusspunkt, sobald es die beim Entscheidungspunkt gesetzten Ziele erreicht hat. Dann erhält es den Saldo der zugesagten Entschuldung.

<sup>43</sup> Für weitere Informationen über die MDRI siehe PIN 05/164 unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn05164.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn05164.htm).

<sup>44</sup> Tabellen CD-3.3 und 3.4 auf der CD-ROM führen die Länder auf, die von der MDRI erfasst werden, und beschreiben die Umsetzung der MDRI.

vermeiden.<sup>45</sup> Die Diskussion vom November 2006 stützte sich auf ein Papier, das die Stäbe von IWF und Weltbank gemeinsam erstellt hatten, und konzentrierte sich auf die Frage, wie die neuen wirtschaftspolitischen Herausforderungen am besten in das DSF integriert werden können. Zu diesen Herausforderungen gehören das zunehmende Verschuldungspotential, das sich in einigen einkommensschwachen Ländern aus der Schuldenerleichterung ergibt, neue Gläubiger und das steigende Gewicht der Inlandsverschuldung. Diese Entwicklungen sind zwar zu begrüßen, sie schaffen jedoch neue Risiken, die die Länder über eine Verbesserung des Schuldenmanagements angehen müssen. Das Direktorium forderte deshalb, bei der Schuldentragfähigkeitsanalyse strengere Maßstäbe zu setzen.

Die Exekutivdirektoren bekräftigten, dass konzessionäre Kapitalströme die beste Quelle der Auslandsfinanzierung für einkommensschwache Länder bleiben, und sie forderten weitere Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, um diese Art von Finanzierung leichter zugänglich und besser vorhersehbar zu machen. Sie räumten jedoch ein, dass fallweise auch nicht-konzessionäre Finanzierungen erwogen werden sollten und dass dabei die Auswirkungen auf die folgenden Aspekte berücksichtigt werden sollten: die Schuldentragfähigkeit, die Politikmaßnahmen und Institutionen des Schuldnerlandes sowie die Qualität der finanzierten Investitionen und öffentlichen Ausgaben.

Die Exekutivdirektoren betonten, dass die Effektivität des DSF letztendlich davon abhängt, in welchem Ausmaß es von den Schuldnern und Gläubigern genutzt wird, und sie verwiesen auf die Notwendigkeit weiterer Informationsarbeit bei den öffentlichen Gläubigern. Sie verwiesen außerdem auf die Bedeutung zeitnaher und qualitativ hochwertiger Daten über Kreditaufnahme und -vergabe und ermutigten den IWF-Stab, in Zusammenarbeit mit der Weltbank die Ergebnisse der Schuldentragfähigkeitsanalysen umfassender und effektiver zu verbreiten.<sup>46</sup> Das Direktorium begrüßte die Einrichtung einer speziellen Webseite für Schuldentragfähigkeitsanalysen auf der Website des IWF und sprach sich für die Einrichtung einer ähnlichen Webseite zu Fragen der Konzessionalität aus.<sup>47</sup> Der IWF und die Weltbank haben ihre Informationsarbeit zum Thema DSF intensiviert und auf

Gläubiger außerhalb der OECD ausgeweitet, um verantwortungsbewusste Kreditvergabepraktiken zu fördern, und sie stehen bereit, bei der Entwicklung von Grundsätzen in diesem Bereich mitzuwirken. Sie erhöhen außerdem die Ausbildung und technische Hilfe für die Schuldnerländer und helfen ihnen bei der Verbesserung ihres Schuldenmanagements.

### Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik

In den letzten Jahren haben viele einkommensschwache Länder beträchtliche Fortschritte bei der wirtschaftlichen Stabilität erzielt und benötigen keine Finanzhilfe des IWF mehr. Aber selbst wenn sie keine Finanzhilfe des Fonds wünschen oder brauchen, können sie trotzdem eine Überwachung und Unterstützung ihrer Wirtschaftspolitik sowie Beratung beantragen. Die PSIs, die im Geschäftsjahr 2006 im Exekutivdirektorium verabschiedet wurden, sollen die Bedürfnisse dieser Mitglieder abdecken, indem sie die Wirtschaftspolitik unterstützen und eine „Signalwirkung“ geben.<sup>48</sup> Diese Signalwirkung bezieht sich auf Informationen über die Wirtschaftsleistung und -aussichten eines Landes, die indirekt durch die IWF-Tätigkeit entstehen können. Diese Informationen können von Außenstehenden, darunter private Gläubiger, öffentliche Geber und Gläubiger sowie die breite Öffentlichkeit, als Entscheidungshilfe benutzt werden. Im Falle der einkommensschwachen Länder wurden diese Signale vor der Einführung der PSI hauptsächlich im Rahmen der PRGF und des diesbezüglichen PRSP-Prozesses gegeben. PSIs orientieren sich im Konzeption und Zielsetzung an der PRGF. Sie stützen sich ebenso wie die PRGF-Vereinbarungen und die Schuldenerleichterung auf die Erstellung eines PRSP. Sie sind ebenfalls freiwillig – Mitglieder, die ein PSI wünschen, müssen dies beantragen – und zeigen dadurch, dass das betreffende Land sich zu dem wirtschaftspolitischen Reformprogramm bekennt. Die PSI-Programme unterliegen außerdem den gleichen hohen Standards wie Programme, die durch IWF-Finanzhilfe unterstützt werden. Im Falle eines Schocks bietet ein zufrieden stellend verlaufendes PSI die Basis für einen

<sup>45</sup> Die erste Diskussion erfolgte im April 2006, siehe PIN 06/61 unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0661.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0661.htm).

<sup>46</sup> Für eine Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache siehe PIN 06/136 „IMF Executive Board Discusses the Application of the Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries Post Debt Relief“ auf der CD-ROM und unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06136.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn06136.htm). Der Stabsbericht findet sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=3959](http://www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=3959). Außerdem wurde eine Stabsrichtlinie über die Anwendung des DSF in die IWF-Website eingestellt unter [www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/041607.pdf](http://www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/041607.pdf).

<sup>47</sup> Siehe [www.imf.org/external/pubs/ft/dsa/lic.aspx](http://www.imf.org/external/pubs/ft/dsa/lic.aspx) für Schuldentragfähigkeitsanalysen in den Länderberichten. Die Webseite zu Fragen der Konzessionalität des IWF wurde im Januar 2007 eingeführt, siehe [www.imf.org/external/np/pdr/conc/index.htm](http://www.imf.org/external/np/pdr/conc/index.htm).

<sup>48</sup> Siehe PIN 05/145 unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn05145.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn05145.htm) für eine Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache, bei der die PSI verabschiedet wurde.



*Wiederaufbau in der Konfliktfolgezeit im Libanon*

raschen Zugang zu PRGF-Mitteln durch die ESF. Die Veröffentlichung der PSI-Dokumente ist ebenso wie bei PRGF-Dokumenten freiwillig, wird jedoch erwartet.

Die PSIs fördern einen engen Politikdialog zwischen dem IWF und seinen einkommensschwachen Mitgliedern und sie ermöglichen häufigere Beurteilungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitglieder als dies im Rahmen der Artikel-IV-Konsultationen möglich ist; die Artikel-IV-Konsultationen erfolgen normalerweise jährlich, während das Direktorium die Leistung im Rahmen der PSIs halbjährlich überprüft. Von den Mitgliedern mit PSI wird erwartet, dass sie dem Fonds zeitnahe und zutreffende Daten liefern, um die Integrität dieser Beurteilungen zu sichern.

In den letzten zwei Jahren hat das Direktorium PSIs für vier Länder verabschiedet: Nigeria und Uganda im Geschäftsjahr 2006 sowie Kap Verde und Tansania im Geschäftsjahr 2007.<sup>49</sup> Im Geschäftsjahr 2007 überprüfte das Direktorium Ugandas 16-monatige PSI und verabschiedete auf Antrag Ugandas eine neue 3-jährige PSI.

## Nothilfe

Der IWF bietet finanzielle Nothilfe für aufstrebende Marktwirtschaften und für einkommensschwache Länder in der Konfliktfolgezeit (Emergency Post-Conflict Assistance – EPCA) und bei Naturkatastrophen (Emergency Natural Disaster Assistance – ENDA). Die Zinsen, die auf die Nothilfe an PRGF-berechtigte

*Der IWF bietet finanzielle Nothilfe für aufstrebende Marktwirtschaften und für einkommensschwache Länder in der Konfliktfolgezeit und bei Naturkatastrophen.*

<sup>49</sup> Für weitere Informationen siehe Presseveröffentlichungen 06/172 „IMF Executive Board Approves a Three-Year Policy Support Instrument for Cape Verde“ und 07/13 „IMF Executive Board Completes the First Review Under the Policy Support Instrument for Cape Verde“ unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06172.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06172.htm) bzw. [www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0713.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0713.htm); Presseveröffentlichungen 05/229 „IMF Executive Board Approves a Two-Year Policy Support Instrument for Nigeria“ und 06/293 „IMF Executive Board Completes the Second Review Under the Policy Support Instrument for Nigeria“ unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2005/pr05229.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2005/pr05229.htm) bzw. [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06293.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06293.htm); Presseveröffentlichung 07/26 „IMF Executive Board Completes Sixth Review Under Tanzania’s PRGF Arrangement and Approves a Three-Year Policy Support Instrument“ unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0726.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0726.htm) sowie Presseveröffentlichungen 06/14 „IMF Executive Board Completes Final Review of Uganda’s PRGF Arrangement and Approves 16-Month Policy Support Instrument“ und 06/281 „IMF Executive Board Completes the First Review Under the Policy Support Instrument for Uganda and Approves a New Three-Year Policy Support Instrument“ unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr0614.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr0614.htm) bzw. [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06281.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06281.htm).

Länder erhoben werden, werden vorbehaltlich der Verfügbarkeit der von Mitgliedsländern bereitgestellten Subventionsmittel subventioniert. Der subventionierte Zinssatz beträgt 0,5 Prozent pro Jahr.

Im Geschäftsjahr 2007 billigte das Exekutivdirektorium Nothilfe im Rahmen der EPCA für den Libanon in Höhe von 50,8 Mio. SZR, während die Zentralafrikanische Republik sowie Haiti ihre EPCA-Kredite in einem Gesamtbetrag von 33 Mio. SZR vorzeitig zurückzahlten. Mit Stand vom 30. April 2007 hatten zwei Länder, Irak und Libanon, ausstehende EPCA-Kredite in Höhe von 347,9 Mio. SZR. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden keine neuen ENDA-Kredite vergeben. Während des Geschäftsjahres 2007 zahlte Malawi ENDA-Kredite in Höhe von insgesamt 8,7 Mio. SZR zurück. Drei Länder – Grenada, die Malediven und Sri Lanka – hatten Ende April 2007 ausstehende ENDA-Kredite in Höhe von insgesamt 111,5 Mio. SZR.

### Überprüfung von Rolle und Instrumenten des IWF

Im Geschäftsjahr 2007 überprüfte das Exekutivdirektorium auf der Grundlage einer IEO-Evaluierung die Beratungsarbeit des IWF in Bezug auf die Verwendung der Hilfe an Afrika südlich der Sahara. Es erörterte außerdem die Ergebnisse und den Wert der Ex-post-Beurteilungen und verglich die Leistung der Länder mit vorbeugenden Vereinbarungen mit der Leistung von Ländern, die Vereinbarungen hatten, in denen sie Finanzhilfe bezogen. Das Direktorium beantragte ferner zusätzliche Grundsatzpapiere, um die Rolle des IWF in einkommensschwachen Ländern klarer zu definieren.

### Der IWF und Hilfe an Afrika südlich der Sahara

Im März 2007 erörterte das Exekutivdirektorium die IEO-Evaluierung über den IWF und die Hilfe an Afrika südlich der Sahara.<sup>50</sup> Der Bericht bestätigte die fortlaufende Verbesserung der makroökonomischen Leistung in der Region im Zeitraum 1999–2005 und führte diese Verbesserung teilweise auf die Beratung und die Maßnahmen des IWF, einschließlich Schuldenerleichterung, und teilweise auf die Maßnahmen der Behörden sowie exogene Faktoren zurück. Der Bericht verwies jedoch auch auf Bereiche, in denen weitere Verbesserungen erforderlich sind, darunter die Rolle des IWF bei der Armutsbekämpfung, die Mobilisierung von Hilfe, die Entwicklung von alternativen Szenarien zur Verwirklichung der MDGs

sowie die Umsetzung der Analyse der Armutseffekte und sozialen Auswirkungen. Das IEO stellte fest, dass der IWF-Stab aufgrund von Meinungsverschiedenheiten der Exekutivdirektoren über die Rolle und Geschäftspolitik des IWF in einkommensschwachen Ländern keine klaren Leitlinien für die Arbeit in diesen Bereichen erhalten hat und dass die Geschäftsführung und das Direktorium mehr zur Beilegung dieser Meinungsunterschiede hätten tun sollen. Der Bericht verwies außerdem auf einen Widerspruch zwischen der Darstellung von Hilfe und Armutsbekämpfung in der Öffentlichkeitsarbeit des IWF einerseits und der Praxis in den einkommensschwachen Ländern andererseits.

Das IEO gab die folgenden Empfehlungen ab: (1) Das Exekutivdirektorium sollte die IWF-Grundsätze für makroökonomische Leistungskriterien in folgenden Bereichen klären: Einsatzmöglichkeiten für zusätzliche Entwicklungshilfe, Mobilisierung von Hilfe, Alternativszenarien, Analyse der Armutseffekte und sozialen Auswirkungen sowie Haushaltsrahmen, die den Armen zugute kommen und Wachstum fördern. (2) Die IWF-Geschäftsführung sollte transparente Verfahren einführen, um die Umsetzung der geklärten Politikleitlinien zu überwachen und zu evaluieren, unter anderem in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Weltbank, und sie sollte sicherstellen, dass die Kommunikationsarbeit der Institution mit der Geschäftspolitik und -tätigkeit des Fonds übereinstimmt. (3) Die Geschäftsführung sollte zudem ihre Erwartungen an die Vertreter und Delegationsleiter des IWF vor Ort in Bezug auf die Interaktion mit lokalen Gebergruppen und der Zivilgesellschaft verdeutlichen sowie die für sie verfügbaren Mittel klarstellen.

In ihrer Diskussion über den IEO-Bericht zeigten sich die Exekutivdirektoren ermutigt durch die Verbesserungen in der makroökonomischen Entwicklung der Region Afrikas südlich der Sahara. Sie stellten fest, dass die HIPC-Initiative und die MDRI zu einem beträchtlichen Rückgang in den schuldenbezogenen Schwachstellen und in den Schuldendienstkosten geführt haben. Die Exekutivdirektoren stellten außerdem Verbesserungen in der Hilfe des IWF an die einkommensschwachen Länder fest. Sie vertraten die Auffassung, dass der IWF bei der Arbeit in den einkommensschwachen Ländern den Schwerpunkt weiterhin auf sein Kernmandat legen sollte und dass der Fonds keine Koordinierungsrolle bei der Mobilisierung von Hilfe einnehmen sollte. Sie bestätigten außerdem, dass die Verteilungspolitik außerhalb des

<sup>50</sup> Der Bericht des IEO und die Presseveröffentlichung sowie die Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache finden sich unter [www.ieo-imf.org/eval/complete/eval\\_03122007.html](http://www.ieo-imf.org/eval/complete/eval_03122007.html).

Kernmandats des IWF liegt, und betonten die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit des IWF mit den Entwicklungspartnern, insbesondere der Weltbank, zu verbessern, um sicherzustellen, dass diese Aspekte bei der Hilfe an die Länder zur Entwicklung ihrer makroökonomischen Politik berücksichtigt werden. Viele Exekutivdirektoren vertraten die Auffassung, dass der Stab bereitstehen sollte, Alternativszenarien in Bezug auf die Aufstockung der Entwicklungshilfe zu entwickeln, die meisten Direktoren entgegneten jedoch, dass eine normative Beratung außerhalb des IWF-Mandats liegt. Sie waren der Meinung, dass sich die Rolle des IWF auf die Bewertung beschränken sollte, ob zusätzliche Hilfeströme mit der makroökonomischen Stabilität und der Absorptionsfähigkeit des betreffenden Landes in Einklang stehen. Das Direktorium unterstützte die Empfehlung des Berichts, die IWF-Grundsätze weiter zu klären, und es forderte den Stab auf, in diesem Bereich konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Die IWF-Geschäftsführung legte dem Direktorium Anfang des Geschäftsjahres 2008 einen Plan für die Umsetzung der vom Direktorium bestätigten Empfehlungen vor.

### Ex-post-Beurteilungen

Ex-post-Beurteilungen (Ex Post Assessments – EPAs) bieten dem IWF die Möglichkeit, über die laufenden längerfristigen Programmverpflichtungen mit dem betreffenden Mitgliedsland hinauszublicken und die Gesamtstrategie zu überdenken sowie Lehren für zukünftige Programme zu ziehen. Im Mai 2006 erörterte das Exekutivdirektorium einen Bericht des IWF-Stabs zu diesem Thema mit dem Titel „Review of Ex Post Assessments and Issues Relating to the Policy on Longer-Term Program Engagement“.<sup>51</sup> Bis zum 15. Mai 2006 waren 57 Mitglieder als Länder mit längerfristiger Programmverpflichtung eingestuft worden, von denen mehr als 80 Prozent einkommensschwache Länder waren, und 42 EPAs waren abgeschlossen worden. Der IWF führte die EPAs im Jahr 2003 als Reaktion auf den IEO-Bericht über Länder mit überlanger Inanspruchnahme von IWF-Mitteln ein, da Grund zu der Sorge bestand, dass eine längerfristige Programmverpflichtung in einigen Fällen ein Anzeichen für unzureichende Fortschritte bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme des betreffenden Mitglieds sowie für mangelnde Effektivität IWF-gestützter Programme sein kann. Außerdem wurde die Sorge geäußert, dass eine längerfristige Programmverpflichtung den Aufbau

heimischer Institutionen behindern, die Glaubwürdigkeit des Fonds unterwandern und die Mittel für andere Mitglieder mit Unterstützungsbedarf reduzieren kann.

In ihrer Diskussion im Mai 2006 erörterten die Exekutivdirektoren die Ergebnisse von 32 EPA-Berichten, die bis Ende August 2005 abgeschlossen waren.<sup>52</sup> In den meisten Fällen stellten die EPAs fest, dass die in den IWF-gestützten Programmen entwickelten Politikmaßnahmen mit den vielfältigen makroökonomischen und strukturellen Herausforderungen in Einklang standen, mit denen die Mitglieder mit längerfristiger Programmverpflichtung konfrontiert waren, und dass die IWF-Arbeit die institutionelle Entwicklung der Mitglieder nicht unterwandert hat. Das Direktorium wies jedoch darauf hin, dass in mehreren EPAs die Konzeption der Strukturreformen hinsichtlich Umfang und Anzahl der strukturpolitischen Auflagen kritisiert wird, und es betonte, dass die Anstrengungen zur Straffung der Konditionalität fortgesetzt werden sollten.

Das Direktorium ließ verlauten, dass die EPAs im Großen und Ganzen ihren Zweck erfüllt haben und ein wichtiger institutioneller Mechanismus bleiben, um Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und die Lernkultur im IWF zu fördern. Sie könnten jedoch noch verbessert werden, wenn sie selektiver vorgehen und den Schwerpunkt auf einige wenige wichtige Themen legen. Die Exekutivdirektoren schlugen vor, die Gründe für Programmterfolg und -misserfolge sowie mögliche Ausstiegsstrategien in den EPAs systematisch zu analysieren, und sie kamen überein, dass der Stab Geber, externe Experten und Länderbehörden vorbehaltlich der Haushaltslage und unter Wahrung der Vertraulichkeit der Informationen stärker zurate ziehen sollte.

### Vorbeugende Vereinbarungen

Im Mai 2006 erörterte das Direktorium außerdem eine Studie des IWF-Stabs, in der vorbeugende Programme mit Kreditprogrammen verglichen werden, bei denen die Schuldnerländer Ziehungen vornehmen wollen. Das Direktorium hatte die Studie beantragt um festzustellen, ob es systematische Unterschiede in Bezug auf Programmgrundsätze, Konditionalität oder makroökonomische Ergebnisse gibt, und falls dies der Fall ist, ob diese Unterschiede auf die Art des Programms oder auf die Umstände, die das betreffende Mitglied zur Beantragung der IWF-Unterstützung veranlasst haben, zurückzuführen sind. Die Exekutivdirektoren waren sich einig, dass Programme mit

51 Der Bericht findet sich auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/pp/eng/2006/032006R.pdf](http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2006/032006R.pdf). Die Zusammenfassung der Direktoriums-aussprache findet sich in PIN 06/96 auf der CD-ROM sowie auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0696.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0696.htm).

52 Diese EPAs wurden für folgende Länder durchgeführt: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Äthiopien, Benin, Bolivien, Bulgarien, Gambia, Georgien, Guinea, Guinea-Bissau, Honduras, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Kirgisische Republik, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mali, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Mosambik, Niger, Peru, Rumänien, Sambia, Sierra Leone, Tschad, Uganda, Uruguay und Vietnam.

Ziehungen wahrscheinlich häufiger von Mitgliedern beantragt werden, die eine schwächere makroökonomische Leistung vorlegen, während vorbeugende Programme häufiger von Mitgliedern beantragt werden, die stärkere makroökonomische Eckdaten aufweisen, aber Unsicherheiten gegenüberstehen.<sup>53</sup> Die Direktoren wiesen außerdem darauf hin, dass die Mitglieder vorbeugende Programme nutzen, um den Finanzmärkten Signale über ihre Wirtschaftspolitik zu senden. Im ersten Programmjahr war das Produktionswachstum bei Mitgliedern mit vorbeugenden Programmen wesentlich höher und die Inflation viel niedriger als in Mitgliedersländern mit Programmen, die zu Ziehungen berechtigen. Diese Unterschiede waren den Direktoren zufolge jedoch hauptsächlich auf die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zurückzuführen. Die Exekutivdirektoren begrüßten die Studien über die Marktreaktionen auf IWF-gestützte Programme. Daraus ging hervor, dass sich die Zinsaufschläge nicht ausweiteten, wenn Mitglieder ein vorbeugendes Programm beantragten. Dies legt den Schluss nahe, dass die Finanzmärkte diese Programme nicht mit einem Stigma belegen.

Die Exekutivdirektoren vertraten unterschiedliche Auffassungen zu der Frage, inwieweit vorbeugende Vereinbarungen den Mitgliedern helfen, IWF-gestützte Programme erfolgreich abzuschließen. Sie ließen verlauten, dass alle IWF-gestützten Programme darauf abzielen sollten, einen erfolgreichen Abschluss der IWF-Finanzierung zu erreichen. Die Exekutivdirektoren waren sich einig, dass vorbeugende Programme ein überaus nützliches Element im Instrumentarium des IWF sind, da sie den Maßnahmen des IWF zur Unterstützung der Politikmaßnahmen der Behörden Glaubwürdigkeit verleihen und die wirtschaftspolitische Disziplin stärken. Viele Exekutivdirektoren waren außerdem der Auffassung, dass diese Programme ein gut kalibriertes Signal über das Engagement der Behörden an die Finanzmärkte senden. Ein Vergleich der wirtschaftspolitischen Ziele und Auflagen zwischen vorbeugenden und nicht-vorbeugenden Programmen ließ viele Exekutivdirektoren darauf schließen, dass die IWF-Geschäftspolitik einheitlich angewendet wird.

*53 PIN 06/94, die die vollständige Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache enthält, findet sich auf der CD-ROM und auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0694.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0694.htm).*

# *Kapitel 4*



## *Kapitel 4 Kapazitätsaufbau: technische Hilfe und Ausbildung*

Die technische Hilfe und Ausbildung, die der IWF auf Antrag der Mitgliedsländer bietet, soll den Mitgliedern helfen, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie mit ihrem Beitritt zum IWF eingehen. Dabei geht es darum, eine Politik zu verfolgen, die finanzielle und makroökonomische Stabilität, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und geordnete Wechselkursregelungen fördert, und dem IWF zeitnahe, genaue und qualitativ hochwertige Daten über ihre Volkswirtschaft zuzuleiten. Technische Hilfe und Ausbildung sollen die Mitgliedsländer außerdem in die Lage versetzen, die Empfehlungen umzusetzen, die sich aus den Artikel-IV-Konsultationen des IWF ergeben (siehe Kapitel 2). Das Exekutivdirektorium des IWF, das die technische Hilfe und Ausbildung des Fonds regelmäßig überprüft, legt deshalb zunehmend Wert darauf, dass der Kapazitätsaufbau auf die Überwachungs- und Programmarbeit des IWF zugeschnitten und darin integriert wird.

Der IWF bietet technische Hilfe und Ausbildung vor allem in den Kerngebieten seiner Fachkompetenz. Dazu zählen makroökonomische Politik, Steuer- und Einnahmenverwaltung, Verwaltung der öffentlichen Ausgaben, Geldpolitik, Wechselkurssysteme, Finanzsektorreformen sowie Wirtschafts- und Finanzstatistik. In den letzten Jahren haben die Mitgliedsländer außerdem zunehmend technische Hilfe in anderen Bereichen beantragt: die Überwachung von Offshore-Finanzzentren, die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, die Verbesserung der öffentlichen Investitionen, die Steuerung der fiskalischen Risiken von Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft und die Annahme internationaler Standards und Kodizes im Statistikwesen sowie in der Finanzwirtschaft und im Haushaltsvollzug. Ein weiterer Punkt ist die Bekämpfung von Schwachstellen, die im Rahmen des von IWF und Weltbank gemeinsam durchgeführten Programms zur Bewertung des Finanzsektors aufgedeckt werden, sowie die Erstellung von Schulden-tragfähigkeitsanalysen.

Das Volumen an technischer Hilfe und Ausbildung, das der IWF den Mitgliedsländern direkt bereitstellt, hat sich in den letzten fünf Jahren aufgrund der Ausweitung der regionalen Zentren für technische Hilfe und Ausbildung erhöht. Unter Einschluss der Management- und Verwaltungskosten beträgt die technische Hilfe heute etwa 24 Prozent des Verwaltungshaushalts des IWF. Die Nachfrage nach technischer Hilfe und Ausbildung übersteigt aber trotzdem die Angebotskapazitäten des IWF, insbesondere angesichts der zunehmend angespannten Finanzlage des Fonds. Den Initiativen, die die Kernziele des IWF unterstützen, wird deshalb Priorität eingeräumt.

Die technische Hilfe des IWF wird hauptsächlich durch die Abteilung Geld- und Kapitalmärkte, die Abteilung Fiskalpolitik, die Abteilung Statistik und die Abteilung Recht bereitgestellt. Für die Grundsatzpolitik und Koordinierung der technischen Hilfe ist der Ausschuss für Kapazitätsaufbau zuständig, der dabei durch das Büro für das Management der technischen Hilfe unterstützt wird und andere IWF-Abteilungen zurate zieht. Der Ausschuss für Kapazitätsaufbau hat im Rahmen der mittelfristigen Strategie des IWF den Auftrag sicherzustellen, dass die IWF-Initiativen auf diesem Gebiet den Länderbedürfnissen entsprechen, mit anderen Anbietern koordiniert werden und sich auf angemessene Grundsätze stützen. Das Büro für das Management der technischen Hilfe andererseits ist dafür zuständig, externe Finanzmittel für die Arbeit im Bereich der technischen Hilfe und der Politikunterstützung aufzubringen und zu verwalten. Die Ausbildung erfolgt hauptsächlich im IWF-Institut, wo Seminare, Workshops und sonstige Ausbildungsmaßnahmen, oft in Zusammenarbeit mit anderen IWF-Abteilungen, für Länderbedienstete veranstaltet werden.

Der IWF ist sich der Tatsache bewusst, dass der Kapazitätsaufbau in den Entwicklungsländern von entscheidender Bedeutung ist. Er hat deshalb im Geschäftsjahr 2007 in Gabun ein regionales Zentrum für technische Hilfe eingerichtet, um die Länder Zentralafrikas zu unterstützen. Es handelt sich dabei um das dritte Zentrum dieser Art in Afrika und um das Sechste weltweit (Kasten 4.1). In Indien wurde außerdem das siebte Regionale Ausbildungszentrum gegründet.

## Technische Hilfe

Der IWF kann zwar dabei helfen, Handlungsbedarf aufzudecken, die Mitgliedsländer entscheiden jedoch selbst über die Anträge auf technische Hilfe. Der größte Teil der technischen Hilfe wird kostenlos erteilt. Unabhängig davon, ob die technische Hilfe durch Stabsbesuche von der Zentrale, kurzfristige Experteneinsätze, langfristige Berater vor Ort oder regionale Zentren bereitgestellt wird, ist das Empfängerland immer umfassend an der Auswahl, Umsetzung, Überprüfung und Evaluierung der erhaltenen Hilfe beteiligt. Dieser kooperative Ansatz stärkt die Reformbereitschaft der Länder.

Neunzig Prozent der technischen Hilfe des IWF wird an Länder mit niedrigem Einkommen und Länder im unteren Bereich mittlerer Einkommen vergeben (Tabelle 4.1), um



*Regionales Ausbildungszentrum für Lateinamerika*

#### Kasten 4.1 Regionale Zentren für technische Hilfe

Die Regionalen Zentren für technische Hilfe (Regional Technical Assistance Center – RTAC) werden gemeinsam vom IWF, den Empfängerländern sowie bilateralen und multilateralen Gebern getragen. Die finanzielle Unterstützung kommt von Gebern und in vielen Fällen von den Empfängerländern selbst sowie vom IWF. Die Gastregierungen stellen häufig Sachleistungen bereit.

Die RTACs wurden ursprünglich eingerichtet, um kleinen Inselstaaten technische Hilfe zu leisten, da die Hilfe der einzelnen Geber, einschließlich des IWF, nicht ausreichte, um die Anträge dieser Länder zu erfüllen. Das erste RTAC wurde 1993 im Pazifik gegründet und unterstützte 15 Inselstaaten. Da es erfolgreich war, folgten rasch weitere RTACs, und heute gibt es weltweit sechs RTACs.

Das RTAC in der Karibik (CARTAC), das 2003 gegründet wurde, unterstützt 20 Länder. Das AFRITAC für Ostafrika, das 2002 in Daressalam, Tansania, gegründet wurde, und das 2003 in Bamako, Mali, eingerichtete AFRITAC für Westafrika unterstützen zusammen 17 Länder. Das neue AFRITAC für Zentralafrika, das im Geschäftsjahr 2007 in Libreville, Gabun, eröffnet wurde, unterstützt die sechs Länder der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC) – Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, die Republik Kongo, Tschad und die Zentralafrikanische Republik – sowie Burundi und die Demokratische Republik Kongo. Das RTAC für den Nahen Osten wurde 2004 gegründet und unterstützt zehn Länder und Territorien in dieser Region, wobei sich das Hauptaugenmerk auf technische Hilfe in Bezug auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Konfliktfolgezeit richtet.

Die zunehmende Ausrichtung auf die regionalen Dimensionen der technischen Hilfe des IWF steht in Einklang mit der Ausweitung der regionalen Überwachungstätigkeit des IWF, da die Handels- und Finanzintegration – und damit die Möglichkeit von Übertragungswirkungen – zunimmt. Die RTACs erleichtern außerdem die Koordinierung mit anderen Anbietern von technischer Hilfe, fördern den

regionalen Erfahrungsaustausch und stärken die Entwicklung von regionalen Expertennetzwerken. Das Exekutivdirektorium kam in seiner Überprüfung der RTACs im Geschäftsjahr 2006 zu dem Schluss, dass sie eine nützliche Ergänzung zum IWF-Programm für technische Hilfe sind und dass ihre Präsenz vor Ort große Vorteile mit sich bringt, insbesondere die Stärkung der Eigenverantwortung der Länder für ihre Technische-Hilfe-Programme sowie eine schnelle und flexible Bereitstellung der technischen Hilfe.

Das Volumen der durch die RTACs bereitgestellten technischen Hilfe ist in Personenjahren gemessen seit dem Geschäftsjahr 2002 in jedem Jahr gestiegen, und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur gesamten technischen Hilfe des IWF (siehe CD-Tabelle 4.1 auf der CD-ROM). Seit der Einrichtung der AFRITACs für Ost- und Westafrika ist das jährliche Gesamtvolumen an technischer Hilfe und Ausbildung, das der IWF für Afrika südlich der Sahara bereitstellt, um fast 30 Prozent gestiegen.

Das Personal der RTACs besteht aus Expertenteams vor Ort, die durch kurzfristig eingesetzte Spezialisten ergänzt werden. Sie bieten Hilfe beim Kapazitätsaufbau durch Beratungsdienste und Ausbildung in den Kernbereichen der IWF-Expertise, einschließlich Schuldenmanagement, Finanzsektorpolitik, Einnahmenverwaltung, öffentliche Finanzwirtschaft sowie makroökonomische Statistik. Die Lenkungsausschüsse, die die RTACs leiten, bestimmen die strategische Richtung der Zentren und überprüfen die laufenden Arbeitspläne. Dabei fördern sie das Bekenntnis der Länder zu den Zentren sowie die durch die Zentren bereitgestellte technische Hilfe. Das CARTAC ist ein Projekt des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, in dem der IWF einer der Träger ist, die anderen Zentren sind Teil der IWF-Geschäftstätigkeit, für die der IWF Finanzmittel von Gebern mobilisiert.

Nähere Einzelheiten über die Länder, die durch die RTACs unterstützt werden, sowie über die Geber für die einzelnen RTACs und die Expertisebereiche der Vor-Ort-Berater finden sich auf der CD-ROM in CD-Tabelle 4.2.

ihnen beim Aufbau der Institutionen und Kapazitäten zu helfen, die zur Umsetzung wachstumsfördernder Politikmaßnahmen erforderlich sind. Die Trends der im Geschäftsjahr 2007 erteilten technischen Hilfe werden in Tabelle 4.2. zusammengefasst.

Die direkte Finanzierung der technischen Hilfe, der Aufsicht sowie der administrativen und sonstigen Kosten erfolgt durch den Verwaltungshaushalt des Fonds. Bilaterale und multilaterale Geber leisten ebenfalls großzügige Finanzhilfe, die etwa 26 Prozent der direkten Kosten abdeckt. Diese Zusammenarbeit mit externen Gebern erhöht die Wirkung der internen für technische Hilfe bereitgestellten Mittel und vermeidet Doppelarbeit.

Im Geschäftsjahr 2006 bestätigte das Direktorium die Vorschläge der Arbeitsgruppe für technische Hilfe zu der Frage, wie die Empfehlungen des im Geschäftsjahr 2005 vorgelegten Berichts des Unabhängigen Evaluierungsbüros über die technische Hilfe des IWF am besten umgesetzt

**Tabelle 4.1 Technische Hilfe nach Ländereinkommensgruppe, GJ 2007**

(Vor Ort durchgeführte Hilfe in Personenjahren)<sup>1</sup>

Ländereinkommensgruppe	Personenjahre insgesamt	Prozent der Hilfe insgesamt
Niedriges Einkommen	64,2	33,4
Unterer Bereich mittleren Einkommens	114,8	59,8
Oberer Bereich mittleren Einkommens <sup>2</sup>	8,8	4,6
Hohes Einkommen <sup>2</sup>	4,2	2,2
<b>Insgesamt</b>	<b>192,1</b>	<b>100,0</b>

<sup>1</sup> Ein effektives Personenjahr technischer Hilfe beträgt 260 Tage.

<sup>2</sup> Umfasst hauptsächlich regionale Seminare und Workshops, in Ländern im oberen Bereich mittlerer Einkommen und in Ländern mit hohem Einkommen, an denen Bedienstete aus Ländern mit niedrigem Einkommen und im unteren Bereich mittlerer Einkommen teilnehmen.

werden können.<sup>54</sup> Im Anschluss daran entwickelte der IWF eine mittelfristige Strategie, die den Bedarf der Länder an technischer Hilfe sowie die dafür bereitgestellten Mittel nach ihren Prioritäten in das Haushaltsverfahren des IWF integriert. Außerdem nimmt die IWF-Strategie zur technischen Hilfe zunehmend eine regionale Perspektive

**Tabelle 4.2 Bereitstellung und Quellen der technischen Hilfe, GJ 2005-07**

(In effektiven Personenjahren)<sup>1</sup>

	GJ 2005	GJ 2006	GJ 2007
<b>IWF-Verwaltungshaushalt</b>	<b>283,4</b>	<b>337,6</b>	<b>325,1</b>
<b>Externe Mittel</b>	<b>97,1</b>	<b>87,3</b>	<b>113,3</b>
<b>Mittel insgesamt</b>	<b>380,6</b>	<b>424,9</b>	<b>438,4</b>
<b>Regionale Bereitstellung</b>	<b>301,4</b>	<b>288,4</b>	<b>308,3</b>
Afrika	86,9	82,4	90,4
Asien und Pazifik	68,2	58,5	62,7
Europa	34,5	37,1	34,6
Naher Osten und Zentralasien	45,1	61,0	54,2
Westliche Hemisphäre	32,7	37,5	48,2
Regional und interregional	33,9	11,9	18,2
<b>Management und Verwaltung<sup>2</sup></b>	<b>79,2</b>	<b>136,5</b>	<b>130,1</b>
<b>Hilfe insgesamt</b>	<b>380,6</b>	<b>424,9</b>	<b>438,4</b>
<b>Hilfe insgesamt nach Abteilung</b>	<b>380,6</b>	<b>424,9</b>	<b>438,4</b>
Abteilung Fiskalpolitik	99,5	100,2	116,9
Abteilung Geld- und Kapitalmärkte <sup>3</sup>	127,0	125,7	117,0
Abteilung Statistik	53,1	54,3	56,3
IWF-Institut	57,0	76,4	78,4
Abteilung Recht	23,5	20,0	26,0
Sonstige Abteilungen <sup>4</sup>	20,4	48,3	43,8

Quelle: IWF-Abteilung für das Management der technischen Hilfe.

Hinweis: Einige Daten wurden rückwirkend an neue Definitionen angepasst.

<sup>1</sup> Ein effektives Personenjahr an technischer Hilfe umfasst 260 Tage.

<sup>2</sup> Indirekte technische Hilfe, darunter Grundsatzfragen, Management, Evaluierung und sonstige mit technischer Hilfe zusammenhängende Aktivitäten.

<sup>3</sup> In den Geschäftsjahren 2005 und 2006 wurde die technische Hilfe von der Abteilung für Währungs- und Finanzsysteme bereitgestellt. Im Geschäftsjahr 2007 wurde diese Abteilung mit der Abteilung für internationale Kapitalmärkte zur Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte zusammengeschlossen.

<sup>4</sup> Enthält die Abteilung Grundsatzpolitik, die Abteilung Technologie und allgemeine Dienste, das Büro für das Management der technischen Hilfe, die Abteilung Finanzen, die Abteilung Personalwesen sowie alle Länderabteilungen.

<sup>54</sup> Der Bericht der Arbeitsgruppe ist verfügbar unter [www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/071205.htm](http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/071205.htm); die Zusammenfassung der Direktoriums aussprache findet sich unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn05114.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2005/pn05114.htm).

ein, die die Synergien und Vorteile nutzt, die ein regionaler Ansatz für die technische Hilfe mit sich bringt. Mithilfe der regionalen Strategien kann der IWF auch Prioritäten setzen und flexibel auf Bedarfsänderungen und neue Umstände reagieren, indem er Mittel von einem Land in ein Nachbarland verlagert.

Der IWF wird der Forderung des Exekutivdirektoriums entsprechen und im kommenden Jahr weitere Verbesserungen an seinem Technische-Hilfe-Programm anbringen, unter anderem durch eine weitere Stärkung der Überprüfung und Evaluierung der technischen Hilfe, um ihre Effektivität und Effizienz sicherzustellen (CD-Tabelle 4.3). Andere vom Direktorium hervorgehobene Aspekte in Bezug auf das Management und die Verwaltungsführung der technischen Hilfe werden ebenfalls geprüft. Dazu gehören die Verbesserung der Kostenrechnung bei den einzelnen Tätigkeiten der technischen Hilfe, die Stärkung der Beziehungen mit den Gebern für das Technische-Hilfe-Programm des IWF (Tabelle 4.3) sowie die Mobilisierung von Hilfe durch neue Geber.

Die IWF-Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte (MCM) leistet technische Hilfe für die Durchführung der Geld- und Devisenpolitik und für andere Aspekte des Zentral-

bankwesens, für die Finanzsektoraufsicht und -regulierung, für die Entwicklung der Kapitalmärkte und anderer Finanzmärkte sowie für das staatliche Aktiv-Passiv-Management. Die Hilfe umfasst normalerweise eine Beratung der Zentralbanken und der Finanzaufsichtsbehörden, um die Institutionen und Politikmaßnahmen zu verbessern und sicherzustellen, dass sie mit internationalen Standards und Verhaltenskodizes übereinstimmen. Diese Hilfe wird normalerweise durch Stabsmitarbeiter in der IWF-Zentrale und kurzfristig eingesetzte Experten bereitgestellt, die in vielen Fällen durch Hilfe von Geldgebern finanziert werden. Die Beratungsleistungen der Abteilung MCM erfolgen auch durch langfristig eingesetzte Experten, die in den regionalen Zentren des IWF für technische Hilfe tätig sind, und können die Form von regionalen Seminaren und praktischen Workshops annehmen. Beispiele für die technische Hilfe, die die Abteilung MCM im Geschäftsjahr 2007 bereitgestellt hat, sind die Unterstützung von Nigerias Finanzsektor-Reformprogramm und Hilfe an die Zentralbank der Philippinen zur Aufdeckung von Risiken, die sich aus komplexen inländischen Mischkonzernen ergeben. Der IWF stützte sich dabei auf die für die beiden Länder durchgeführten Programme zur Bewertung des Finanzsek-

**Tabelle 4.3 Geber für die Technische-Hilfe-Programme des IWF**

	Hilfgeber
<b>Einzelbeiträge von Hilfegebern<sup>1</sup></b>	Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich
<b>Zusammenschluss von Hilfegebern</b>	
Regionale Zentren für technische Hilfe in Afrika (Ost- und Westafrika)	Afrikanische Entwicklungsbank, China, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Russland, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich
Regionales Zentrum für technische Hilfe in der Karibik	Irland, Kanada, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich, Europäische Union, Interamerikanische Entwicklungsbank, UNDP, Weltbank
Regionales Zentrum für technische Hilfe in Zentralafrika	Afrikanische Entwicklungsbank, Äquatorialguinea, Burundi, Deutschland, Frankreich, Gabun, Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Tschad, Zentralafrikanische Republik
Initiative zur Reform und Stärkung des Finanzsektors	Kanada, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Weltbank
Technische Hilfe für Irak	Australien, Indien, Italien, Kanada, Schweden, Vereinigtes Königreich
Zentrum für technische Hilfe im Nahen Osten	Ägypten, Europäische Investitionsbank, Europäische Union, Frankreich, Japan, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Oman, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate
Pazifisches Zentrum für technische Hilfe im Finanzbereich	Asiatische Entwicklungsbank, Australien, Japan, Korea, Neuseeland

<sup>1</sup> Einige Hilfegeber leisten technische Hilfe als Einzelbeiträge und im Rahmen von Zusammenschlüssen mehrerer Geber.

tors. Die Hilfe erfasste außerdem Beratertätigkeit für Costa Rica, die Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama zur Verbesserung des staatlichen Schuldenmanagements und zur Durchführung einer Studie über die zentralamerikanischen Märkte für privates Beteiligungskapital, Anleihekaptial und durch Aktiva gedeckte Wertpapiere.<sup>55</sup>

Die Abteilung Fiskalpolitik bietet einen breiten Fächer von technischer Hilfe und Ausbildung, um den Ländern zu helfen, ihre Fiskalpolitik und das öffentliche Finanzwesen zu verbessern, die Umsetzungskapazität zu stärken und die IWF-Überwachung zu unterstützen. Im Geschäftsjahr 2007 leistete die Abteilung Fiskalpolitik zum Beispiel Beratungsdienste zur Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung in China, Mexiko und der Türkei, sie beriet die zentralamerikanischen Länder im Hinblick auf eine Verbesserung der Koordinierung ihrer Steuerpolitik und -verwaltung sowie die Entwicklung des Rechtsrahmens für eine regionale Zollunion, sie unterstützte eine Reihe von Ländern in der Konfliktfolgezeit, darunter Afghanistan, Libanon, Liberia und Sudan, beim Wiederaufbau ihrer Einnahmenverwaltung, sie veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem AFRITAC für Ostafrika und dem Privatsektor ein Seminar über die Verbesserung der Dienstleistungen für Steuerzahler und Appelle zur Verbesserung der Steuermoral, sie überprüfte die Steuerpolitik in mehreren Ländern, darunter das jüngste IWF-Mitglied Montenegro, sie bewältigte eine beträchtliche Steigerung in der Nachfrage nach Beratung hinsichtlich der Besteuerung der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft in einer Reihe von rohstoffreichen Ländern in Afrika, Asien und Südamerika und sie lieferte Beratungsdienste in den Bereichen öffentliche Finanzwirtschaft, Rentenreform, fiskalpolitische Verantwortung sowie Rationalisierung der Ausgaben. Die Abteilung Fiskalpolitik veranstaltet und besucht Konferenzen, Seminare und Workshops, die auf bestimmte Länder abzielen, und arbeitet dabei mit anderen Institutionen zusammen. So fand zum Beispiel im März 2007 in Budapest eine große Informationsveranstaltung für europäische Länder zu der Frage statt, wie die öffentlichen Investitionen verbessert werden können und wie die Risiken, die sich aus Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft ergeben, am besten zu bewältigen sind.



*Professor Guillermo Calvo leitet ein Seminar im IWF-Institut*

Das Technische-Hilfe-Programm der Abteilung Statistik fördert international akzeptierte Datenstandards, wobei der Schwerpunkt auf regionale Projekte und die Zusammenarbeit mit anderen Gebern und Anbietern gelegt wird. Im Geschäftsjahr 2007 leistete die Abteilung Statistik technische Hilfe und Ausbildung für einen breiten Fächer von Mitgliedsländern, um das Statistikwesen in diesen Ländern nachhaltig zu verbessern. Die Statistikerarbeit der RTACs ist inzwischen vollständig in das Kapazitätsaufbauprogramm der Abteilung Statistik integriert worden. Die Abteilung Statistik führte deshalb im Laufe des Jahres 431 Delegationsreisen für technische Hilfe durch, 157 davon in afrikanische Länder. Die Abteilung veranstaltete außerdem in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im IWF-Institut und in den regionalen Ausbildungszentren des IWF 42 Ausbildungskurse über makroökonomische Statistik.

Die Rechtsabteilung des IWF unterhielt im Laufe des Jahres ein aktives Technische-Hilfe-Programm, um den Mitgliedsländern bei der Stärkung ihrer Rechtsrahmen zu helfen. Dabei ging es insbesondere um das Finanzsystem, die Steuer- und Haushaltsverwaltung sowie die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT). Die Nachfrage der Mitgliedsländer nach Beratung blieb in den zentralen Rechtsgebieten (Bankwesen, Zentralbankwesen und Steuern) zwar hoch, es entstanden jedoch auch neue Schwerpunkte wie Versicherungswesen,

<sup>55</sup> Der Kapazitätsaufbau umfasst zwar nach wie vor einen beträchtlichen Teil der von der Abteilung MCM bereitgestellten technischen Hilfe, der Schwerpunkt wird jedoch zunehmend auf Hilfe in komplexeren und spezialisierteren Bereichen gelegt. Dazu gehören direkte Inflationssteuerung, empirisch gestützte Stresstest-Modelle sowie Portfolio-Management für den öffentlichen Sektor.

Einlagenversicherung, bankähnliche Finanzinstitute sowie islamisches Bankwesen. Durch die Konsolidierung der AML/CFT-Tätigkeiten in der Rechtsabteilung wurde diese Abteilung der größte multilaterale Anbieter von technischer Hilfe im Bereich AML/CFT. Die Unterstützung in diesem Bereich umfasst Politikberatung, Rechtsetzung sowie Anleitungen für den Aufbau und die Stärkung von Zentralstellen für Verdachtsanzeigen (Financial Intelligence Unit – FIU) und anderen Institutionen und Aufsichtsmechanismen. Außerdem wurden Ausbildungsmaßnahmen durchgeführt für Bedienstete von FIUs, Finanzaufsichtsbehörden, Finanz- und Justizministerien sowie FATF-ähnlichen regionalen Gremien, um ihre Fähigkeiten zu verbessern, hochrangige gegenseitige Beurteilungen vorzunehmen. (Siehe Kapitel 2 für weitere Informationen zum AML/CFT-Bereich.)

### **Ausbildungsangebot des IWF-Instituts**

Das IWF-Institut bildet in Zusammenarbeit mit anderen IWF-Abteilungen Bedienstete aus den Mitgliedsländern in vier Kernbereichen aus: makroökonomische Steuerung, Finanzsektorpolitik, Erstellung der öffentlichen Haushalte sowie Zahlungsbilanz. Thema der Ausbildung ist dabei auch, wie das Statistikwesen sowie der Rechts- und Verwaltungsrahmen in diesen Bereichen verbessert werden kann. Mehr als drei Viertel der Ausbildungsmaßnahmen fließen in einkommensschwache Länder und Länder im unteren Bereich mittlerer Einkommen. Die Programme des Instituts machen etwa drei Viertel der Ausbildungsmaßnahmen aus, die der IWF für Staatsbedienstete anbietet, einschließlich der Ausbildung, die in den regionalen Zentren für technische Hilfe durchgeführt wird.

Das IWF-Institut bot im Geschäftsjahr 2007 288 Kurswochen an und führte mehr als 9 400 Teilnehmerwochen an Ausbildung durch (CD-Tabelle 4.4 auf der CD-ROM). Die Zahl der Kurswochen stieg gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Prozent, während die Zahl der Teilnehmerwochen leicht zurückging. Dies ist auf die normale jährliche Schwankung in der durchschnittlichen Klassengröße zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde das Gemeinsame Ausbildungsprogramm von Indien und IWF (Joint India-IMF Training Program – ITP) eröffnet, das Siebte im Netzwerk

der regionalen Ausbildungszentren des IWF-Instituts (CD-Tabelle 4.5 auf der CD-ROM). Das ITP konzentriert sich hauptsächlich auf die Ausbildung von indischen Staatsbediensteten, lässt jedoch auch Bedienstete von anderen Ländern in Südasien und Ostafrika zu.

Ein beträchtliches Maß an Kofinanzierung von lokalen Trägern und anderen Gebern hat zu einer Ausweitung der regionalen Ausbildungszentren geführt und in den letzten zehn Jahren eine 50-prozentige Erhöhung der Ausbildungstätigkeit des IWF-Instituts ermöglicht. Der Anteil der regionalen Ausbildungszentren am Ausbildungsprogramm des IWF-Instituts liegt inzwischen bei 50 Prozent. Die Ausbildung in diesen Zentren hat noch weitere Vorteile: Die Kurse können besser auf die regionalen Bedürfnisse zugeschnitten werden und fördern die Zusammenarbeit innerhalb der Regionen.

Die Ausbildung in der IWF-Zentrale spielt nach wie vor eine wichtige Rolle und machte im Geschäftsjahr 2007 etwa ein Drittel der Teilnehmerwochen aus. Das Programm der Zentrale konzentriert sich hauptsächlich auf längere Kurse, die sich aufgrund der erforderlichen IWF-Mitarbeiter weniger für regionale Zentren eignen, es enthält jedoch auch einige kürzere Kurse, die das IWF-Institut nur schwer in den einzelnen regionalen Ausbildungszentren anbieten kann. Die übrigen Ausbildungsmaßnahmen fanden in Übersee außerhalb des regionalen Netzwerks statt, zum großen Teil im Rahmen der laufenden Zusammenarbeit zwischen dem IWF-Institut und regionalen Institutionen sowie durch Fernunterricht.

Die angespannte Haushaltslage des IWF macht es immer schwerer, den Ausbildungsbedarf der Mitgliedsländer zu decken und den Lehrplan auf dem neuesten Stand zu halten. Das IWF-Institut hat darauf mit einer Erhöhung der Arbeitsbelastung und einer Senkung der Kosten reagiert, und Kofinanzierung durch Ausbildungspartner und andere Geber spielt ebenfalls eine immer größere Rolle.

Das Ausbildungsprogramm des IWF-Instituts wird regelmäßig überprüft, um sicherzustellen, dass es den sich weiterentwickelnden Anforderungen der Mitgliedsländer entspricht und neue IWF-Initiativen unterstützt.

*Kapitel 5*



## *Kapitel 5 Verwaltungsführung, Organisation und Finanzen*

Die mittelfristige Strategie des Fonds fordert eine Reihe von Reformen in der Verwaltungs- und Geschäftsführung des IWF. Dazu gehören die Anpassung der Quoten an die wirkliche Bedeutung der Mitglieder in der Weltwirtschaft, die Stärkung von Kommunikation und Transparenz, die Einbettung der in der mittelfristigen Strategie aufgeführten Prioritäten in einen leistungsorientierten mittelfristigen Haushaltsrahmen, weitere Schritte, um den IWF in eine kostenwirksamere und effizientere Institution zu verwandeln, sowie ein neues Einkommensmodell, das den IWF langfristig auf eine solide finanzielle Grundlage stellt. Im Geschäftsjahr 2007 wurden in all diesen Bereichen beträchtliche Fortschritte erzielt.

### **Quoten- und Stimmrechtsreform**

Die Mittel für die Kreditvergabe des IWF stammen zum großen Teil aus seinen Quotenmitteln, d. h. den Beträgen, die die Länder einzahlen, wenn sie dem IWF beitreten.<sup>56</sup> Die Kapitalanteile der einzelnen Mitglieder stützen sich grundsätzlich auf die relative Größe ihrer Volkswirtschaft und sie bestimmen den Betrag, den die Länder vom IWF ausleihen können, sowie ihre Stimmrechte. (Nach Maßgabe des IWF-Übereinkommens erhält jedes Mitglied 250 Grundstimmen und eine zusätzliche Stimme für jeden Teil seiner Quote, der 100 000 SZR entspricht.) Obwohl die Quoten regelmäßig überprüft werden und nach Ermessen des Gouverneursrats erhöht werden können (Kasten 5.1), entspricht die Verteilung der Quoten und Stimmrechte im IWF nicht mehr dem relativen Gewicht der Länder in der Weltwirtschaft. Außerdem wurde der Anteil der Grundstimmen an den Gesamtstimmen der Mitglieder durch Quotenaufstockungen verringert: Lagen sie bis Mitte der siebziger Jahre bei mehr als zehn Prozent, so sind sie in den letzten Jahren auf etwa zwei Prozent gesunken.

<sup>56</sup> Das eingezahlte Kapital steht nicht vollständig zur Finanzierung neuer Kredite zur Verfügung, da der IWF bestehende Verpflichtungen hat und Kredite nur in den Währungen von Mitgliedern vergibt, die als finanzstark eingestuft werden. Siehe den Kasten über den Finanzierungs-Mechanismus des IWF auf der CD-ROM (CD-Kasten 5.1).

In seinem Kommunikee vom 22. April 2006 ließ der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) verlauten, dass eine grundlegende Reform der Quoten und Stimmrechte im Fonds erforderlich ist. Er rief den Geschäftsführenden Direktor auf, in Zusammenarbeit mit dem IMFC und dem Exekutivdirektorium bis zur Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 2006 konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Quoten- und Stimmrechtsverteilung zu unterbreiten. Damit sollen die Änderungen im Gewicht und in der Rolle der Länder in der Weltwirtschaft widergespiegelt werden und gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass die einkommensschwachen Länder eine Stimme im Entscheidungsprozess des IWF haben.

Darauf folgte ein intensives Arbeitsprogramm, das die Geschäftsführung und den Stab des IWF, Konsultationen mit einem breiten Spektrum der Mitglieder sowie Diskussionen im Exekutivdirektorium umfasste. Am 31. August 2006 einigte sich das Exekutivdirektorium auf ein weit reichendes Programm von Quoten- und Stimmrechtsreformen und empfahl dem Gouverneursrat, eine Entschließung zu verabschieden, die einen Zweijahreszeitraum für die Umsetzung dieser Reformen vorsieht. Der Geschäftsführende Direktor übermittelte den Gouverneuren diesen Vorschlag am 14. September 2006 und der Gouverneursrat verabschiedete die Entschließung am 18. September 2006.<sup>57</sup>

In seinem Bericht an den Gouverneursrat betonte das Exekutivdirektorium die beiden Hauptziele der Quoten- und Stimmrechtsreformen: (1) beträchtliche Fortschritte bei der Anpassung der Quotenanteile an das wirtschaftliche Gewicht in der Weltwirtschaft und flexiblere Festlegung der Quoten und Stimmrechte im Fonds, sodass sie in Zukunft besser an Veränderungen in der Weltwirtschaft angepasst werden können, sowie (2) stärkere Beteiligung und Mitspracherechte für die einkommensschwachen Länder, deren Gewicht in der Weltwirtschaft zwar gering ist, für die der IWF jedoch eine wichtige Beratungs- und Finanzierungsrolle spielt.

Die Entschließung sah eine erste Runde von Ad-hoc-Quotenerhöhungen für vier Länder vor, die eindeutig unterrepräsentiert waren – China, Korea, Mexiko und die Türkei –, sowie eine Reihe von grundlegenden Reformen. Diese Maßnahmen sollten nach Möglichkeit bis zur Jahrestagung 2007 oder spätestens bis zur Jahrestagung 2008 umgesetzt werden. Die Reformen enthalten die folgenden Elemente: (1) eine Einigung über eine einfache und transparente neue Quotenformel, (2) eine zweite Runde von

### Kasten 5.1 Einleitung der Dreizehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung

Der IWF führt normalerweise alle fünf Jahre eine allgemeine Überprüfung der Quoten der Mitglieder durch, um zu beurteilen, ob seine Mittelausstattung angemessen ist und um die Quoten der einzelnen Mitglieder an Änderungen ihrer relativen Position in der Weltwirtschaft anzupassen. Das Exekutivdirektorium schloss die Zwölfte Allgemeine Quotenüberprüfung am 28. Januar 2003 ab, ohne Aufstockungen oder Anpassungen vorzuschlagen. Die Dreizehnte Allgemeine Quotenüberprüfung wurde im Januar 2007 eingeleitet und muss bis zum 28. Januar 2008 abgeschlossen werden. Die Kapitalanteile im IWF belaufen sich heute auf insgesamt 217,3 Mrd. SZR.

Ad-hoc-Quotenerhöhungen auf der Grundlage der neuen Formel, (3) die Verpflichtung sicherzustellen, dass sich die Quotenanteile in Einklang mit der Stellung der Länder in der Weltwirtschaft weiterentwickeln, (4) eine Erhöhung der Grundstimmen um wenigstens 100 Prozent, um den Stimmenanteil der Gruppe der einkommensschwachen Länder zu schützen, sowie Maßnahmen, die sicherstellen, dass der Anteil der Grundstimmen an allen Stimmen in der Zukunft konstant bleibt, und (5) eine Erhöhung der Verwaltungsausstattung für die Stimmgruppen mit den größten Wahlgruppen.<sup>58</sup>

In seinem Kommunikee vom 17. September 2006 drängte der IMFC das Exekutivdirektorium, die einzelnen Elemente der Reform schnell und konstruktiv anzugehen, um ein Höchstmaß an Unterstützung zu erreichen. Er unterstrich außerdem die Bedeutung einer raschen Umsetzung und rief den Geschäftsführenden Direktor auf, bei seiner nächsten Sitzung einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

Im Anschluss an die Jahrestagung 2006 nahm das Exekutivdirektorium die Arbeit an der zweiten Stufe der Reform auf. Im Januar 2007 führte es eine erste Aussprache über einen Vorschlag zur Änderung des IWF-Übereinkommens in Bezug auf die Grundstimmen. Die Direktoren ließen verlauten, dass die vorgeschlagene Änderung dem Antrag des Gouverneursrats Rechnung trägt, und sie bestätigten im Großen und Ganzen das vom IWF-Stab vorgeschlagene Regelwerk. Sie stellten fest, dass die konkrete Zahl der Er-

<sup>57</sup> Die Entschließung findet sich auf der CD-ROM. Das Gleiche gilt für die Presseveröffentlichungen 06/189 „IMF Executive Board Recommends Quota and Related Governance Reforms“ und 06/205 „IMF Board of Governors Approves Quota and Related Governance Reforms“. Die Presseveröffentlichungen 06/189 und 06/205 finden sich außerdem unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06189.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06189.htm) und [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06205.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06205.htm).

<sup>58</sup> Am 9. Mai 2007, kurz nach Abschluss des Geschäftsjahres, beschloss das Exekutivdirektorium, die Personalausstattung der Exekutivdirektoren, die mindestens 20 Länder vertreten (die beiden Wahlgruppen in Afrika südlich der Sahara), um eine Beraterstelle aufzustocken. Einige Direktoren betonten, dass weitere Schritte erforderlich sind, um die Kapazitäten der Büros der Exekutivdirektoren, die die größten Wahlgruppen repräsentieren, zu stärken.

höhung der Grundstimmen zu einem späteren Zeitpunkt erörtert und beschlossen werden sollte, wenn die Arbeit an der neuen Quotenformel weiter fortgeschritten ist. Sie leiteten ein umfassendes Arbeitsprogramm für eine neue Quotenformel ein, die als Basis für die zweite Runde von Quotenerhöhungen dienen soll. Das Programm umfasste Konsultationen mit den Mitgliedern sowie zwei informelle Aussprachen im Exekutivdirektorium vor der Frühjahrstagung 2007.

In seinem Kommunikee vom 14. April 2007 begrüßte der IMFC den breiten Konsens des Exekutivdirektoriums in Bezug auf den rechtlichen Rahmen, um eine Änderung des IWF-Übereinkommens hinsichtlich der Grundstimmen herbeizuführen. Er begrüßte außerdem die ersten Arbeiten an einer neuen Quotenformel, die, wie er betonte, einfach und transparent sein sollte. Es sei wichtig, dass die Formel die relative Position der Mitglieder in der Weltwirtschaft widerspiegelt und gleichzeitig das Mitspracherecht und die Teilnahme der einkommensschwachen Länder erhöht. Der IMFC rief das Exekutivdirektorium außerdem auf, der Arbeit am Reformpaket Priorität einzuräumen.

## Kommunikation und Transparenz

Die Kommunikationsstrategie und Transparenzpolitik des IWF hat das Ziel, die Rechenschaftslegung gegenüber den betroffenen Parteien zu verbessern und einen Konsens über die Erfordernisse einer soliden Wirtschaftspolitik zu bilden. Das Exekutivdirektorium überprüft die Kommunikationsstrategie und Transparenzpolitik des IWF regelmäßig. Es leitet und unterstützt dadurch die diesbezüglichen Anstrengungen des IWF, die seit Mitte der 90er Jahre beträchtlich zugenommen haben.

### Kommunikation

Die mittelfristige Strategie würdigt zwar, dass der IWF bei der Verbesserung von Transparenz und Kommunikation große Fortschritte erzielt hat, sie fordert jedoch eine Ausweitung der Informationsarbeit. Dabei wird betont, dass Änderungen in der Wirtschaftspolitik nicht nur Überzeugungsarbeit gegenüber den Regierungsbediensteten erfordern, sondern auch gegenüber der breiten Öffentlichkeit. Der IWF-Stab intensivierte im Geschäftsjahr 2007 seine Anstrengungen in diesem Bereich und legte dem

Direktorium Anfang des Geschäftsjahres 2008 den Entwurf einer neuen Kommunikationsstrategie zu einer formellen Aussprache vor.

**Informationsarbeit.** Der IWF intensiviert seine Informationsarbeit gegenüber den betroffenen Parteien in den öffentlichen Stellen, er weitet sie jedoch auch auf andere Gruppen aus. Dazu gehören die Zivilgesellschaft, Parlamentarier sowie der Privatsektor. Mit der Informationsarbeit gegenüber diesen Gruppen sollen nicht nur die Positionen des IWF erläutert werden, sondern es soll auch Feedback gewonnen werden, das zu einer Verbesserung in der Geschäftstätigkeit des IWF führen kann. In mehreren Bereichen ist dies bereits erfolgt, z. B. bei der Straffung der Auflagen sowie bei der frühen Unterstützung des IWF für die Multilaterale Entschuldungsinitiative und der Teilnahme an der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft.

Als Teil seiner Informationsarbeit gegenüber der Zivilgesellschaft und Parlamentariern veröffentlicht der IWF seit einigen Jahren auf seiner Website ein Mitteilungsblatt für die Zivilgesellschaft (Civil Society Newsletter), und im Geschäftsjahr 2007 führte er eine Webseite für Parlamentarier ein, auf der diese aufgefordert werden, Kommentare und Fragen einzusenden.<sup>59</sup> Im Dezember 2006 veranstalteten Bedienstete von IWF und Weltbank eine zweitägige Sitzung mit 55 Gewerkschaftsführern aus der ganzen Welt über die Gestaltung der Globalisierung und die Verbesserung von Beschäftigungschancen. Die Informationsveranstaltungen für Parlamentarier umfassten ein Seminar über makroökonomische Politik im Mai 2006 in der Kirgisischen Republik und die Teilnahme an zwei Konferenzen im März 2007 – eine zweitägige Konferenz in Washington für Parlamentarier aus der Karibik, Bedienstete der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und des IWF sowie die Jahreskonferenz des Parlamentarischen Netzwerks der Weltbank, die in Kapstadt in Südafrika stattfand.<sup>60</sup>

Die Informationsarbeit gegenüber dem Privatsektor wurde im Geschäftsjahr 2007 fortgesetzt. Im Februar 2007 hielt der Geschäftsführende Direktor eine Rede auf der Latin American Business Association Conference, die an der Columbia University in New York abgehalten wurde, und er war Gast einer hochrangigen Konferenz über Investitionen in Mittelamerika, an der leitende

<sup>59</sup> Der *Civil Society Newsletter* ist verfügbar unter [www.imf.org/external/np/external/np/legislators/index.htm](http://www.imf.org/external/np/external/np/legislators/index.htm) und die Webseite für Parlamentarier findet sich unter [www.imf.org/external/np/legislators/index.htm](http://www.imf.org/external/np/legislators/index.htm).

<sup>60</sup> Für weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen siehe die Presseveröffentlichung 06/108 „IMF Macroeconomic Policy Seminar for Parliamentarians from the Kyrgyz Republic“ unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06108.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06108.htm); eine Rede, die der Direktor der Afrika-Abteilung des IWF Abdoulaye Bio-Tchané auf der Konferenz hielt, unter [www.imf.org/external/np/speeches/2007/031707.htm](http://www.imf.org/external/np/speeches/2007/031707.htm) sowie die Presseveröffentlichung 07/44 „Caribbean Parliamentarians Meet with the IDB, IMF and World Bank for the first time in Washington, D.C.“ unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0744.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0744.htm).

Entscheidungssträger, wichtige internationale Investoren und führende Vertreter von Unternehmerverbänden aus Mittelamerika und der Dominikanischen Republik teilnahmen.<sup>61</sup> Der IWF und die Weltbank unterstützten die Veranstaltung dieser Konferenz, die in Costa Rica stattfand.

Der IWF veranstaltet in letzter Zeit mehr Seminare und Konferenzen, um Regierungsvertreter und andere betroffene Parteien aus Ländern der gleichen Region zusammenzuführen und wichtige regionale wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern. Im Dezember 2006 zum Beispiel organisierten der IWF und der Arabische Währungsfonds gemeinsam ein hochrangiges Seminar in Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten über Institutionen und Wirtschaftswachstum in den arabischen Ländern. Der IWF nahm außerdem an der fünften regionalen Jahreskonferenz über Mittelamerika, Panama und die Dominikanische Republik teil, die im Juni 2006 von der Zentralbank der Dominikanischen Republik in Punta Cana veranstaltet wurde.<sup>62</sup> Der IWF und die Währungsbehörde von Singapur veranstalteten im Mai 2006 gemeinsam ihr zweites Seminar über regionale Finanzintegration (das erste Seminar fand im September 2005 statt) und im Juli 2006 luden der IWF und die Regierung von Singapur gemeinsam im Vorfeld der Jahrestagung 2006 Entscheidungssträger und Volkswirte aus der ganzen Welt zu einem hochrangigen Seminar über Krisenprävention in den aufstrebenden Ländern.<sup>63</sup> Die japanische Bank für internationale Zusammenarbeit und der IWF veranstalteten im April 2007 gemeinsam eine Konferenz in Tokio über die wirtschaftspolitischen Optionen und Herausforderungen der Entwicklungsländer in Asien. Zu den Rednern und Teilnehmern gehörten Regierungsbedienstete und Wissenschaftler aus einkommensschwachen Ländern in Asien. Der IWF und Bruegel, eine Denkfabrik mit Sitz in Brüssel, veranstalteten im März 2007 gemeinsam eine zweitägige Konferenz mit dem Titel: „Putting Europe’s Money to Work: Financial Integration, Financial Development, and Growth in the European Union“. Daran nahmen Wissenschaftler, Entscheidungssträger und Praktiker aus Europa und der ganzen Welt teil.

Weitere Beispiele für die Informationsarbeit finden sich in den Kapiteln 2 und 4.

*Andere Sprachen als Englisch.* Der Bericht der Arbeitsgruppe für die Veröffentlichung von IWF-Dokumenten und Informationen in anderen Sprachen als Englisch empfahl die Übersetzung von Dokumenten, für die eine große Nachfrage besteht, in Sprachen, die in der Arbeit des IWF häufig benutzt werden. Im Anschluss daran wurde eine Arbeitsgruppe des IWF-Stabs mit der Maßgabe eingerichtet, dieses Thema weiter zu prüfen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe für die Veröffentlichung von IWF-Material in anderen Sprachen als Englisch wurden dem Exekutivdirektorium in einem informellen Informationsgespräch im April 2007 vorgelegt und der IWF ist dazu übergegangen, ausgewählte Dokumente – einschließlich Presseveröffentlichungen und WEO-Zusammenfassungen – systematischer in die relevanten Sprachen zu übersetzen und anschließend in seine Website einzustellen. Das Exekutivdirektorium hat außerdem beschlossen, den *Jahresbericht 2007* in mehr Sprachen übersetzen zu lassen als dies in der Vergangenheit der Fall war, wobei Einsparungen bei den Produktionskosten für diesen Zweck eingesetzt werden.

*Veröffentlichungen auf der Website des IWF.* Während des Geschäftsjahres 2007 überprüfte eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe die Effektivität des Publikationsprogramms des IWF.<sup>64</sup> Bei der Überprüfung wurde zwar festgestellt, dass die grundlegenden Ziele des Programms – kostenwirksame Weitergabe der Forschungsergebnisse und Fachkenntnisse des IWF – gültig bleiben, es wurde jedoch auch auf Verbesserungsmöglichkeiten hingewiesen. Dabei wurden die folgenden Maßnahmen hervorgehoben: stärkere strategische Ausrichtung bei der Auswahl der Publikationen und der Präsentationsform (Druck, Internet oder beides), Verbesserung des Marketing (gegebenenfalls durch Partnerschaften mit gewerblichen Verlagen), deutlichere Internetpräsenz der Forschungspublikationen des Fonds, Einrichtung einer E-Commerce-Website, verstärkter Einsatz von Technologien wie Druck auf Abruf sowie differenzierte Preisgestaltung, sodass die Leser in Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu den IWF-Publikationen haben.

Die Website des IWF ist für die Öffentlichkeit die wichtigste Informationsquelle über den IWF. Im Geschäftsjahr 2007 wurde die Website neu konzipiert, um die Kommunikation effektiver zu

61 Das Kommuniqué der Konferenz ist verfügbar unter [www.imf.org/external/np/cm/2007/020207.htm](http://www.imf.org/external/np/cm/2007/020207.htm).

62 Für weitere Informationen zu den Seminaren über Institutionen und Wachstum in den arabischen Ländern sowie zur fünften Jahreskonferenz über Mittelamerika, Panama und die Dominikanische Republik siehe [www.imf.org/external/np/seminars/eng/2006/arabco/i/index.htm](http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2006/arabco/i/index.htm) und [www.imf.org/external/np/seminars/eng/2006/centram/index.htm](http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2006/centram/index.htm).

63 Siehe [www.imf.org/external/np/seminars/eng/2006/cpem/index.htm](http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2006/cpem/index.htm).

64 Siehe CD-Kasten 5.2 mit dem Titel „Disseminating information: The IMF’s publishing operations and Web site“ auf der CD-ROM.



*Rodrigo de Rato, Geschäftsführender Direktor des IWF, spricht zu den Medien bei der Jahrestagung 2006 in Singapur*

gestalten. Die Zeitschrift *IMF Survey* wird zunehmend als Web-Zeitschrift veröffentlicht und die Verbreitung von Informationen und Nachrichten erfolgt verstärkt über das Internet, um eine schnellere, häufigere und flexiblere Kommunikation zwischen dem IWF und den interessierten Parteien zu ermöglichen.

**Einbindung der Medien.** Die Mediensitzung der Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die seit Ende 1999 alle zwei Wochen stattfindet, war ursprünglich für die in Washington ansässigen Medien vorgesehen, hat sich inzwischen aber zu einem Webcast für Journalisten aus der ganzen Welt weiterentwickelt. Im Geschäftsjahr 2004 wurde das Online-Medieninformationszentrum, eine Multimedia-Website mit Kennwortschutz, eingerichtet. Es ermöglicht Journalisten, auf Dokumente zuzugreifen, die mit Sperrfrist versehen sind, an Pressesitzungen teilzunehmen und Informationen und Daten abzurufen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Der IWF-Stab hat außerdem die Kontakte mit den Medien ausgeweitet.

### Transparenzpolitik

Die Transparenzpolitik des IWF basiert auf einer Entscheidung des Exekutivdirektoriums vom Januar 2001, in der die Rechtsvermutung eingeführt wurde, dass Länderdokumente und Grundsatzpapiere sowie diesbezügliche Öffentliche Informations-

mitteilungen (PINs) systematisch veröffentlicht werden, wobei die Veröffentlichung jedoch freiwillig bleibt. Die Entscheidung folgte auf Schritte, die seit 1994 unternommen worden waren, um die Transparenz des IWF zu erhöhen und Informationen über die Politikmaßnahmen der Mitglieder leichter verfügbar zu machen. Diese Schritte enthielten jedoch auch Maßnahmen, die ein Gleichgewicht zwischen Transparenz und Vertraulichkeit schaffen und dadurch sicherstellen, dass der Politikdialog des IWF mit den Mitgliedern offen bleibt. Die Mitglieder können die Streichung von Informationen beantragen, die noch kein Gemeingut darstellen und marktempfindliche Daten enthalten oder wirtschaftspolitische Absichten zu einem verfrühten Zeitpunkt ankündigen.

Im Anschluss an die Erörterung einer IWF-Stabsüberprüfung zur Transparenzpolitik im Geschäftsjahr 2006 riefen die Exekutivdirektoren den Stab auf, einen jährlich aktualisierten Bericht über die Umsetzung dieser Politik zu erarbeiten und in die Website des IWF einzustellen. Der zweite Jahresbericht über die Umsetzung der Transparenzpolitik wurde im Februar 2007 veröffentlicht und bietet Informationen zu Dokumenten, die das Direktorium vom 1. November 2005 bis zum 31. Oktober 2006 erörtert hat und die bis zum 31. Dezember 2006 veröffentlicht wurden. Die Informationen erfassen die Publikationsquote für die einzelnen Dokumentar-

ten, die Zeitverzögerung zwischen der Diskussion der Dokumente im Exekutivdirektorium und ihrer Veröffentlichung, die Streichung von Informationen aus den Dokumenten sowie das Publikationsverhalten der Mitgliedsländer.<sup>65</sup>

Die Veröffentlichung von Berichten über die Artikel-IV-Konsultationen und den Einsatz von IWF-Mitteln ist im Geschäftsjahr 2007 das dritte Jahr in Folge gestiegen, und zwar von 82 Prozent aller Berichte im Jahr 2005 auf 85 Prozent im Jahr 2006. Die Zahl der Mitgliedsländer, die alle Berichte über ihre Artikel-IV-Konsultationen und den Einsatz von IWF-Mitteln veröffentlicht haben, stieg von 136 im Jahr 2005 auf 142 im Jahr 2006. Der Anteil der veröffentlichten Beurteilungen zur Stabilität des Finanzsystems (die Berichte werden im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors erstellt) stieg auf 82 Prozent und die Publikationsquote der Dokumente über die wirtschaftspolitischen Absichten von Ländern, die eine Vereinbarung mit dem IWF abschließen, sowie von PINs stieg auf 94 Prozent.<sup>66</sup>

## Geschäftsführung und Organisation

Der IWF beurteilte im Geschäftsjahr 2007 sein Risikomanagement-Regelwerk, senkte seine Verwaltungsausgaben und straffte seine Verfahren. Dies wurde erreicht durch eine Konsolidierung oder Kürzung der Berichte, eine Änderung der Verfahren bei Angabe falscher Informationen und eine Verlängerung des Zeitraums zwischen den Grundsatzüberprüfungen. Er unternahm außerdem Schritte, um seine Effektivität zu erhöhen, indem er die Zusammenarbeit mit anderen internationalen und regionalen Gremien verbesserte (Kasten 5.2) und indem er die Empfehlungen des Unabhängigen Evaluierungsbüros (IEO) zur Geschäftspolitik des Fonds berücksichtigte (Kasten 5.3).

### Wie der IWF geführt wird

Das höchste Entscheidungsgremium des IWF ist der Gouverneursrat, der von den Mitgliedsländern des IWF ernannt wird. Nach Maßgabe des IWF-Übereinkommens ist das Exekutivdirektorium für die Durchführung der Geschäftspolitik des Fonds verantwortlich und es übt zu diesem Zweck alle Entscheidungsbefugnisse aus, die ihm der Gouverneursrat übertragen hat. Das Exekutivdirektorium besteht aus 24 Exekutivdirektoren und ihren Stellvertretern, die von den Mitgliedsländern ernannt oder gewählt werden, und es führt die Tagesgeschäfte des Fonds

in der Zentrale mit Sitz in Washington, D.C.<sup>67</sup> Der Geschäftsführende Direktor des IWF führt den Vorsitz im Exekutivdirektorium.

Der Gouverneursrat besteht aus je einem Gouverneur und einem stellvertretenden Gouverneur der 185 Mitgliedsländer des IWF. Der Gouverneur ist in der Regel der Finanzminister oder der Präsident der Notenbank. Alle Gouverneure kommen einmal im Jahr anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank zusammen. Darüber hinaus gibt es zwei Gouverneursausschüsse, die die gesamte Mitgliedschaft vertreten. Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) ist ein beratendes Organ und setzt sich aus 24 Gouverneuren des IWF (oder ihren Stellvertretern) zusammen, die die gleichen Länder oder Stimmgruppen (Ländergruppen) vertreten wie die 24 Exekutivdirektoren.

Der IMFC berät den Gouverneursrat und erteilt ihm Bericht in folgenden Bereichen: die Verantwortung des Gouverneursrats für die Aufsicht über die Steuerung und Anpassung des internationalen Währungs- und Finanzsystems und für die Überprüfung der Entwicklungen im Bereich der weltweiten Liquiditätslage und des Ressourcentransfers in Entwicklungsländer, Vorschläge des Exekutivdirektoriums zur Änderung des IWF-Übereinkommens sowie Störungen, die das System bedrohen. Der IMFC hat keine Entscheidungsbefugnisse. Er tagt normalerweise zweimal pro Jahr, im März oder April bei der Frühjahrestagung und im September oder Oktober bei der Jahrestagung.

Der Entwicklungsausschuss (der formale Titel lautet: gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von Weltbank und IWF für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer) ist ein gemeinsames Organ von Weltbank und IWF. Er setzt sich aus 24 Gouverneuren der Weltbank und des IWF bzw. ihren Stellvertretern zusammen. Er berät die Gouverneursräte von IWF und Weltbank bei wichtigen Entwicklungsfragen und hinsichtlich der Finanzmittel, die zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern benötigt werden. Er tagt ebenso wie der IMFC normalerweise zweimal pro Jahr.

Nach dem IWF-Übereinkommen ist das Exekutivdirektorium des IWF für die Wahl des Geschäftsführenden Direktors des Fonds verantwortlich. Jeder Exekutivdirektor kann unabhängig von der Nationalität oder der Position eine Nominierung vorlegen.<sup>68</sup> Der Geschäftsführende Direktor wird für eine fünfjährige Amtszeit

<sup>65</sup> Der Bericht mit dem Titel „Key Trends in Implementation of the Fund's Transparency Policy“ findet sich unter [www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4040](http://www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4040).

<sup>66</sup> Die steigende Transparenz des IWF wird allgemein gewürdigt. In dem Bericht 2006 Global Accountability Report der NRO One World Trust wird der IWF in Bezug auf die Transparenz unter zehn zwischenstaatlichen Organisationen auf Platz drei eingestuft und unter 30 zwischenstaatlichen und privaten transnationalen Organisationen ist er auf Platz vier. Der Bericht findet sich unter [www.oneworldtrust.org/?display=index\\_2006](http://www.oneworldtrust.org/?display=index_2006).

<sup>67</sup> Der Kalender des Exekutivdirektoriums für das Geschäftsjahr 2007 und eine Beschreibung seiner Haupttätigkeiten finden sich auf der CD-ROM. Allgemeine Informationen über die Verwaltungsführung des IWF finden sich ebenfalls auf der CD-ROM, und zwar im IMF Handbook. Die Liste der Exekutivdirektoren und ihrer Stellvertreter mit Stand vom 30. April 2007 findet sich auf den Seiten 74-75. Das Stimmengewicht der einzelnen Mitglieder wird in Anhang IV auf der CD-ROM aufgeführt.

<sup>68</sup> Am 12. Juli 2007 verabschiedete das Exekutivdirektorium einen Beschluss, der das Verfahren für die Nominierung und Wahl des Geschäftsführenden Direktors festlegt, siehe [www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr07159.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr07159.htm).

### Kasten 5.2 Zusammenarbeit mit zwischenstaatlichen, internationalen und regionalen Organisationen

Der IWF arbeitet seit langem mit zahlreichen internationalen und regionalen Organisationen zusammen. Die Zusammenarbeit des IWF mit der Weltbank ist besonders eng. Bereiche der Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank umfassen das Programm zur Bewertung des Finanzsektors, die Entwicklung von Standards und Kodizes, den Prozess der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung, die HIPC-Initiative und die Multilaterale Entschuldungsinitiative sowie Schuldentragfähigkeitsanalysen. Im März 2006 setzten der Geschäftsführende Direktor des IWF und der Präsident der Weltbank den Externen Sachverständigenausschuss zur Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF ein. Der Ausschuss konsultierte die Mitgliedsländer hinsichtlich der Art und Praxis der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF, die sich seit 1989 auf ein formelles Konkordat stützt. Der Ausschuss veröffentlichte seinen Bericht im Februar 2007.<sup>1</sup>

Der IWF arbeitet außerdem mit den regionalen multilateralen Banken zusammen – der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung –, unter anderem bei Delegationsreisen in die Länder und bei der technischen Hilfe, und er nimmt an den Sitzungen der Direktoren der regionalen multilateralen Banken teil. Die Interamerikanische Entwicklungsbank und der Afrikanische Entwicklungsfonds nehmen an der Multilateralen Entschuldungsinitiative teil.

Der IWF ist Mitglied im Forum für Finanzstabilität. In diesem Gremium tagen Regierungsbedienstete, die für Finanzstabilität in den führenden internationalen Finanzzentren zuständig sind, internationale Regulierungs- und Aufsichtsstellen sowie Ausschüsse von Zentralbankexperten. Er arbeitet außerdem mit Standards setzenden Gremien wie dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und der Internationalen Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden zusammen. Im Jahr 2000 führte der damalige Geschäftsführende Direktor des IWF, Horst Köhler, die Beratungsgruppe für Kapitalmarktfragen ein, um ein Forum für einen informellen Dialog zwischen den Teilnehmern auf den internationalen Kapitalmärkten und dem IWF zu schaffen. Den Vorsitz dieser Gruppe führt der Geschäftsführende Direktor des IWF.

Die Zusammenarbeit des IWF mit den Vereinten Nationen und einer Reihe von VN-Sonderorganisationen erfolgt durch seinen Sondervertreter bei den Vereinten Nationen. Im Laufe des vergangenen Jahres lag der Schwerpunkt der Arbeit auf der Unterstützung der neuen Kommission der Vereinten Nationen für Friedenskonsolidierung. Der IWF unterstützt auch weiterhin den Prozess der Entwicklungsfinanzierung sowie die Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialrats (Economic and Social Council – ECOSOC) der Vereinten Nationen. Die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der WTO erfolgt formell und informell nach Maßgabe des Kooperationsabkommens von 1996. Der IWF hat Beobachterstatus bei WTO-Sitzungen und der IWF-Stab leistet Beiträge zur WTO-Arbeitsgruppe für Handel, Schulden und Finanzen sowie zum Ausschuss für Zahlungsbilanz-Beschränkungen. Der IWF-Stab ist außerdem vertreten im Integrierten Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe und im Ausschuss für handelsbezogene Hilfe (siehe Kasten 3.3).

Der IWF-Stab pflegt außerdem Kontakte mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Europäischen Kommission, der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC) sowie mehreren regionalen Gruppen in Asien, darunter der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Das ASEAN-Sekretariat, der IWF und die Regierung von Kambodscha veranstalteten im Juni 2006 gemeinsam ein hochrangiges Seminar zu der Frage, wie die Entwicklung von Kambodscha, der Demokratischen Volksrepublik Laos und Vietnam durch regionale Integration beschleunigt werden kann.<sup>2</sup>

Der IWF ist außerdem ein aktiver Teilnehmer an den Sitzungen und Aktivitäten der führenden zwischenstaatlichen Gruppen, darunter die Gruppe der Sieben (G7), die Gruppe der Acht (G8), die Gruppe der Zehn (G10), die Gruppe der Zwanzig (G20) sowie die Gruppe der Vierundzwanzig (G24). Die G10-Länder sind Teilnehmer der Allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF. Diese Vereinbarungen von 1962 können herangezogen werden, wenn die Einschätzung vorliegt, dass die Mittel des IWF zur Deckung des Mitgliederbedarfs nicht ausreichen.

<sup>1</sup> Siehe Presseveröffentlichung 07/32 „IMF Managing Director and World Bank President Paul Wolfowitz Welcome Report on Enhancing IMF–World Bank Cooperation“ und den Bericht selbst. Beide finden sich auf der CD-ROM und auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0732.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0732.htm).

<sup>2</sup> Siehe Presseveröffentlichung 06/145 unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06145.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr06145.htm).

### Kasten 5.3 Geschäftstätigkeit des IEO im Geschäftsjahr 2007

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (IEO) wurde 2001 eingerichtet, um unabhängige und objektive Evaluierungen über die Geschäftspolitik und -tätigkeit des IWF durchzuführen und so die Transparenz und Rechenschaftslegung des IWF zu erhöhen und seine Lernkultur zu stärken. Nach dem Mandat ist das IEO vollkommen unabhängig von der Geschäftsführung des IWF und arbeitet rechtlich unabhängig gegenüber dem Exekutivdirektorium, dem es regelmäßig über seine Erkenntnisse berichtet. Das Direktorium beschloss im Januar 2007, bei der Umsetzung der vom Direktorium bestätigten IEO-Empfehlungen systematischer vorzugehen und die Kontrolle zu verschärfen.

Im Geschäftsjahr 2007 konzentrierte das IEO seine Arbeit auf den Abschluss von zwei Evaluierungen: die Evaluierung der Hilfe des IWF an Afrika südlich der Sahara unter dem Titel „The IMF and Aid to Sub-Saharan Africa“ sowie die Evaluierung der IWF-Beratung in Bezug auf die Wechselkurspolitik unter dem Titel „The IMF's Advice on Exchange Rate Policy“. Die erste Evaluierung wurde im März 2007 im Exekutivdirektorium erörtert (siehe Kapitel 3). Im Anschluss an die Direktoriumsaussprache präsentierte das IEO die Ergebnisse des Berichts auf mehreren internationalen Informationsveranstaltungen, beginnend mit einem Seminar der Afrikanischen Entwicklungsbank Ende März. Der Bericht wurde ins Französische und ins Portugiesische übersetzt. Die Evaluierung der IWF-Beratung in Bezug auf die Wechselkurspolitik wurde dem Exekutivdirektorium im März 2007 vorgelegt und zur Diskussion für Anfang des Geschäftsjahres 2008 angesetzt. Die

Evaluierung prüft die Frage, ob die Rolle des IWF bei der Beratung hinsichtlich der Wechselkurspolitik eindeutig definiert ist und klar verstanden wird, und sie beurteilt die Qualität dieser Beratung und prüft die Qualität des Dialogs mit den Länderbehörden. Das IEO hob lobend hervor, dass die Qualität der Beratungstätigkeit des IWF für die Mitgliedsländer besser geworden ist, es verwies jedoch auch auf die Notwendigkeit, den Grundzweck der Wechselkurs-Überwachung durch den IWF zu bekräftigen und dadurch zu klären, welche Rolle vom IWF und den Mitgliedsländern erwartet wird. Die Evaluierung enthält außerdem detaillierte Empfehlungen zur Verbesserung des Managements und der Durchführung der Beratertätigkeit des IWF in Bezug auf die Wechselkurspolitik und der diesbezüglichen Interaktion mit den Mitgliedsländern (siehe Kapitel 2).

Die Arbeit an einer dritten Evaluierung zum Thema der strukturpolitischen Auflagen in IWF-gestützten Programmen unter dem Titel „Structural Conditionality in IMF-Supported Programs“ dauerte im Geschäftsjahr 2007 noch an. Dieser Bericht wird voraussichtlich vor der Jahrestagung im Oktober 2007 abgeschlossen und dem Exekutivdirektorium vorgelegt.

Das Arbeitsprogramm des IEO wurde für die nächsten zwei Jahre um vier Themen erweitert: (1) die Verwaltungssteuerung und -kontrolle des IWF, einschließlich der Rolle des Direktoriums, (2) die Interaktion des IWF mit seinen Mitgliedsländern, (3) die Forschungsagenda des IWF sowie (4) die Vorgehensweise des IWF bei internationalen Handelsfragen.

ernannt, die verlängert werden kann. Er ernannt in Übereinstimmung mit dem Exekutivdirektorium den Ersten Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor und zwei Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren. Sie unterstützen die Geschäftsführung und einer von ihnen führt in Abwesenheit des Geschäftsführenden Direktors den Vorsitz im Direktorium. Der Geschäftsführende Direktor ist Chef des IWF-Mitarbeiterstabs und führt die Tagesgeschäfte des IWF unter der Leitung des Exekutivdirektoriums. Er ist letztendlich verantwortlich für alle Aspekte der Verwaltungsführung und Arbeitsabläufe der Institution sowie für

ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die drei Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktoren teilen die Verantwortung für die Beziehungen des IWF zu den einzelnen Mitgliedsländern, führen den Vorsitz in ausgewählten Direktoriumssitzungen und beaufsichtigen die Arbeit des Stabes in bestimmten Bereichen.

Der Stab des IWF wird vom Geschäftsführenden Direktor ernannt und ist ausschließlich dem IWF verantwortlich. Am 30. April 2007 beschäftigte der IWF 2005 Fach- und Führungskräfte sowie 673 Stabsmitglieder auf anderen Ebenen. 82 Fach- und Führungskräfte waren Vor-Ort-Vertreter in den Regionen Afrika, Asien und



*Tagung des IMFC bei der Jahrestagung 2006 in Singapur*

Pazifik, Europa, Naher Osten sowie Lateinamerika und Karibik für insgesamt 92 Mitgliedsländer. Die Vor-Ort-Vertreter leisten aufgrund ihrer beruflichen Fachkenntnisse und ihrer Vertrautheit mit den lokalen Bedingungen einen Beitrag zur Formulierung der Politikberatung des IWF, sie überwachen die wirtschaftliche Entwicklung der Länder und koordinieren die technische Hilfe, und die Vor-Ort-Vertreter, die in einkommensschwachen Ländern stationiert sind, nehmen teil an den Diskussionen über Armutsbekämpfungsstrategien. Sie unterrichten den IWF und das Gastland auch über mögliche Zielverfehlungen in der Wirtschaftspolitik, bieten Programmunterstützung vor Ort und spielen eine aktive Rolle in der Informationsarbeit des IWF, indem sie mit den verschiedenen Regierungsstellen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Gebern und sonstigen betroffenen Parteien zusammenarbeiten.

Das Regelwerk für das Personal-Management des Fonds trägt der Tatsache Rechnung, dass sich die bestmöglichen Praktiken ständig weiterentwickeln. Sie stehen in Einklang mit dem Auftrag der Institution und dem Ziel, die Qualität und Vielfalt des Stabs zu sichern. Laut IWF-Übereinkommen wird von den Mitarbeitern ein „Höchstmaß“ an Leistungsfähigkeit und Sachkunde erwartet und bei der Ernennung des Stabes durch den Geschäftsführenden Direktor „ist gebührend darauf zu achten, dass die Personalauswahl auf möglichst breiter geographischer Grundlage erfolgt.“ Außerdem genügen alle Mitarbeiter der Institution in ihrem Verhalten den höchsten ethischen Ansprüchen und entsprechen damit den Werten der Integrität, Objektivität und Diskretion, wie sie im Verhaltenskodex und den Geschäftsbestimmungen des IWF niedergelegt sind.

Das Exekutivdirektorium ist sich der Tatsache bewusst, dass die Mitglieder IWF-Mitarbeiter benötigen, die aufgrund ihrer Berufserfahrung und -ausbildung vielfältige wirtschaftspolitische Herausforderungen bewältigen können, mit denen die Länderbediensteten konfrontiert sind, und die eine Politikberatung bieten können, die für die jeweiligen Umstände der 185 Mitgliedsländer angemessen ist. Es legt deshalb großen Wert auf personelle Vielfalt und hat wiederholt dahingehende Verbesserungen gefordert. Der Fonds unternimmt deshalb alles in seinen Kräften Stehende um sicherzustellen, dass die personelle Vielfalt der Zusammensetzung seiner Mitgliedschaft entspricht, und er sucht aktiv Bewerber aus der ganzen Welt. Aufbauend auf der 1995 eingerichteten Stelle des Beraters für personelle Vielfalt setzte er vor kurzem einen Rat für personelle Vielfalt ein, um die entsprechenden Belange voranzubringen. Die Fortschritte werden überprüft und über Probleme wird in verschiedenen Formaten transparent auf der IWF-Website berichtet – unter anderem im *Jahresbericht über personelle Vielfalt (Diversity Annual Report)*. Ende 2006 waren von den 185 Mitgliedsländern des IWF 142 im IWF-Stab vertreten. Die CD-ROM enthält Tabellen über die Aufteilung des IWF-Stabs nach Nationalität, Geschlecht sowie Entwicklungs- und Industrieländern (CD-Tabellen 5.1, 5.2 und 5.3) und eine Tabelle über die Gehaltsstruktur des Stabes (CD-Tabelle 5.4).

Die Liste der leitenden Mitarbeiter des IWF und das IWF-Organigramm finden sich auf den Seiten 76 und 77 dieses *Berichts*. Die Organisation des IWF und die Funktionen der verschiedenen Abteilungen werden im *IMF Handbook* beschrieben, das sich auf der CD-ROM befindet.

## Verwaltungs- und Kapitalhaushalte

Der Verwaltungshaushalt stellt die Finanzmittel für Personal- und Reisekosten sowie für andere laufende Verwaltungsausgaben bereit, die dem IWF durch seine Dienstleistungen für die Mitgliedsländer und die internationale Gemeinschaft entstehen. Der Jahreshaushalt erfasst den Zeitraum vom 1. Mai bis zum 30. April, d. h. das Geschäftsjahr des IWF, und er wird im Exekutivdirektorium auf Nettobasis verabschiedet (definiert als Bruttoausgaben abzüglich Erstattungen).<sup>69</sup> Das Exekutivdirektorium verabschiedet außerdem auf der Grundlage der oberen Schwankungsbreite der geschätzten Erstattungen einen Höchstbetrag für die Bruttoausgaben. Der Nettoverwaltungshaushalt des IWF wird aus seinem Betriebseinkommen finanziert, welches die Gebühren für die Verwendung von IWF-Mitteln umfasst, sowie aus Rücklagen.

Der Kapitalhaushalt des IWF stellt Finanzmittel für Investitionsprojekte bereit, mit denen im folgenden Geschäftsjahr begonnen wird. Die gebilligten Projekte sind Teil eines dreijährigen Kapitalplans, der alle neuen Investitionsprojekte erfasst. Die Kapitalzuweisungen gelten für einen Zeitraum von drei Jahren; ungenutzte Mittel verfallen am Ende der dreijährigen Frist.

### Haushalte und tatsächliche Ausgaben im Geschäftsjahr 2007

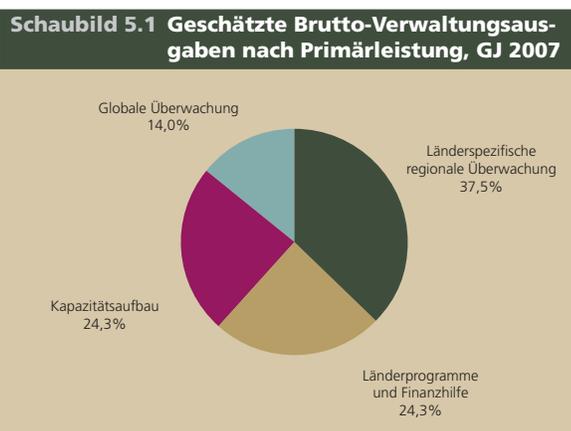
Der Verwaltungshaushalt des IWF für das am 30. April 2007 abgelaufene Geschäftsjahr genehmigte Gesamtausgaben von netto 911,9 Mio. \$, einen Höchstbetrag für die Bruttoausgaben von 987,1 Mio. \$ und Zuweisungen in Höhe von 48,1 Mio. \$ für Investitionsprojekte, die im Geschäftsjahr 2007 beginnen. Das Exekutivdirektorium nahm außerdem die überschlägigen Netto-Verwaltungshaushalte von 929,6 Mio. \$ und 952,8 Mio. \$ für die Geschäftsjahre 2008 beziehungsweise 2009 sowie den dreijährigen Kapitalplan in Höhe von 141 Mio. \$ zur Kenntnis.

Die Entwicklung der mittelfristigen Strategie, die Überprüfung der Beschäftigungsbedingungen, Gehälter und Sozialleistungen des IWF sowie die Verschlechterung der Einkommenslage des IWF haben zu Veränderungen im institutionellen und finanziellen Umfeld der IWF-Geschäftstätigkeit geführt. Die durch das Exekutivdirektorium für die Geschäftsjahre 2007–09 gebilligten Haushalte sehen dementsprechend eine Kürzung im Gesamtbetrag der realen Verwaltungsausgaben vor und sind der Beginn eines Abwärtstrends in den geplanten Kapitalausgaben. Die Nettoausgaben des Geschäftsjahres 2007 blieben real konstant, die für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 veranschlagten Verwaltungshaushalte erfordern dagegen reale Kürzungen. Trotz des geplanten realen

Rückgangs des Ressourcenrahmens stellt der mittelfristige Haushalt für die Geschäftsjahre 2007–09 die Mittel bereit, die für die wichtigsten Leistungen des IWF erforderlich sind, einschließlich neuer Initiativen, die in der mittelfristigen Strategie vorgesehen sind. Dies wurde ermöglicht durch eine Erhöhung der Effizienz in der internen Verwaltung des IWF und durch Kürzungen bei den Kosten der unterstützenden Dienstleistungen.

Das Ergebnis des Verwaltungshaushalts für das Geschäftsjahr 2007 belief sich auf 897,2 Mio. \$ auf Nettobasis und damit auf 14,7 Mio. \$ (1,6 Prozent) weniger als im ursprünglichen Budget veranschlagt. Die Einnahmen lagen 0,2 Mio. \$ über dem Schätzwert, auf dem der Netto-Verwaltungshaushalt basiert. Die Brutto-Verwaltungsausgaben lagen 14,4 Mio. \$ (1,5 Prozent) unter dem Schätzwert von 980,2 Mio. \$.

Die tatsächlichen Verwaltungsausgaben lagen etwas unter dem veranschlagten Haushalt, weil die für die Erbringung der IWF-Leistungen erforderlichen Mittel etwas niedriger ausfielen als geplant und weil bei einigen Leistungen das Planziel nicht erreicht wurde: Bei einer kleinen Anzahl von Projekten kam es zu Verzögerungen, sodass die diesbezüglichen Ausgaben dem laufenden Geschäftsjahr zugerechnet werden. Die für die Erbringung der IWF-Leistungen im Geschäftsjahr 2007 zugewiesenen Mittel reflektieren die neuen Prioritäten der mittelfristigen Strategie (Schaubild 5.1). Die neue multilaterale Konsultation und die Ausweitung der Arbeit der Beratungsgruppe für Wechselkursfragen auf eine größere Anzahl von Ländern führten dazu, dass im Geschäftsjahr 2007 ein größerer Teil des Brutto-Verwaltungshaushalts für multilaterale Überwachung eingesetzt wurde als in der Vergangenheit.<sup>70</sup> Die Mittel für regionale Überwachung und Finanzsektor-Überwachung (beides Prioritäten der mittelfristigen Strategie) wurden im Vergleich zum Geschäftsjahr 2006 aufge-



<sup>69</sup> Gut die Hälfte der Erstattungen besteht aus Beiträgen von externen Gebern für technische Hilfe an Mitgliedsländer und Ausbildung ihrer Angestellten. Der Rest enthält u.a. Einnahmen aus Publikationen.

<sup>70</sup> Die multilaterale Konsultation und die Arbeit der CGER werden in Kapitel 2 erörtert.

stockt, während die Mittel für die Arbeit an Länderprogrammen und Finanzhilfe reduziert wurden. Der Anteil der Mittel für Kapazitätsaufbau (technische Hilfe und Ausbildung) blieb ungefähr genauso hoch wie in den Vorjahren.

Die Lücke zwischen dem Haushalt und dem tatsächlichen Ergebnis war auf verschiedene Faktoren zurückzuführen (Tabelle 5.1). Die Reisekosten unterschritten den Haushalt um etwa vier Prozent (3,8 Mio. \$) und die Gebäudekosten und sonstigen Ausgaben unterschritten den Haushalt um fast neun Prozent (15,2 Mio. \$), wobei Letzteres darauf zurückzuführen war, dass die Mietkosten niedriger waren und weniger Arbeit nach außen vergeben wurde, als erwartet. Die personalbezogenen Ausgaben überschritten den Haushalt um etwa ein Prozent (7,3 Mio. \$).<sup>71</sup>

Die gesamten Investitionsausgaben des Geschäftsjahres 2007 lagen innerhalb des veranschlagten Haushalts für Projekte, die in den Geschäftsjahren 2005–06 genehmigt wurden. Von den Investitionsausgaben in Höhe von insgesamt 45,6 Mio. \$ wurden 16,1 Mio. \$ für Gebäudeeinrichtungen, 5,3 Mio. \$ für das neue Hauptgebäude des IWF und 24,1 Mio. \$ für Informationstechnologie-Projekte ausgegeben.

#### **Der mittelfristige Haushalt für die Geschäftsjahre 2008–10**

Der mittelfristige Haushalt für die Geschäftsjahre 2008–10, den das Exekutivdirektorium am 25. April 2007 verabschiedete, sieht eine jährliche Erhöhung von 1,7 Prozent vor, was eine reale Senkung der Verwaltungsausgaben des Fonds für die nächsten

drei Jahre bedeutet. Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass das neue Einkommensmodell, das sich auf die Empfehlungen des Ausschusses angesehener Persönlichkeiten stützt (siehe „Finanzoperationen und -grundsätze“ weiter unten) zwar der wichtigste Faktor für eine nachhaltige Grundlage der IWF-Finzen ist, wiesen aber auch auf die Bedeutung der Ausgabenkontrolle hin. Um sicherzustellen, dass der IWF auch in Zukunft die Leistungen erbringen kann, die in der mittelfristigen Strategie vorgesehen sind, müssen Mittelaufstockungen zur Befriedigung neuer Bedürfnisse und Prioritäten der Mitgliedsländer durch Einsparmaßnahmen mehr als ausgeglichen werden. Diese Einsparungen sollen erzielt werden durch eine erhöhte Effizienz der bestehenden Tätigkeiten und durch eine Reduzierung oder Abschaffung von Tätigkeiten mit geringerer Priorität.

Für das Geschäftsjahr 2008 verabschiedete das Exekutivdirektorium einen Netto-Verwaltungshaushalt von 922,3 Mio. \$ mit einer Obergrenze für die Bruttoausgaben in Höhe von 998,2 Mio. \$ und es nahm die überschlägigen Netto-Verwaltungshaushalte für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 in Höhe von 938,0 Mio. \$ bzw. 959,4 Mio. \$ zur Kenntnis.<sup>72</sup> Das Direktorium verabschiedete außerdem Zuweisungen in Höhe von 46,6 Mio. \$ für Investitionsprojekte und es nahm den mittelfristigen Kapitalplan in einem Gesamtbetrag von 138,0 Mio. \$ zur Kenntnis.

In Fortsetzung der Haushaltsreformen, die vor sechs Jahren eingeleitet wurden, wird der IWF im Geschäftsjahr 2008 einen umfassenden mittelfristigen Verwaltungshaushalt vorlegen, der sich

**Tabelle 5.1 Verwaltungshaushalte für die Geschäftsjahre 2005-08<sup>1</sup>**

(Millionen US-Dollar)

	GJ 2005 Tatsächliche Ausgaben	GJ 2006 Tatsächliche Ausgaben	GJ 2007 Haushalt	GJ 2007 Tatsächliche Ausgaben	GJ 2008 Haushalt
<b>Verwaltungsausgaben</b>					
Personalausgaben					
Gehälter	375,2	392,6	407,5	404,1	424,6
Sozialleistungen und andere Personalausgaben	259,5	273,9	292,7	303,4	298,5
<b>Zwischensumme</b>	<b>634,7</b>	<b>666,5</b>	<b>700,2</b>	<b>707,5</b>	<b>723,1</b>
Sonstige Ausgaben					
Reisen	90,2	94,2	102,0 <sup>2</sup>	93,2	100,5
Gebäude und sonstige Ausgaben	167,3	169,6	177,9	159,7	170,2
<b>Zwischensumme</b>	<b>257,5</b>	<b>263,8</b>	<b>279,9</b>	<b>258,3</b>	<b>270,7</b>
<b>Bruttoausgaben</b>	<b>892,2</b>	<b>930,3</b>	<b>980,2</b>	<b>965,8</b>	<b>993,8</b>
Vergütungen	(66,1)	(56,0)	(68,3)	(68,5)	(71,4)
<b>Netto-Verwaltungsausgaben</b>	<b>826,1</b>	<b>874,4</b>	<b>911,9</b>	<b>897,2</b>	<b>922,3</b>

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

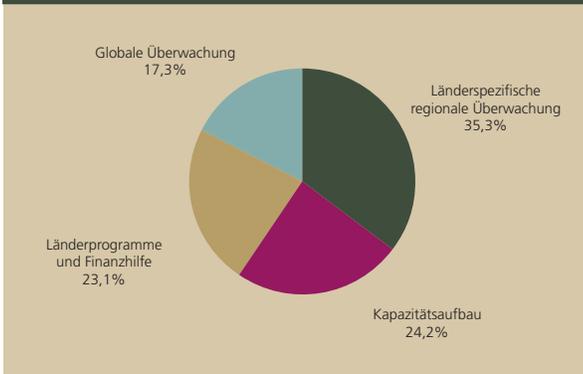
<sup>1</sup> Verwaltungshaushalte, die vom Direktorium für die am 30. April 2007 und 30. April 2008 ablaufenden Geschäftsjahre gebilligt wurden, gegenüber tatsächlich entstandenen Ausgaben für die jeweils am 30. April abgelaufenen Geschäftsjahre 2005, 2006 und 2007.

<sup>2</sup> Enthält einen Betrag von 5,0 Mio. Dollar als Beitrag für die Kosten der Jahrestagung in Singapur.

<sup>71</sup> Dies war zurückzuführen auf eine einmalige, vom Exekutivdirektorium gebilligte Sondertransaktion in Höhe von 19 Mio. \$. Sie erfolgte im Rahmen eines Programms, in dem die Zahlungen in den Angestelltenpensionsplan beschleunigt werden, um Rentenzahlungen für IWF-Stabsmitglieder bereitzustellen, die vorher ein befristetes Arbeitsverhältnis hatten.

<sup>72</sup> Die nominalen Zahlen für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 unterschreiten die überschlägigen Zahlen, die im letzten Jahr vorgelegt wurden, hauptsächlich weil die Inflation zurückgegangen ist.

**Schaubild 5.2 Geschätzte Brutto-Verwaltungsausgaben nach Primärleistung, GJ 2008**



auf dreijährige Geschäftspläne der einzelnen Abteilungen und Büros stützt. Der IWF führt außerdem, wie in Kasten 5.4 erläutert wird, Leistungsindikatoren ein um zu beurteilen, inwieweit die einzelnen Abteilungen ihre Geschäftspläne umsetzen. Er ergreift ferner Maßnahmen, um die Kostenzuteilung zu den einzelnen Leistungen zu verbessern.

Aus den Abteilungsplänen geht hervor, dass die Mittelumverteilung im Rahmen der mittelfristigen Strategie auch im mittelfristigen Haushalt für die Geschäftsjahre 2008–10 fortgesetzt werden muss. Schaubild 5.2 zeigt den Anteil der jeweiligen Leistungen am Gesamthaushalt im Geschäftsjahr 2008.

Der Verwaltungshaushalt sieht für das Geschäftsjahr 2008 eine strukturelle Gehaltsanpassung von 3,3 Prozent vor (die Gehaltsstruktur mit Stand vom 1. Mai 2007 findet sich in Tabelle 5.4 auf der CD-ROM). Es wird erwartet, dass die Reisekosten durch Änderungen bei den Dienstreisegrundsätzen und -praktiken in Grenzen gehalten werden. Der Haushalt sieht bei den Gebäudeausgaben und sonstigen Posten einen Rückgang vor, der auf die angestrebten Senkungen in den Kosten für unterstützende Dienstleistungen zurückzuführen ist.

### Modernisierung des Risikomanagement-Regelwerks

Während des Geschäftsjahres 2007 legte der Beratungsausschuss für Risikomanagement (Advisory Committee on Risk Management – ACRM), der im Oktober 2006 eingerichtet wurde und von der IWF-Geschäftsführung geleitet wird, den ersten Jahresbericht des IWF über Risikomanagement vor. Er stützte sich dabei auf eine IWF-weite Umfrage über operationelle Risiken. Der Bericht, der zusammen mit anderen Berichten über die strategischen, mandatsrelevanten und finanziellen Risiken des IWF vorgelegt wurde, wurde im März

### Kasten 5.4 Leistungsindikatoren

Der IWF plant die schrittweise Einführung verschiedener Arten von Leistungsindikatoren, einschließlich der folgenden:

- Quantitätsindikatoren für alle Endergebnisse und Quantitäts- und Qualitätsindikatoren für Unterstützungs- und Verwaltungsführungstätigkeiten zusammen mit Qualitätsindikatoren für ausgewählte End- und Zwischenergebnisse werden im Geschäftsjahr 2008 eingeführt.
- Indikatoren für die Zeitnähe der Leistungen und sonstige Indikatoren für die Reaktionsfähigkeit des IWF werden über einen längeren Zeitraum eingeführt.
- Es wird weiter geprüft, ob es möglich ist, ausgewählte Leistungsindikatoren einzuführen – insbesondere Indikatoren für Zwischenergebnisse (sie sind operationell gesehen relevanter als Indikatoren für Endergebnisse) – und ob es erforderlich ist, die Kostenermittlung zu verbessern, um den Einsatz von Kostenindikatoren im Haushaltsverfahren und in den Geschäftsplänen zu erleichtern.

Des Weiteren werden unterstützende Informationstechnologie-Anwendungen eingeführt und es soll ein ständiger Prüfprozess für Leistungsindikatoren eingerichtet werden um sicherzustellen, dass sie für die Strategie und das Geschäftsmodell des IWF relevant bleiben.

und April 2007 im Exekutivdirektorium geprüft und erörtert. Die Exekutivdirektoren vertraten die Auffassung, dass der Bericht und die ihm zugrunde liegende Arbeit ein wichtiger Schritt in den Bemühungen des IWF sind, verschiedene Aspekte des Risikomanagements zu integrieren und zu stärken. Sie betonten, dass das Exekutivdirektorium die treuhänderische Verantwortung für und die Aufsicht über das Risikomanagement besitzt und dass die IWF-Geschäftsführung für das Tagesgeschäft des IWF-Risikomanagements zuständig ist.

Die dem Direktorium vorgelegten Berichte sind eine umfassende Beurteilung der Hauptrisiken, mit denen der IWF konfrontiert ist, sowie der bestehenden Korrekturmaßnahmen. Aus den Berichten geht hervor, dass (1) die strategischen Risiken weitgehend in der mittelfristigen Strategie erfasst werden, dass (2) die mandatsbezogenen Risiken von den Finanzgrundsätzen und der Aufsichts- und Überprüfungsarbeit des Fonds gut erfasst werden (Kasten 5.5), dass

### Kasten 5.5 Sicherungsbewertungen

Die Sicherungsbewertungen des IWF verringern das Risiko, dass die den Mitgliedsländern gewährten Kredite missbraucht werden. Die Sicherungsbewertungen sollen dem IWF ausreichende Garantien geben, dass das finanzielle Berichtswesen, die Rechnungsprüfung und die internen Kontrollen der Zentralbanken ausreichen, um ihre Finanzmittel, einschließlich der IWF-Kredite, zu verwalten (siehe CD-Kasten 5.3 auf der CD-ROM). Im Geschäftsjahr 2007 bewertete der Fonds zwölf Zentralbanken der Mitgliedstaaten, wodurch sich die Gesamtzahl der abgeschlossenen Bewertungen mit Stand vom 30. April 2007 auf 136 erhöhte. Die Überprüfung der Sicherungsregelungen in den Zentralbanken wird fortgesetzt, solange die Mitglieder beim IWF ausstehende Kredite haben (53 Zentralbanken Ende April 2007). Die Zentralbanken haben die Ergebnisse der Sicherungsbewertungen im Großen und Ganzen positiv aufgenommen und die Politik der Sicherungsbewertungen hat den Ruf und die Glaubwürdigkeit des IWF als umsichtiger Kreditgeber gestärkt und gleichzeitig die Arbeitsabläufe und Kontrollsysteme der Zentralbanken verbessert.

(3) die finanziellen Risiken – insbesondere das Einkommensrisiko – von den Anteilseignern angegangen werden und dass (4) die bestehenden Korrekturmaßnahmen gegen die wichtigsten operationellen Risiken (definiert als Risiken mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit oder potentiell beträchtlichen Auswirkungen) allgemein angemessen sind.

Trotz der bisher erzielten Fortschritte ist die Entwicklung eines Risikomanagement-Regelwerks ein langwieriger Prozess, der es dem IWF ermöglicht, aus Erfahrungen zu lernen und sich rechtzeitig an die sich ändernden Umstände und neu entstehenden Risiken anzupassen. Eine solche dynamische Vorgehensweise dürfte sicherstellen, dass sich das Regelwerk in Einklang mit den neu entstehenden bestmöglichen internationalen Praktiken entwickelt und gleichzeitig den besonderen Charakter des IWF als kooperative weltweite Institution, die öffentliche Güter bereitstellt, angemessen berücksichtigt.

### Straffung der Verfahren

Angesichts des kostenbewussten Umfelds schlägt die mittelfristige Strategie vor, die Geschäftstätigkeit des IWF zu straffen und die Mittelzuteilung auf strategisch wichtige Aspekte zu konzentrie-

ren. Gleichzeitig sollte jedoch die Qualität und Effektivität der Überwachung gestärkt werden. Das Exekutivdirektorium verlängerte im Geschäftsjahr 2007 den Turnus für die meisten IWF-Grundsatzüberprüfungen. Es konsolidierte einige Berichte und stellte die Produktion anderer Berichte vollständig ein. Um die Überwachung zeitnaher zu gestalten, kürzte das Direktorium den Zeitabschnitt zwischen dem Abschluss der Artikel-IV-Delegationsreisen und den Direktoriumsaussprachen. Der IWF führte versuchsweise einige gestraffte Artikel-IV-Konsultationen durch (siehe Kapitel 2) und änderte die Verfahren bei geringfügigen Fällen von Angabe falscher Daten durch die Mitgliedsländer, sodass für den IWF und die Mitglieder weniger Kosten anfallen.<sup>73</sup> Der IWF überprüfte außerdem einige Unterstützungs-Dienstleistungen um festzustellen, ob einige Leistungen effizienter und zu niedrigeren Kosten erbracht werden können.

### Finanzoperationen und -grundsätze

#### Ertragslage, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung

Wie andere Finanzinstitutionen erzielt der IWF Einkommen durch Zinsen und Gebühren auf seine Kredite und verwendet diese Erträge zur Deckung der Finanzierungskosten, der Verwaltungsausgaben und zum Aufbau von Risikorücklagen. Das gegenwärtige Regelwerk stützt sich sehr stark auf Erträge aus der Kreditvergabe. In der Zukunft besteht eine Priorität des IWF in der Einführung eines neuen Modells, das stetige, diversifizierte und zuverlässige langfristige Einkommensquellen sichert, die besser auf den breiten Fächer der IWF-Tätigkeiten abgestimmt sind als das gegenwärtige Modell.

Unter dem gegenwärtigen Einkommensmodell wird der Grundgebührensatz (der Zinssatz) für reguläre Ausleihungen zu Beginn des Geschäftsjahres als ein in Basispunkten ausgedrückter Aufschlag auf den SZR-Zinssatz festgelegt (siehe Kasten 3.1). Diese Gebühren sollen die Refinanzierungskosten und die Verwaltungsausgaben abdecken und das für das Geschäftsjahr vereinbarte Nettoeinkommensziel erreichen. Das Direktorium beschloss jedoch im Geschäftsjahr 2007, (1) den Aufschlag auf den Gebührensatz gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 unverändert bei 108 Basispunkten über dem SZR-Zinssatz zu lassen und (2) Einstellungen in die Rücklagen vorübergehend auszusetzen.

Seit November 2000 belegt der IWF Kredite mit Aufschlägen, um einer übermäßig hohen Kreditanspruchnahme im Rahmen der Kredittranchen und unter den Erweiterten Vereinbarungen entgegenzuwirken und um den revolvierenden Charakter der Finanzmittel des IWF zu bewahren. Des Weiteren erhebt der IWF

<sup>73</sup> Siehe PIN 06/95 „IMF Executive Board Modifies Procedures in De Minimis Cases of Misreporting“ auf der CD-ROM oder unter [www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0695.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2006/pn0695.htm).

Gebührenaufschläge auf kürzerfristige Kredite im Rahmen der Fazilität zur Stärkung der Währungsreserven. Diese Aufschläge variieren in Abhängigkeit von der Zeitspanne, die die Kredite ausstehen. Das aus den Aufschlägen erzielte Einkommen kann in die Rücklagen des IWF eingestellt oder je nach Beschluss des Exekutivdirektoriums für andere Zwecke benutzt werden.

Darüber hinaus erzielt der IWF Einkommen von Kreditnehmern in Form von Bearbeitungs-, Bereitstellungs- und Sondergebühren. Eine einmalige Bearbeitungsgebühr in Höhe von 0,5 Prozent wird auf jede Kreditauszahlung aus dem Allgemeinen Konto erhoben. Auf Kredite im Rahmen der Bereitschaftskredit- und der Erweiterten Vereinbarungen wird eine erstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Diese ist zu Beginn jeder Zwölfmonatsperiode der Vereinbarungen auf die Beträge zu entrichten, die in diesem Zeitraum gezogen werden können, einschließlich der im Rahmen der SRF verfügbaren Mittel. Die Gebühr beträgt 0,25 Prozent auf zugesagte Beträge bis zu 100 Prozent der Quote und 0,10 Prozent für Beträge, die darüber liegen. Im Fall der Inanspruchnahme von Krediten wird die Bereitstellungsgebühr proportional zu den gezogenen Beträgen zurückerstattet. Des Weiteren erhebt der IWF Sondergebühren auf überfällige Tilgungszahlungen sowie auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Der IWF zahlt den Gläubigerländern auf Basis des SZR-Zinssatzes Zinsen (Vergütung) auf ihre vom IWF gehaltenen Reserven (die so genannte Reservetranchen-Position). Der Grundvergütungssatz liegt derzeit bei 100 Prozent des SZR-Zinssatzes (im IWF-Übereinkommen festgelegte Obergrenze). Erlaubt ist jedoch eine niedrigere Festlegung bis auf 80 Prozent des SZR-Zinssatzes (Untergrenze).

Seit 1986 unterliegen Gebühren- und Vergütungssatz einem Lastenteilungs-Mechanismus, der die Kosten überfälliger finanzieller Verpflichtungen zwischen Gläubiger- und Schuldnermitgliedern verteilt. Einkommensverluste, die aus nicht gezahlten Zinsverpflichtungen resultieren, die mindestens sechs Monate überfällig sind, werden durch eine Erhöhung des Gebührensatzes sowie eine Senkung des Vergütungssatzes ausgeglichen. Die so vereinnahmten Beträge werden nach Begleichung der überfälligen Zinsen zurückerstattet. Zusätzlich werden Anpassungen des Grundgebühren- und Vergütungssatzes vorgenommen, um Mittel für ein Sonderkonto für Eventualfälle (Special Contingent Account – SCA-1) zu erzielen. Dieses Sonderkonto wurde speziell zu dem Zweck eingerichtet, den IWF vor Verlustrisiken zu schützen, die aus Zahlungsrückständen resultieren. Mit Wirkung vom 1. November 2006 beschloss das Direktorium, die Beiträge zum SCA-1 auszusetzen. Im Geschäftsjahr 2007 führten die Anpassungen für nicht

gezahlte Zinsverpflichtungen und die Zuführung zum SCA-1 insgesamt zu einer Anhebung des Grundgebührensatzes und zu einer Verringerung des Vergütungssatzes um 23 Basispunkte. Die angepassten Durchschnittssätze für Gebühren und Vergütungen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 5,28 Prozent bzw. 3,74 Prozent.

Das Einkommen lag im Geschäftsjahr 2007 111 Mio. SZR unter den Ausgaben. Der Fehlbetrag der Nettoeinnahmen ist zum großen Teil auf einen beträchtlichen Rückgang in den ausstehenden Krediten des IWF zurückzuführen, von einem Spitzenwert von 70 Mrd. SZR im September 2003 auf 7,3 Mrd. SZR Ende des Geschäftsjahres 2007. Dieser Rückgang wurde verursacht durch die in den letzten Jahren festzustellende sinkende Nachfrage nach neuen IWF-Krediten sowie vorzeitige Rückzahlungen einiger Mitglieder. Der Einkommensfehlbetrag wird durch die Rücklagen des IWF (einbehaltene Gewinne) ausgeglichen. Ende des Geschäftsjahres 2007 beliefen sich die Rücklagen auf etwa 6 Mrd. SZR. Der IWF hat außerdem einige Maßnahmen ergriffen, um seine Einkommensposition zu stärken. Im April 2006 führte das Direktorium ein Anlagekonto ein, das im Juni 2006 mit 5,9 Mrd. SZR ausgestattet wurde. Diese Maßnahme war der erste Schritt in der Diversifizierung der Einnahmequellen des IWF (Kasten 5.6).

Der IMFC erkannte die Notwendigkeit, besser vorhersehbare und stabilere Einkommensquellen für den IWF zu finden, und rief den Geschäftsführenden Direktor auf, umgehend Vorschläge zu unterbreiten. Im Mai 2006 setzte der Geschäftsführende Direktor den *Ausschuss angesehener Persönlichkeiten zur Prüfung einer nachhaltigen langfristigen Finanzierung des IWF* ein.<sup>74</sup> Der Ausschuss legte der Geschäftsführung und dem Exekutivdirektorium Anfang 2007 seine Empfehlungen vor. Auf seiner Tagung im April 2007 bestätigte der IMFC den Bericht als eine solide Grundlage für die weitere Arbeit an der Entwicklung eines neuen Einkommensmodells für den IWF und rief den Geschäftsführenden Direktor auf, dem Exekutivdirektorium Vorschläge zur Prüfung vorzulegen. Die Arbeit an der Entwicklung des neuen Einkommensmodells ist eine der Prioritäten für das Geschäftsjahr 2008.

### Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF

Die Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF betragen Ende April 2007 insgesamt 1,88 Mrd. SZR (Tabelle 5.2). Davon entfielen 83 Prozent auf Sudan und Liberia, der Rest entfiel auf Somalia und Simbabwe. Ende April 2007 waren alle Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF längerfristiger Natur (mehr als sechs Monate überfällig). Davon betrafen 39 Prozent überfällige Tilgungsverpflichtungen, während überfällige Gebühren und Zinsen den Rest ausmachten. Über vier Fünftel der Zahlungs-

<sup>74</sup> Der Abschlussbericht des Ausschusses wurde im Januar 2007 veröffentlicht und ist verfügbar auf der CD-ROM und auf der IWF-Website unter [www.imf.org/external/np/oth/2007/013107.pdf](http://www.imf.org/external/np/oth/2007/013107.pdf). Die IWF-Presserveröffentlichung, die die Freigabe des Berichts ankündigt, findet sich ebenfalls auf der CD-ROM sowie unter [www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0718.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0718.htm).

**Tabelle 5.2 Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF von sechs Monaten oder länger, nach Art**

(Millionen SZR, per 30. April 2007)

	Nach Art				
	Insgesamt	Allgemeine Abteilung (inkl. SAF <sup>1</sup> )	SZR- Abteilung	Treuhand-Fonds	PRGF-ESF
Liberia	530,8	472,1	28,1	30,6	0,0
Simbabwe	84,7	0,0	0,0	0,0	84,7
Somalia	233,4	213,0	12,4	8,0	0,0
Sudan	1 033,2	953,4	0,0	79,8	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1 882,1</b>	<b>1 638,5</b>	<b>40,5</b>	<b>118,4</b>	<b>84,7</b>

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

<sup>1</sup> Strukturanpassungsfazilität.

rückstände bestanden gegenüber dem Allgemeinen Konto, die übrigen gegenüber dem Treuhandfonds der SZR-Abteilung und dem PRGF-ESF-Treuhandfonds. Simbabwe ist das einzige Land mit längerfristigen Zahlungsrückständen gegenüber dem PRGF-ESF-Treuhandfonds.

Im Rahmen der verstärkten kooperativen Strategie des IWF gegen Zahlungsrückstände wurden Gegenmaßnahmen gegen Länder mit längerfristigen Zahlungsrückständen ergriffen. Gegen Ende des Geschäftsjahres blieb der Berechtigungsentzug Liberias, Somalias, Sudans und Simbawes für Mittel aus dem GRA in Kraft. Simbabwe blieb ausgeschlossen aus der Liste der PRGF-berechtigten Länder und ist Gegenstand einer Erklärung der Kooperationsunwilligkeit. Angesichts der gestärkten Zusammenarbeit Liberias mit dem Fonds beschloss das Exekutivdirektorium am 2. Oktober 2006 einen schrittweisen Abbau der gegen Liberia angewendeten Gegenmaßnahmen und es hob die Erklärung der Kooperationsunwilligkeit auf.

### Prüfungsverfahren des IWF

Das Prüfungsverfahren des IWF besteht aus einer externen Prüfungsgesellschaft, einer internen Prüfung und einem unabhängigen Externen Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee – EAC), der die Arbeit von beiden Gremien beaufsichtigt. Der EAC, der außerdem die Rechnungslegung, das Finanzberichtswesen, die interne Kontrolle und das Risikomanagement beaufsichtigt, besteht aus drei Mitgliedern, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und vom Geschäftsführenden Direktor ernannt werden. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF. Die Ausschussmitglieder sind zum Zeitpunkt ihrer Ernennung Staatsbürger verschiedener Mitgliedsländer des IWF und müssen die notwendige Fachkenntnis und Qualifikation zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Prüfung besitzen. Die Kandidaten

für den EAC kommen normalerweise von internationalen Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaften, aus dem öffentlichen Sektor oder von Universitäten.

Der EAC wählt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung unabhängig von der Geschäftsführung des IWF. Etwaige Änderungen am Mandat des EAC unterliegen jedoch der Zustimmung des Direktoriums. Der EAC tagt normalerweise Anfang Januar, Ende Juni nach Abschluss der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Direktorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Rechnungsprüfer konsultieren die EAC-Mitglieder das ganze Jahr über.

Die Mitglieder des EAC für 2007 sind Dr. Len Konar (Vorsitzender), Direktoriumsmitglied der Zentralbank von Südafrika, Satoshi Itoh, ehemaliger Professor der Chuo-Universität in Japan, sowie Steve Anderson, Leiter der Abteilung für Risikobewertung und -versicherung der Zentralbank von Neuseeland.

Die externe Prüfungsgesellschaft, die vom Exekutivdirektorium in Absprache mit dem EAC ausgewählt und vom Geschäftsführenden Direktor bestellt wird, ist verantwortlich für die Durchführung der externen Prüfung und die Herausgabe des Prüfungsgutachtens. Nach Abschluss der jährlichen Prüfung leitet der EAC den von der externen Prüfungsgesellschaft erstellten Bericht auf dem Weg über den Geschäftsführenden Direktor und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat weiter. Im Rahmen dieses Verfahrens unterrichtet der EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Prüfung. Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt. Gegenwärtig ist Deloitte and Touche LLP der externe Prüfer des IWF.

**Kasten 5.6 Anlagekonto**

Das IWF-Übereinkommen ermöglicht die Einführung eines Anlagekontos, mit dessen Einnahmen ein Teil der Betriebskosten gedeckt werden soll. Im Rahmen der Überprüfung der Finanzlage und -struktur des IWF, die im Jahr 2004 begann, sprach sich das IWF-Exekutivdirektorium dafür aus, die Einkommensbasis des IWF angesichts der rückläufigen Nachfrage nach IWF-Krediten – bis zu diesem Zeitpunkt die Haupteinnahmequelle – zu erweitern.

Das Anlagekonto wurde im April 2006 durch einen Direktoriumsbeschluss eingeführt und im Juni 2006 durch einen Währungstransfer aus dem Allgemeinen Konto (GRA) mit einem Betrag von 5,9 Mrd. SZR ausgestattet. Das IWF-Übereinkommen begrenzt den Betrag, der auf das Anlagekonto überwiesen werden kann, auf den Gegenwert der allgemeinen und speziellen Rücklagen des Fonds zum Zeitpunkt, an dem die Überweisung beschlossen wird. Die Überweisung vom Juni 2006 entsprach dem damaligen Gesamtbetrag der IWF-Rücklagen.

Vor der Überweisung der Beträge auf das Anlagekonto waren die Rücklagen Teil der bei den Gläubigermittgliedern aufbewahrten Währungsbeträge. Die Überweisung der Währungsbeträge auf das Anlagekonto hat deshalb zu einer Erhöhung der Reservetranche-Positionen der Gläubigermittglieder geführt. Die

Reservetranche-Positionen werden mit dem 3-monatigen SZR-Zinssatz vergütet. Dies entspricht der kalkulatorischen Rendite der IWF-Rücklagen vor der Einführung des Anlagekontos.

Die Rendite des Anlagekontos soll im Laufe der Zeit die Rendite des SZR-Zinssatzes übersteigen. Gleichzeitig soll über einen Zwölfmonatszeitraum die Häufigkeit und das Ausmaß negativer Renditen und unzureichender Erträge auf ein Mindestmaß reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden im Anlagekonto Wertpapiere mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten gehalten durch Investitionen in zugelassene längerfristige Staatsanleihen und sonstige Rentenwerte. Externe Vermögensverwalter – darunter die Weltbank, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und private Vermögensverwalter – sind für den Kauf und Verkauf einzelner Wertpapiere zuständig und stützen sich dabei auf die im Anlagekonto festgelegten Anlagebefugnisse, -leitlinien und -referenzwerte.

Die Anlagepolitik des Anlagekontos stützt sich auf einen Referenzindex für Wertpapiere mit ein- bis dreijähriger Laufzeit. Der historische Trend legt den Schluss nahe, dass die Verlängerung der Anlagelaufzeiten über den dreimonatigen SZR-Zinssatz hinaus im Laufe der Zeit zu zusätzlichen Einnahmen führen wird.

Die interne Prüfung erfolgt durch das Büro für interne Revision und Inspektion (Office of Internal Audit and Inspection – OIA). Das OIA ist zuständig für unabhängige Untersuchungen über die Leistungsfähigkeit der Kontrollmechanismen, der internen Verwaltungsführung und der Risikosteuerung. Zu diesem Zweck führt das OIA jährlich ungefähr 25 Prüfungen und Revisionen durch. Das OIA berichtet an die Geschäftsleitung des IWF und an den EAC, wodurch die Unabhängigkeit des OIA gewahrt bleibt. Zudem wird das Exekutivdirektorium jährlich über das Arbeitspro-

gramm des OIA und die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und Revisionen informiert.

Die Finanzausweise des IWF für das Geschäftsjahr 2007 finden sich auf der CD-ROM sowie auf der Website des Fonds unter [www.imf.org/external/pubs/ft/quarter/index.htm](http://www.imf.org/external/pubs/ft/quarter/index.htm). Leser, die eine Druckfassung der Finanzausweise für das Geschäftsjahr 2007 wünschen, können diese im Publikationsdienst des IWF bestellen. Die Adresse lautet: IMF Publication Services, 700 19th Street, N.W., Washington, DC 20431, USA.

# Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter

Stand vom 30. April 2007<sup>1</sup>

(Stellvertretende Exekutivdirektoren sind in Kursivdruck angeführt.)

## Ernannt

Meg Lundsager <i>Unbesetzt</i>	Vereinigte Staaten	Pierre Duquesne <i>Bertrand Dumont</i>	Frankreich
Shigeo Kashiwagi <i>Michio Kitahara</i>	Japan	Tom Scholar <i>Jens Larsen</i>	Vereinigtes Königreich
Klaus D. Stein <i>Stephan von Stenglin</i>	Deutschland		

## Gewählt

Willy Kiekens (Belgien) <i>Johann Prader</i> (Österreich)	Belarus Belgien Kasachstan Luxemburg Österreich Slowakische Republik Slowenien Tschechische Republik Türkei Ungarn	Richard Murray (Australien) <i>Wilhemina C. Mañalac</i> (Philippinen)	Australien Kiribati Korea Marshallinseln Mikronesien, Föderierte Staaten von Mongolei Neuseeland Palau Papua-Neuguinea Philippinen Salomonen Samoa Seychellen Vanuatu
Jeroen Kremers (Niederlande) <i>Yuriy G. Yakusha</i> (Ukraine)	Armenien Bosnien und Herzegowina Bulgarien Georgien Israel Kroatien Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik Republik Moldau Niederlande Rumänien Ukraine Zypern	GE Huayong (China) <i>HE Jianxiang</i> (China)	China
Roberto Guarnieri (Venezuela, Bolivarische Republik) <i>Ramón Guzmán</i> (Spanien)	Costa Rica El Salvador Guatemala Honduras Mexiko Nicaragua Spanien Venezuela, Bolivarische Republik	Jonathan Fried (Kanada) <i>Peter Charleton</i> (Irland)	Antigua und Barbuda Bahamas Barbados Belize Dominica Grenada Irland Jamaika Kanada St. Kitts und Nevis St. Lucia St. Vincent und die Grenadinen
Arrigo Sadun (Italien) <i>Miranda Xafa</i> (Griechenland)	Albanien Griechenland Italien Malta Portugal San Marino Timor-Leste	Tuomas Saarenheimo (Finnland) <i>Jon Thorvardur Sigurgeirsson</i> (Island)	Dänemark Estland Finnland Island Lettland Litauen Norwegen Schweden

<sup>1</sup> Das Stimmgewicht der einzelnen Stimmengruppen findet sich im Anhang IV auf der CD-ROM. Im Geschäftsjahr 2007 eingetretene Änderungen im Exekutivdirektorium sind in Anhang V auf der CD-ROM aufgeführt.

**Gewählt (Fortsetzung)**

A. Shakour Shaalan (Ägypten) <i>Samir El-Khoury</i> (Libanon)	Ägypten Bahrain Irak Jemen, Republik Jordanien Katar Kuwait Libanon Libysch-Arabische Dschamahirija Malediven Oman Syrien, Arabische Republik Vereinigte Arabische Emirate	Aleksei V. Mozhin (Russische Föderation) <i>Andrei Lushin</i> (Russische Föderation)	Russische Föderation
Abdallah S. Alazzaz (Saudi-Arabien) <i>Ahmed Al Nassar</i> (Saudi-Arabien)	Saudi-Arabien	Abbas Mirakhor (Iran, Islamische Republik) <i>Mohammed Daïri</i> (Marokko)	Afghanistan, Islamische Republik Algerien Ghana Iran, Islamische Republik Marokko Pakistan Tunesien
Hooi Eng Phang (Malaysia) <i>Chantavam Sucharitakul</i> (Thailand)	Brunei Darussalam Fidschi Indonesien Kambodscha Laos, Demokratische Volksrepublik Malaysia Myanmar Nepal Singapur Thailand Tonga Vietnam	Paulo Nogueira Batista, Jr. (Brasilien) <i>Maria Ines Agudelo</i> (Kolumbien)	Brasilien Dominikanische Republik Ecuador Guyana Haiti Kolumbien Panama Suriname Trinidad und Tobago
Peter Gakunu (Kenia) <i>Samura Kamara</i> (Sierra Leone)	Angola Äthiopien Botsuana Burundi Eritrea Gambia Kenia Lesotho Malawi Mosambik Namibia Nigeria Sambia Sierra Leone Südafrika Sudan Swaziland Tansania Uganda	Adarsh Kishore (Indien) <i>Amal Uthum Herat</i> (Sri Lanka)	Bangladesch Bhutan Indien Sri Lanka
Thomas Moser (Schweiz) <i>Andrzej Raczko</i> (Polen)	Aserbaidshan Kirgisische Republik Polen Schweiz Serbien Tadschikistan Turkmenistan Usbekistan	Javier Silva-Ruete (Peru) <i>Héctor R. Torres</i> (Argentinien)	Argentinien Bolivien Chile Paraguay Peru Uruguay
		Laurean W. Rutayisire (Ruanda) <i>Kossi Assimaidou</i> (Togo)	Äquatorialguinea Benin Burkina Faso Côte d'Ivoire Dschibuti Gabun Guinea Guinea-Bissau Kamerun Kap Verde Komoren Kongo, Demokratische Republik Kongo, Republik Madagaskar Mali Mauretanien Mauritius Niger Ruanda São Tomé und Príncipe Senegal Togo Tschad Zentralafrikanische Republik

# Leitende Mitarbeiter

Stand vom 30. April 2007

Jaime Caruana, Berater

Simon Johnson, Volkswirtschaftlicher Berater

## Regionalabteilungen

Abdoulaye Bio-Tchané  
Direktor, Abteilung Afrika

David Burton  
Direktor, Abteilung Asien und Pazifik

Michael C. Deppler  
Direktor, Abteilung Europa

Mohsin S. Khan  
Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien

Anoop Singh  
Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

## Fachabteilungen und Abteilungen für besondere Dienstleistungen

Michael G. Kuhn  
Direktor, Abteilung Finanzen

Teresa M. Ter-Minassian  
Direktorin, Abteilung Fiskalpolitik

Leslie J. Lipschitz  
Direktor, IWF-Institut

Sean Hagan  
Chefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht

Jaime Caruana  
Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte

Mark Allen  
Direktor, Abteilung Grundsatzpolitik

Simon Johnson  
Direktor, Abteilung Forschung

Robert Edwards  
Direktor, Abteilung Statistik

## Information und Liaison

Masood Ahmed  
Direktor, Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Akira Ariyoshi  
Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifik

Saleh M. Nsouli  
Direktor, Europa-Büros

Unbesetzt<sup>1</sup>  
Direktor und Sonderbeauftragter bei den VN  
IWF-Büro bei den Vereinten Nationen

## Unterstützende Dienstleistungen

Liam P. Ebrill  
Direktor, Abteilung Personalwesen

Shailendra J. Anjaria  
Sekretär, Abteilung Sekretariat

Frank Harnischfeger  
Direktor, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Jonathan Palmer  
Chief Information Officer, Abteilung Technologie und  
allgemeine Dienste

## Büros

Barry H. Potter<sup>2</sup>  
Direktor, Büro für Haushalt und Planung

Bert Keuppens  
Direktor, Büro für interne Revision und Inspektion

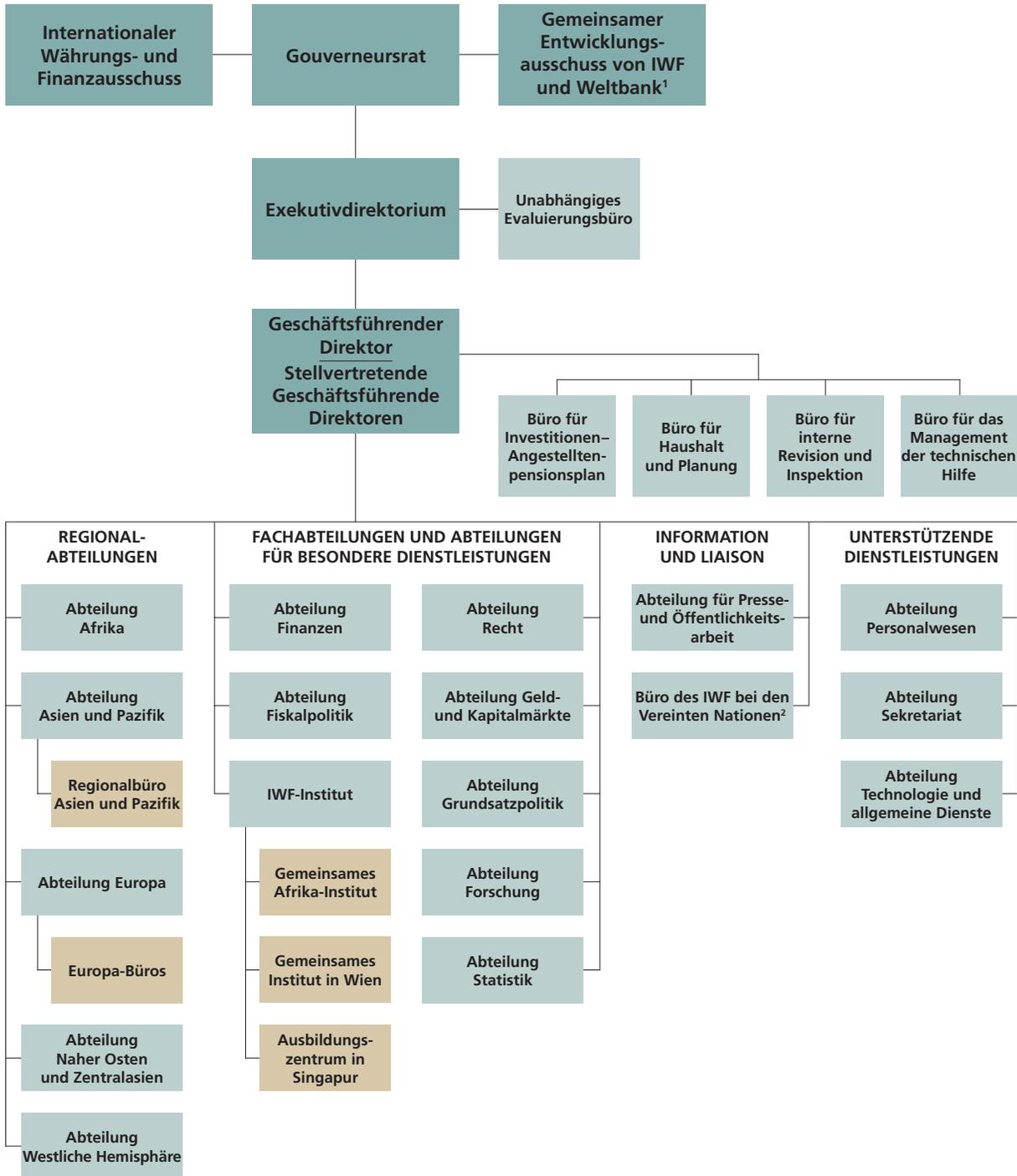
Unbesetzt  
Direktor, Büro für das Management der technischen Hilfe

Thomas Bernes  
Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

<sup>1</sup> Barry H. Potter trat am 13. August 2007 die Position des Direktors und Sonderbeauftragten bei den VN im IWF-Büro bei den Vereinten Nationen an.

<sup>2</sup> Mit Wirkung vom 15. August 2007 trat Siddharth Tiwari die Nachfolge von Barry H. Potter als Direktor des Büros für Haushalt und Planung an.

# Organigramm des IWF Stand vom 30. April 2007



1 Der formelle Titel lautet „Gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von IWF und Weltbank für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer“.

2 Dem Büro des Geschäftsführenden Direktors angegliedert.

# Akronyme und Abkürzungen

AFRITAC	Regionales Zentrum für technische Hilfe in Afrika	IEO	Unabhängiges Evaluierungsbüro
AML/CFT	Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	IF	Integrierter Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe
APEC	Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit	IFRS	Internationale Standards für die Rechnungslegung
ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen	IMFC	Internationaler Währungs- und Finanzausschuss
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich	MCM	Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte
BSP	Bruttosozialprodukt	MDG	Millennium-Entwicklungsziel
CCL	Vorbeugende Kreditlinien	MDRI	Multilaterale Entschuldungsinitiative
CEMAC	Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CFE	Fazilität zur kompensierenden Finanzierung	OFC	Offshore-Finanzplatz
CGER	Beratungsgruppe für Wechselkursfragen	OIA	Büro für interne Revision und Inspektion
DQAF	System für die Beurteilung der Datenqualität	PIN	Öffentliche Informationsmitteilung
DSBB	Informationstafel zu Datenweitergabestandards	PRGF	Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität
DSF	Regelwerk für Schuldentragfähigkeit	PRSP	Strategiedokument zur Armutsbekämpfung
ECCU	Ostkaribische Währungsunion	PSI	Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik
ECU	Europäische Währungseinheit	PSIA	Analyse der Armutseffekte und sozialen Auswirkungen
EFF	Erweiterte Fondsfazilität	QEDS	Vierteljährliche Statistik über Auslandsverschuldung
EMBI	JPMorgan Emerging Markets Bond Index	REO	Regionaler Wirtschaftsausblick
ENDA	Nothilfe bei Naturkatastrophen	ROSC	Bericht über die Einhaltung von Standards und Kodizes
EPA	Ex-post-Beurteilung	RTAC	Regionales Zentrum für technische Hilfe
EPCA	Nothilfe nach Konflikten	SAF	Strukturanpassungsfazilität
ESAF	Erweiterte Strukturanpassungsfazilität	SCA-1	Erstes Sonderkonto für Eventualfälle
ESF	Fazilität für exogene Schocks	SDA	Konto für Sonderverwendungen
EU	Europäische Union	SDDS	Spezieller Datenweitergabestandard
FATF	Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche	SDMX	Austausch von statistischen Daten und Metadaten
FCC	Künftige Kreditzusagekapazität	SRF	Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven
FSAP	Programm zur Bewertung des Finanzsektors	SZR	Sonderziehungsrecht
FSF	Forum für Finanzstabilität	S&P	Standard and Poor's
FSI	Indikator für die Solidität des Finanzsystems	TIM	Handelsintegrations-Mechanismus
FSSA	Beurteilung der Stabilität des Finanzsystems	VN	Vereinte Nationen
GDDS	Allgemeines Datenweitergabesystem	WAEMU	Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion
GFSR	Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems	WEO	Weltwirtschaftsausblick
GMR	Globaler Monitoring-Bericht	WTO	Welthandelsorganisation
GRA	Allgemeines Konto		
HIPC	Hochverschuldetes armes Land		
IDA	Internationale Entwicklungsorganisation (Weltbank-Gruppe)		

## Verantwortliche Mitarbeiter

Dieser *Jahresbericht* wurde durch das Referat für Redaktion und Publikationen in der IWF-Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Die redaktionelle Verantwortung trug Asimina Caminis, für die grafische Gestaltung der Anhänge war Alicia Etchebarne-Bourdin zuständig und Teresa Evaristo Del Rosario leistete Assistenzarbeit.

Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Hubertus Hesse (Übersetzung und Revisionsleitung), Susanna Bunzel-Harris (Revision), Dr. Ingeborg Schleier (Korrektur) und Brian de Nicola (grafische Gestaltung).

Deutsche Ausgabe: Sprachendienst des IWF, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste.  
Der englische Text ist die einzige amtliche Fassung.

## Fotos

Stephen Jaffe/IWF-Stabsfoto und Datacraft, Brad Rickerby/Getty Images	Einband	Andy Rain/epa/Corbis	Seite 19
EschCollection, Chris Sattlberger/Getty Images	Einband 2	Antoine Gyori/AGP/Corbis	Seite 23
Michael Spilotro/IWF-Stabsfoto	Seite 5	Sebastiao Moreira/epa/Corbis	Seite 27
Stephen Jaffe/IWF-Stabsfotos	Seiten 6, 33, 49, 62, und 66	Pornchai Kittiwongsakul/AFP/Getty Images	Seite 30
Paul Hardy/Corbis	Seite 7	REUTERS/Nozim Kalan	Seite 43
Ulrich Perrey/Newscom	Seite 11	Ramzi Haidar/Getty Images	Seite 45
Mary Wilson/IWF-Stabsfoto	Seite 16	Gregg Newton für den IWF	Seite 51
		Eugene Salazar/IWF-Stabsfoto	Seite 55
		Construction Photography/Corbis	Seite 57





INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS, 700 19TH STREET, N.W., WASHINGTON, D.C. 20431 U.S.A.

IMF Annual Report 2007 (German)

